

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänien, Goaz- und Bismarckland, Ostpreußen, Litauen, Lettland, Estland 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Siedlung und Kleinrenten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig, 20 Pfennig, 4,- Reichsmark, „Kleiner Anzeigen“ des Festbuches Wort 10 Pfennig (außerhalb zwei festgebundene Worte), jeden weiteren Wort 10 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten 10 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr mittags im Druckers/amt, Berlin SW 18, Lindenstraße 3, eintreffen. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Tönhoff 202-205
Verlag: Tönhoff 2506-2507

Freitag, den 27. März 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskonto: Berlin 47536 - Bankkonto: Direktion der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, Reichenstraße 3

Gewerkschaften gegen Farres.

Offener Brief an den Reichsblockkandidaten.

Herr Oberbürgermeister!

In der Rede, mit der Sie in Berlin den Wahlkampf eröffneten, haben Sie sich dafür eingesetzt, daß der Kampf um die Wahl des deutschen Reichspräsidenten ritterlich geführt werden müsse. Die persönliche Ehre der Mitbewerber in diesem Streit steht uns zu hoch, als daß wir uns erlauben dürften, sie in der Spekulation auf Wahlsiegerfolge anzuzweifeln.

Ich nehme an, daß Ihre Zusicherung ernst gemeint war und die bindende Verpflichtung auch für Ihre Gefolgschaft in sich schloß, sich jeder lügenhaften Verdrehung der Tatsachen zu enthalten und nicht in verleumderischer Absicht die Persönlichkeit über die Haltung der entschiedenen Gegner Ihrer Wahl irrezuführen.

Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß Ihr Einfluß auf Ihre Anhänger offenbar nicht ausreicht, den Reichsblock auch nur vierzehn Tage lang zur Befolgung der von Ihnen aufgestellten Grundsätze ritterlicher Kampfweise zu veranlassen. Die in dem Reichsblock zusammengeschlossenen Parteien haben vielmehr, im Bewußtsein, daß ihre eigenen Mitgliederzahlen anscheinend nicht ausreichen, Ihre Kandidatur auslichtsreich zu gestalten, zu der feigen Ausnutzung gegriffen, ein Flugblatt zu veröffentlichen, aus dem hervorgeht, daß Sie in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossenen Millionen für Sie als Nachfolger Friedrich Eberts eintreten.

Weiter als durch solche niedrige Handlungswiese kann die Verleumdung politischer Moral nicht getrieben werden.

Der Reichsblock hat, um seine Lüge glaubhaft zu machen, auf einen Brief zurückgegriffen, den die freien Gewerkschaften Duisburgs gemeinsam mit anderen Organisationen am 30. Januar 1923 an den kommandierenden General der Besatzungstruppen richteten, um gegen Ihre rechtswidrige Ausweisung aus Duisburg zu protestieren. Die freien Gewerkschaften rechnen es sich zur Ehre an, daß sie gegen jede Willkürmaßnahme der Besatzungsmächte Protest eingelegt haben.

Dieser Brief galt aber nicht dem Politiker Farres, sondern dem Vertreter der deutschen Verwaltung, der von den wider Recht und Vertrag eingedrungenen Gegnern seines Amtes entsetzt wurde.

Gegen Ihre außenpolitischen Überzeugungen, die erst in der letzten Phase des Ruhrkampfes schärfer hervorgetreten sind und die deutsche Außenpolitik auf die abschüssige Bahn einer vorläufigen Preisgabe der besetzten Gebiete drängen wollten, haben die freien Gewerkschaften ohne Schwanken in leidenschaftlicher Opposition gestanden. Die Verletzung der Rheinlande und des Ruhrgebietes, für die Sie im Herbst 1923 eintraten, wurde von den Gewerkschaftsvertretern der besetzten Gebiete als eine östlich undiskutierbare Maßnahme betrachtet, die zum Zerfall des Reichs und zum Triumph der Politik Poincarés führen mußte.

Es ist ein Substrat ohnegleichen, daß die Parteien des Reichsblocks die eindeutige Haltung der freien Gewerkschaften während des Ruhrkampfes und der Rheinlandkrise gegen die Politik, die mit Ihrem Namen verknüpft ist, in bewußter Absicht unterschloßen und den selbstverständlichen Protest gegen Ihre wie jede andere Ausweisung während des passiven Widerstandes zur Wahlmacht ausschalteten.

Die Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften denken nicht daran, Ihnen, Herr Oberbürgermeister, am 29. März ihre Stimme zu geben. Die Gewerkschaften würden es für ein Verhängnis ansehen, wenn als Nachfolger des Staatsmannes Friedrich Ebert an die Spitze des Deutschen Reiches ein Politiker träte, dessen außenpolitische Pläne zum Glück für die Einheit des Reiches dank dem entschlossenen Widerstand der republikanischen Parteien wie der Gewerkschaften nicht verwirklicht worden sind. Sie werden mit aller Entschiedenheit sich für den Kandidaten ihres Vertrauens, Otto Braun, einsetzen und den Reichsblock bekämpfen, von dessen verlogener Kampfweise das Flugblatt beredtes Zeugnis ablegt.

Berlin, den 27. März 1925.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Leipzigt,

Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Warum Farres?

Weil er Plaghalter ist für Ludendorff!

Reinhold Wulle verrät es im „Deutschen Tageblatt“ (Nr. 72), warum die Völkisch-Beruneinigten für Farres wirken: Nicht weil er ihnen genehm sei, sondern weil er Plaghalter für Ludendorff und dessen weitere Ziele sein soll. So schreibt Wulle:

Weil wir den General Ludendorff nicht ausgeschaltet wissen wollen für die Zukunft, deswegen lehnen wir es ab, mit seinem Namen Stimmungspolitik zu treiben und ihn Vorwürfen auszuweichen, die selbstverständlich nun mehr von anderer Seite in Hülle und Fülle erhoben werden. Wir unterstützen Farres, weil wir die historische Entwicklung nicht unterbrechen wollen; ohne Farres später kein Ludendorff.

... Wir stehen zu Ludendorff in unantweger Treue, er ist uns kein Firmenschild und kein Mittel zum parteipolitischen Zweck. Und diese Treue und die damit verbundene Hoffnung lassen wir nicht zuschanden werden. Darum wählen wir Dr. Farres.

Da steht es in großen und deutlichen Lettern gedruckt: Farres ist nur Plaghalter für Ludendorff, der Verfassungskämpfer nur der Vormann des „großen“ Revanchekriegshelden, der die Welt wieder an deutschem Wesen genesen lassen will. ...

Der unmögliche Farres.

Kann so und auch anders.

Der deutschnationale „Tag“ stellte vor kurzem fest: Farres und Stresemann sind eins. Er benutzte diese Feststellung in einer unwirksamen Polemik gegen den Alldeutschen Verband, um ihm zu sagen, daß Herr Farres mit der Außenpolitik des Außenministers Stresemann — Sicherheitspakt, Völkerverbund — solidarisch sei.

In Nürnberg stellten nationalstiftische Kreise Herrn Farres eine Reihe von Fragen. Sie forderten, daß der neue Reichspräsident „aktiv politisch tätig“ wäre. Darunter verstanden sie, daß er in der Außenpolitik vor allem sich nicht mit dem Verlust Elsaß-Lothringens zufriedengibt und daß er sich in der inneren Politik für eine Rückführung der „alten konstitutionellen Staatsform“ einsetzt und die Flaggenfrage nicht etwa im Sinne eines Kompromisses zwischen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot, was nach Ansicht der Herren nur den Hohn der Welt erneuern würde, sondern mit entschiedenem Bekenntnis zu Schwarz-Weiß-Rot löst. Herr Farres erklärte, daß er diese Forderungen Wort für Wort unterschreiben könne.

In Berlin ist Herr Farres mit Stresemann für den Sicherheitspakt, der sich beim Verlust Elsaß-Lothringens beruhigt, in Nürnberg ist er mit den Alldeutschen gegen Stresemann und den Sicherheitspakt. Kann so und auch anders.

Farres-Terror.

Wie der Landbund für Farres arbeitet.

Die Agrarier möchten wie in den Zeiten vor dem Kriege die Landarbeiter terrorisieren, sie an der Ausübung des Wahlrechts verhindern oder sie geschlossen mit dem Farres-Zettel zur Wahlurne führen — wie es früher in Ostelbien üblich war. Im Organ des Landbundes für Teltow und Berlin findet sich folgende Anweisung an die Ortsgruppenvorstände des Landbundes:

„Sorgt dafür, daß die Einkäufer am Wahltag zu Hause bleiben.“

Dazu gesellt sich folgende Anweisung für die Landfrauen: „Sorgt, daß eure Knechte und Mägde zur Wahlurne gehen! Ergt aber auch, daß sie richtig wählen!“

Diese Anweisung zum Farres-Terror auf dem Lande zeigt die Hoffnungen der Landbündler, die sich zurücklehnen zu den kaiserlichen Zeiten, in denen der Landarbeiter der Hörige der Gutsherren war, sie zeigt aber auch, was Geistes Kind die Farres ist, für den die Agrarier mit solchen Mitteln arbeiten.

Grubenunglück in Lothringen.

Fünfzig Tote, viele Schwerverletzte.

Paris, 26. März. (WIB.) In einer Grube der Gemeinde Meisenbach bei Metz ist das Seil des Förderkorbes heute nachmittags gerissen. 50 Bergleute sind dadurch eingeschloßen, jedoch hat bis jetzt nicht festgestellt werden können, wieviel Opfer das Unglück gefordert hat. Bis jetzt konnten nur einige Verletzte ans Tageslicht gebracht werden.

Die Direktion verweigert jede Auskunft. Nach den letzten Nachrichten von acht Uhr abends nimmt man an, daß die Zahl der Toten etwa fünfzig beträgt. Bis sechs Uhr abends waren dreißig Mann geborgen, darunter zwei Tote.

Zwei weitere Bergleute starben sofort nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus, alle übrigen sind durchweg sehr schwer verletzt. In der Grube befanden sich noch fünfzig Mann, die als verlorene gelten.

Der Aufwertungsbankrott.

Der Zusammenbruch der Rechtsdemagogie.

Zwei Tage vor der Präsidentenwahl hat die Rechtsregierung es für notwendig gefunden, das frisch aufpolierte Geschenk der Aufwertung aus den Schubladen ihrer eifrigen Bureaufurten herauszuholen. Die Papiermarktgläubiger und Sparer, die sich zur Stimmabgabe für die Deutschnationalen unter dem Eindruck pompöser Wahlversprechungen entschlossen hatten, werden die verprochenen goldenen Berge allerdings mit der Lupe suchen müssen. Raum ein paar kümmerliche Goldstäubchen bleiben für sie übrig. Die großen Konzernbesitzer aber, die Kriegs-, Inflations- und Ruhrkampfgeviner lachen sich ins Fäustchen. Nicht einmal die Aufwertung der Industrieobligationen hat man für notwendig befunden. Hätte doch sie die gewaltigen Gewinne der Sachwertbesitzer aus der Zeit größter Not des Volkes etwas belasten können. Die beiden Wege, die jetzt vorliegen und die dem Reichsrat zugelassen worden sind, beschränken sich auf die Neuregelung der Aufwertung von Hypothekensforderungen und von öffentlichen Anleihen.

Um die festverzinslichen Reichs- und Staatsanleihen gleich vorweg zu nehmen, so ist die bei ihnen vorgesehene Aufwertung ein echtes Geschenk des Nachbarn aus der Fremde. Für jeden ist etwas da. Alle Anleihebesitzer erhalten vom Reich die Versicherung, daß 100 M. Kriegsanleihe wie jede andere Anleihe 5 M. wert ist. Das ist eine große Sache. Nur glaubt sie nicht einmal die Börse, die noch gestern sich weigerte, trotz ostentativ richtiger Bormeldungen auch nur 1 M. für 100 M. Kriegsanleihe zu zahlen. Und das ist kein Wunder. Denn Zinsen gibt es für diese allgemein aufgewertete Anleihe nicht, ehe die Reparationen erledigt sind. Jeder deutsche Staatsbürger, der noch derartige Anleihe besitzt, gibt diese zurück und erhält dafür in Höhe von 5 Proz. des Nominalswertes ein anderes Papier, die „Anleiheablosungsschuld“. Der glückliche Besitzer darf weder das Papier kündigen, noch hat er einen Anspruch auf Zinsen. Das Papier ist somit als Tapete vorzüglich geeignet.

Über nicht genug damit: Die Rechtsregierung hat ein tiefempfindendes soziales Herz. Daher bevorzugt sie die alten Kriegsanleihebesitzer, die ihre Markanleihen vor dem 1. Juli 1920 erworben und sie inzwischen nicht veräußert haben. Ei ganzer Segen von schönen Dingen wird diesen Opfern der Inflation versprochen. Auf Antrag wird nämlich diesen Leuten eine Rente von 5 Proz. auf ihren Besitz gezahlt. Also wohlgemerkt: 5 Proz. auf 5 Proz. des alten Wertes der Anleihen. Wer 10 000 M. Kriegsanleihe hat, kann demnach, sofern er diese nicht verkauft hat, ganze 25 M. Jahresrente beziehen. Damit er aus Trauer über diese gigantische Aufwertung nicht sein Herz verliert, darf er mit der Anleiheablosungsschuld auch Lotterien spielen. Es werden nämlich neben der Tilgung, die zu 5 Proz. des Wertes erfolgt, auch noch besondere Prämienauslosungen veranstaltet, bei denen der glückliche Gewinner das Bierfache des ihm zustehenden Geldbetrages erhalten kann. Wer Glück also hat, der kann unter Umständen sogar 20 Proz. seiner Aufwertungschuld aus dem Glücksrad ziehen. Die Sparer, hätten freilich bei derartigen Geschenken die Art vorgezogen, mit der man die Industrie bedacht hat. Diese „arme“ Industrie, die in der Inflation ihre Substanz verliert hat und dann 715 Millionen einsteckt, als wäre es ein Zigarettenstummel! Wer aber auch an dem Glücksrad noch keine echte Freude hat, wer vor dem Kriege schon sich 30 000 M. beiseite gelegt hat, der kann sogar in den Besitz einer lebenslänglichen Jahresrente von — sage und schreibe 600 M. im Höchstfalle gelangen. Wer weniger sparen konnte, erhält entsprechend geringere Beträge; nach unten sind der Wohltätigkeit keine Schranken gesetzt.

Dieses ganze Wanders konnte nur vollbracht werden von einer Regierung, der jedes Mißgefühl mit dem Elend der verarmten Sparer fremd, und die ihre Existenz zu einem guten Teil der Aufwertungspropaganda ihrer Auftraggeber verdankt.

Dieselben Herren des Großkapitals in Industrie und Landwirtschaft, die bei den letzten Reichstagswahlen nicht mit Geld gespart haben, um die Aufwertungsdemagogie der Rechtsparteien zu unterstützen, knöpfen jetzt die Taschen zu und verbieten es den unglückseligen Männern, die jetzt in ihrem Namen die Regierung führen, die Steuerhahne so anzuspinnen, um durch eine ausreichende Belastung des Besitzes einen gerechten Ausgleich der Inflationschäden auch nur ersthaft zu versuchen. Es ist der unerhörteste politische Skandal, der je dagewesen ist. Er kommt gerade zurecht, um noch die Entscheidung breiter Wählermassen in der Präsidentenwahl zu beeinflussen.

Es ist bezeichnend, daß die Regierung es nicht einmal für notwendig hält, für die Aufwertung eine neue Steuer aufzunehmen. Die Spaten pfeifen es von den Dächern, daß der Reichshaushalt den größten Teil seines Bedarfes aus einer gewaltigen steuerlichen Belastung

der breiten Volksmassen bestreitet. Die Regierung hat den Abbau der Besitzsteuern offen proklamiert. Die Verbrauchssteuern werden zum weitaus überwiegenden Teile von den großen Schichten der Werttätigen in Stadt und Land, aber auch von jenen kleinen Rentnern getragen, deren „Aufwertung“ und „Anleiherente“ in zahllosen Fällen nicht größer sein wird als der Betrag, der auf sie allein als Umsatzsteuer, Zoll oder sonstige Verbrauchssteuer entfällt. Die Regierung denkt nicht daran, diese Steuern abzubauen. Viel größer ist ihre Sorge, daß diejenigen, die der Aufwertung am allermeisten bedürfen, sich diese selber bezahlen.

Für den laudenden Dienst der Verzinsung, Tilgung, Prämienauslosung und der sozialen Rente will die Reichsregierung den riesigen Betrag von insgesamt 140 Millionen auswerfen, obwohl das Reich im letzten Etatsjahr einen Ueberschuß von mehr als anderthalb Milliarden erzielt hat und, wie erwähnt, kein Bedürfnis zeigt, die ergebnigen Verbrauchssteuern abzubauen. 140 Millionen, während die Inflationsgewinner der Rührindustrie ein Geschenk von 715 Millionen Markt erhielten! Die Zukunft muß zeigen, ob das Steuergefährt, das die großen Vermögen durch den Abbau der Besitzsteuern erhalten, nicht viel größer ist als der Betrag, den man jetzt jährlich für die Aufwertung der Inflationsopfer abzwängt.

Auf ähnliche Höhe bewegt sich die Leistung, die in dem Entwurf eines Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Ansprüchen enthalten sind. Zunächst bleibt einmal bis zum Jahre 1928 die fünfzehnjährige Aufwertung bestehen. Die Zinszahlung setzt allerdings etwas früher und mit größeren Beträgen ein. Sie beginnt am 1. Januar d. J. mit 2 Proz., steigt im April auf 3 Proz.; vom 1. Januar 1926 an sind 5 Proz. Zinsen auf die mit 15 Proz. aufgewerteten Hypotheken zu zahlen. Zu der fünfzehnjährigen Aufwertung tritt nun eine Zusatzaufwertung von zehn Prozenten, die vom 1. Januar 1928 ab mit 5 Proz. zu verzinsen ist. War schon der bisherige Kapitalbetrag der Hypothekenaufwertung gering, da die fünfzehn Prozent frühestens am 1. Januar 1932 zurückgefordert werden dürfen, in der Zwischenzeit aber weit unter dem am Geldmarkt üblichen Zinssatz verzinst werden, so gilt das in noch viel höherem Maße für die zehnprozentige Zusatzaufwertung. Denn für sie beginnt die Zinszahlung erst 1928, zurückgefordert werden dürfen sie aber erst 1940. Wollte jemand einen derartigen Kapitalanspruch aus der Zusatzaufwertung heute verkaufen, so würde er sicherlich keine vier Prozent seiner Hypothekenschuld daraus erzielen! So sieht die „Zusatzaufwertung“ aus!

Es ist gar nicht zu verkennen, daß dieser Gesegentwurf gegenüber der vollkommenen Unzulänglichkeit der dritten Steuernotverordnung keine Verbesserungen bringt. Diese Verbesserungen stehen aber in gar keinem Verhältnis zu den Zahlen, die im amtlichen Kommuniqué genannt werden; sie stehen auch in gar keinem Verhältnis zu der Steuerkraft eines Volkes, das jährlich über 7 Milliarden allein an Reichsteuern aufbringt.

Es würde zu weit führen, wollte man die vielen kleinen Härten im einzelnen aufzählen, die in den Gesetzesentwürfen noch für Sparer und sonstige Papiermarktgläubiger enthalten sind. So hat sich z. B. herausgestellt, daß die Anwendung des Dollarindezes bei der Berechnung einer Schuld aus den Inflationsjahren der tatsächlichen Leistung des Gläubigers keine Rechnung trägt, weil die Kaufkraft des Geldes im Inland viel größer war als im Ausland. So war Dezember 1920 die Mark schon auf 5,7 Pf. gesunken, während im Inland damals noch rund das Doppelte davon wert war. Was tut nun das Reichskabinett? Es sucht denselben Index, der für die Gläubiger der weltweite ist, nämlich eine Mischung von Dollar und Großhandelsindex, während der Lebenshaltungsindex das Gegebene wäre. Wer also so dumm war, noch 1920 sein Vermögen in mündel-

sicherer Hypotheken anzulegen, der kann sich weiter an der Goldmarkbereicherung seines Schuldners erfreuen — ganz abgesehen davon, daß er ohnehin dem Nennwert nach nur 25, in Wirklichkeit aber knapp 10 Proz. seines ausgeliehenen Geldes zurückerhält. Derlei hübsche Einzelheiten lassen sich noch vielfach ergänzen. Sie alle können nur bestätigen, was der Gesamteindruck ohnehin ist: Die Aufwertung ist gar keine Aufwertung der bestehenden Forderungen, sondern die Aufrechterhaltung der Benachteiligung der Papiermarktgläubiger und Sparer weit über das Maß dessen hinaus, das durch die wirtschaftliche Lage der Gläubiger und die finanzielle Lage des Staates geboten ist. Die Regierung beabsichtigt, im ersten Jahr einen besonderen Fonds von 150 Millionen Markt abzuweihen, um die in den Händen der öffentlichen Kassen und öffentlichen Versicherungen befindlichen Anleihestücke zu tilgen. Schlaglichtartig beleuchtet das die Situation. Denn dieser Plan besagt nichts anderes, als daß die Regierung fest damit rechnet, die gemeinnützigen Institute werden den Sparg in der Hand der Prämien und der Rente auf dem Dach vorziehen. Der Sparg sind die besagten 5 Proz. Anleiheverzinsungswert.

Rehmt alles nur in allem: Es wäre der größte Volksbetrug, wollte man diese Aufwertung als die Erfüllung der von den Deutschnationalen gegebenen Versprechungen ansehen.

Die Vorlage ist Geist vom Geiste des Rechtsblocks, der jetzt nach unumschränkter Herrschaft strebt und die Staatsgewalt schützend vor den Geldbeutel der Besthenden stellen will. Die Aufwertungsfrage ist die beste Propaganda gegen die Präsidentschaftskandidatur des Rechtsblockkandidaten Jarres und ein neuer Beweis dafür, daß der erste Beamte des Reichs nur ein sozial empfindender Mann sein kann und darf. Für alle, die aus der Geschichte der letzten Monate gelernt haben, ist dieser Name der Kandidat der Sozialdemokratie: Otto Braun.

Die Regierungsvorlagen.

Amtliche Inhaltsangabe.

Zum Zweck der endgültigen Lösung der Aufwertungsfrage hat die Reichsregierung den gesetzgebenden Körperlichkeiten die Entwürfe eines Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Ansprüchen (Aufwertungsgezet) und eines Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vorgelegt. Der Entwurf des neuen Aufwertungsgezetes bringt für Hypotheken, Grundschulden und Reallasten sowie für hypothekarisch gesicherte Forderungen eine Erhöhung des Aufwertungsmaßes von 15 auf 25 Proz., wenn die genannten Rechte zur Zeit des Erwerbes innerhalb der ersten Hälfte des Behrbeitragswertes des belasteten Grundstückes lagen. Der Entwurf hält unter Ablehnung der Individualaufwertung an der schrittweisen Aufwertung nach festen hundertjährigen des Goldmarkbetrages des aufzuwertenden Rechtes fest, wobei es bei der

Möglichkeit der Herabsetzung zugunsten des Schuldners

bleibt. Der Goldmarkbetrag soll nicht mehr über den Dollar berechnet werden, sondern zur Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark nach einer aus Dollarindezes und Großhandelsindex ermittelten, für bestimmte Zeitabschnitte festgesetzten Maßzahl. Die neugewährte Zusatzaufwertung von 10 Proz. soll an bereiteter Stelle in der zweiten Hälfte des jetzigen Grundstückswertes hinter einer für Kreditzwecke vorzubehaltenden Eigenheimergrundschuld im Grundbuch eingetragen werden.

Nach dem Entwurf wird der Aufwertungsbeitrag vom 1. Januar 1925 ab mit 2 Proz., vom 1. April 1925 ab mit 4 Proz. und vom 1. Januar 1926 ab mit 5 Proz. verzinst. Die Verzinsung der Zusatzaufwertung soll vom 1. Januar 1928 mit 5 Proz. beginnen. In keinem Falle sollen aber höhere Zinsen gezahlt werden als die vereinbarten. Die Zahlung des Aufwertungsbeitrages soll, wie schon bisher, nicht vor dem 1. Januar 1932 verlangt werden können; die Aufwertungsstelle kann aber Abschlagszahlungen bis längstens 1935 gewähren. Die Zusatzaufwertung von 10 Proz. soll bis 1940 getilgt werden. In allen Fällen kann der Schuldner mit kurzer Kündigungsfrist vorzeitig zahlen. Für Hypotheken und andere dinglichen Rechte sowie hypothekarisch gesicherte Forderungen ist eine Rückwirkung bis zum 1. Ja-

nuar 1923 zur Hälfte der Aufwertungsbeiträge vorgesehen. Geschlossene Vergleiche werden nicht berührt.

Die Aufwertung der hypothekarisch gesicherten persönlichen Restlaufgeldforderung nach allgemeinen Vorschriften, also auch über den Normalfall hinaus, wird für alle nach dem 31. Dezember 1911 (bisher 1918) begründeten Forderungen zugelassen.

In dem Entwurf eines Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen ist eine endgültige und einheitliche Regelung aller Markanleihen des Reichs, der Länder und der Gemeinden vorgesehen.

Die Markanleihen des Reichs, mit Ausnahme der Zwangsanleihe, sollen in eine Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reichs umgetauscht werden. Das Umtauschverhältnis ist bei den Vorkriegs- und Kriegsanleihen 5 Proz., bei der Sparprämienanleihe 2 1/2 Proz. des Nennbetrages. Die Anleiheablösungsschuld im allgemeinen ist bis zur Erledigung der Reparationsverpflichtungen unverzinst und nicht tilgbar.

Abweichend von dieser allgemeinen Regelung werden Anleiheablösungsschulden, d. h. Personen, die seit dem 1. Juli 1920 ihre Markanleihen ununterbrochen besitzen, bevorzugt behandelt. Für die Anleiheablösungsschuld, die sie für ihre alten Anleihen erhalten, werden jährlich rund 140 Millionen Reichsmark verausgabt. Dieser Betrag entspricht schätzungsweise

14 Prozent der Ablösungsschuld der Altbesitzer.

Er ist mehr als drei Viertel der Aufwendungen, die das Reich im Jahre 1914 für die Verzinsung seiner Anleihen zu machen hatte. 50 Millionen Reichsmark dieser Summe werden bei Zugrundelegung einer Schätzung von 20 Milliarden Mark Altbesitzeranleihen dazu verwendet, die Anleiheablösungsschuld der Altbesitzer mit 5 Prozent jährlich in Form einer selbständigen Rente zu verzinsen. 25 Millionen Reichsmark der Anleiheablösungsschuld der Altbesitzer werden jährlich zum Nennbeträge getilgt. Weitere 25 Millionen werden für Prämien bis zum Verfall des Nennbetrages der ausgelassenen Anleihestücke verwendet. Auf diese Weise erhält ein Teil der Altbesitzer eine Aufwertung bis auf 25 Proz. ihrer alten Anleihen. Dies wird den Kurs der Wertpapiere der Altbesitzer günstig beeinflussen.

Den Anleiheablösungsschulden werden die Ründel sowie die Stiftungen und Anstalten gleichgestellt, die zur mündelsicheren Anlage ihres Vermögens jahungsgemäß verpflichtet waren, auch wenn sie Anleihen nach dem 1. Juli 1920, aber vor dem 1. Juli 1923 erworben haben.

Eine

Unterbrechung der Auslosung soll nur für den Fall vorbehalten bleiben.

daß die künftige Finanzlage des Reichs es unbedingt erforderlich machen sollte.

Neben dieser allgemeinen Prämienauslosung erhalten die Altbesitzer von Kriegsanleihen im Falle ihrer Bedürftigkeit bis zu einem Höchstbetrage eine jährliche Rente von zwei Prozent ihrer alten Markanleihen; dies wird schätzungsweise 40 Millionen Mark jährlich erfordern.

Diese regelmäßigen Leistungen für die Anleiheablösungsschuld sollen ergänzt werden durch künftige Einnahmen des Reichs aus den Dividenden der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Mit diesen Mitteln soll die Tilgung der Anleiheablösungsschuld der Altbesitzer verstärkt werden, ein Teil der Mittel soll für die Tilgung der Ablösungsschuld der Neubesitzer Verwendung finden.

Darüber hinaus soll noch ein einmaliger Betrag von etwa 150 Millionen Mark für eine erstmalige größere Vorzugsauslosung der Altbesitzeranleihen der Sparkassen, der Träger der Sozialversicherung und der Bedürftigen mit einem Kriegsanleihebesitz von weniger als 1000 Mark zur Verfügung gestellt werden.

Die

Markanleihen der Länder und Gemeinden werden gleichfalls im Verhältnis von 5 Proz. in Ablösungsschulden umgetauscht.

Den Ländern und Gemeinden ist es überlassen, ob auch sie eine Unterscheidung zwischen Alt- und Neubesitzern vornehmen wollen. Die Anleihen der Länder und Gemeinden sind jährlich mit mindestens 5 Proz. und höchstens 10 Proz. zu verzinsen oder zu tilgen. Einnahmen der Länder und Gemeinden aus werbenden Betrieben sind zu einer Verstärkung des Anleihebedienstes in gewissem Umfange heranzuziehen.

Reichsbahn-Generaldirektor Defers muß vertreten werden; er muß nach einer festigen Erkrankung einige Zeit seinem Amte fernbleiben. Im Einverständnis mit Defers hat der Verwaltungsrat den Staatssekretär a. D. Dr. Stieler zum Vertreter Defers bestellt.

„Die sterbenden Boulevards“.

Von Hanns-Erich Kaminski (Paris).

Die Pariser Journalisten sind seit einiger Zeit die glücklichen Besitzer eines traurigen Themas. Keine Zeitung und keine Zeitschrift, die nicht mindestens einen Beitrag bringt, der sich wie eine Elegie in Prosa liest. Biographien und Memoiren werden hervorgeholt, Anekdoten erzählt, Verse und Jahreszahlen zitiert. Selbstverständlich fehlen auch die alten Herren nicht, die in einem etwas umständlichen Stil von jener fernen Zeit erzählen, in der bekanntlich Alles besser war. Kurz, es entwickelt sich das ganze Gepränge, das der moderne Journalismus für berühmte Tote zur Verfügung hat.

In Wirklichkeit ist die Sache nicht ganz so schlimm. Es sind nur ein paar Häuser, die gepöpselt werden, um einem Straßendurchbruch Platz zu machen. Aber einmal sind die Zeitungen, wie man weiß, immer auf der Suche nach interessanten Stoff, und dann ist ein bißchen Melancholie und ein bißchen Vorkampfpatriotismus zwischen den ewigen Rinterrreden und Prozeßberichten eine recht angenehme Abwechslung. Immerhin, etwas von diesem fettgedruckten Schmerz empfindet sicher jeder alte Pariser, und auch der Ausländer kann ihm das nachfühlen. Denn so ein altes Haus ist immer ein Stück Geschichte, besonders wenn es, wie diese Todeskandidaten, auf den großen Boulevards liegt.

Und diese liegen nun gar noch auf dem Boulevard des Italiens, dicht an der Oper, im Herzen von Paris. Da ist es leicht, Erinnerungen wachzurufen. Denn die Generationen, die hier gewohnt haben, konnten durch ihre Fenster ein paar entscheidende Akte der Weltgeschichte ansehen, in den winkligen Passagen, die jetzt verschwinden, haben viele interessante Persönlichkeiten stanieri, an den Tischen der ein bißchen unbequemen Cafés haben europäische Berühmtheiten gegessen, und in den kleinen Buchhandlungen haben ein paar geistige Revolutionen das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Es sind historische und literarische Häuser.

An ihre Stelle werden nun wohl bald die amerikanischen Restaurants, die Band- und Kinopaläste treten, die die alten Pariser mit Abscheu erfüllen. „Die Boulevards werden immer mehr amerikanisiert“, jammern diese Romantiker, und sie verachten bewußt die neuen kleinen Mädchen, die sich die Lichtreflexen ansehen, vor den Radiolautsprechern stehen bleiben und in die Kinos gehen, von denen eines neulich zu Ehren eines Harold-Blond-Films alle seine Pfingstbesucherinnen mit schwarzen Herrensäcken, flachen Strohhüten und riesigen Hornbrillen bedeckt hatte.

Man soll den alten Zeiten, die sich nicht mehr mit den neuen kleiner Mädchen amüßigen können, ihre melancholischen Erinnerungen gönnen. Aber ich denke mir, daß ihre Großväter genau so gekostet haben werden, als Haushmann, der große Architekt Napoleons des Dritten, ganz hausgenomien niederkniet, um Platz für die breiten

Stroßen zu schaffen, die der Stolz von Paris sind. Es sind gerade, schöne Stroßen mit eleganten Geschäften und bunten Schaufenstern, an denen die Einheimischen schnell und die Fremden langsam vorbeigehen. Im großen ganzen sehen sie jedoch wie alle modernen Stroßen in den Großstädten der ganzen Welt aus.

„Die sterbenden Boulevards“ — ach, lieber Leser, ich will dir ein Geheimnis verraten: Die Boulevards gibt es gar nicht und hat es wahrscheinlich auch nie gegeben. Die Boulevards, an die sich die alten Pariser zu erinnern glauben, und von denen die jungen Leute in Bukarest und Valparaiso träumen, sind die Erfindung von einem halben Duzend großer Schriftsteller. Die Pariser haben darum sehr unrecht, über ihren Tod oder ihre Amerikanisierung zu jammern. Denn diese Boulevards, auf denen Vater Gortio, Mimi Binson, der Graf von Monte Christo und die Rougon-Macquaris wandeln, sind unsterblich.

Ehrt eure deutschen Meister!

Deutschland ist noch immer das Land, in dem die meisten Bücher gedruckt werden. Auch gekauft und gelesen werden hier mehr Bücher als irgendwo anders, obwohl es mit dem Kaufen etwas bedenklich steht, da die Bibliotheken noch immer mit wenigen Exemplaren einen großen Bedarf vorliegen. Aber immerhin, Deutschland ist ein ausgesprochenes Bücherland. Nur fehlt leider eines, die Achtung vor der Form des Buches, vor seinem Aussehen, der Ausstattung usw. Diese Achtung ist auf den kleinen Kreis der Bücherliebhaber, die man mit der gelehrten Bezeichnung „Bibliophile“ nennt, beschränkt, und in weiten Kreisen hat man das schön ausgestattete Buch für einen Luxus, den sich nur der Wohlhabende leisten könne. Mit Unrecht, die ganze Aufschauung ist nur eine Folgeerscheinung des Glaubens, daß Schönheit „Kaviar fürs Volk“ sei, daß diesem nur mit praktisch brauchbaren Dingen gedient sei. Wir sind eben noch weit entfernt von der selbstverständlichen Forderung, daß ein Gegenstand des täglichen Bedarfs auch schön sei, um ständig Schönheit ins Alltagsleben hineinzutragen. Und das kann ein Buch ebenso gut leisten wie irgendein anderer Gegenstand, ohne darum mehr zu kosten. Wie leicht das möglich ist, wenn nur der gute Wille da ist, zeigt ein Vergleich zweier kürzlich erschienenen Gesamtausgaben, eines großen deutschen und eines großen französischen Romanverlegers, nämlich von Paul Heyse und Guy de Maupassant. Die Ausgabe der Werke Heyse ist gedruckt auf einem trockenen, blassen hochglänzigen Papier, mit schmalen Rändern; damit sich das Papier nicht in seiner ganzen trockenen Verformtheit zeige, mit einer sogenannten Broschur, d. h. einer ganz gewöhnlichen Type, die der Druck für alle und jede Arbeit nimmt, wenn es um ganz gleichgültig ist, wie sie aussieht. Und diese so jämmerlich ausgestatteten Bände kosten 3 Mark das Stück, sind also noch nicht einmal billig zu nennen.

Wie anders ehrt das französische Volk seinen Dichter! Die Ausgabe der Werke von Maupassant, die der Verlag J. Bouard herausgebracht hat, erfreut das Auge des Lesers auf jeder Seite von neuem, reizt durch ihre Schönheit zu immer neuer Lektüre, bietet geistigen Genuß und Augenweide zugleich. Gedruckt auf herrlichem, gelbglänzendem von-Bedern-Blüten, mit einer schönen, großen und klaren Antiquaschrift, die an allen Seiten einen breiten Rand frei-

läßt, wie es sich bei solch edlem Papier geziemt, verrät sie einen bemerkenswert hohen Grad künstlerischer Kultur. Und jeder dieser prachtvollen Bände kostet nur 15 Fr. = 3 Mark, weit weniger als die trostlosen Bände der deutschen Ausgabe. Zeigt nicht dieses Beispiel, daß man auch dem weniger Bemittelten ein wahrhaft schönes Buch bieten kann, wenn nur — der Verleger will? Dr. H.

Die gefährdete Flunder. Gelegentlich der Hauptversammlung des Fischereiverbandes von Neu-Vorpommern und Rügen, die in Stralsund stattfand, mußte auch über Schonmaßnahmen in der Dittes zur Erhaltung des Plattfischbestandes verhandelt werden, da zu befürchten ist, daß bei der jetzigen Ausnutzung der Fischerei der gesamte Schollenbestand in 3 bis 4 Jahren weggefangen sein wird!

Die Schollen oder Plattfische sind jene merkwürdige Sippe von Fischen, die unsymmetrische, plattgedrückte Körper, verdrehte Köpfe und schiefe Ränder haben und deren bekannteste Sorten die Goldlulle, die Flunder, die Kalbute, die Steinbutte und die Heilbutte sind. Abbed ist z. B. durch seine Flunderfänge schon weitbekannt gewesen, bevor es Seebad wurde. Man bedachte, was es bedeuten würde, wenn es in den pommerischen Bädern keine Flundern mehr gäbe! Zumal die Flundern doch der Hauptfang der pommerischen Fischer sind. Also ist es wirklich hohe Zeit, daß der bisherige bedenkenlose Raubbau an den Schollenbeständen aufhört. — Der Kuriosität halber möge hier noch die nicht allgemein bekannte Tatsache erwähnt sein, daß der Flunder in den großen Flüssen so weit hinauffischt, daß er schon bei Trier in der Mosel, bei Mainz im Rhein, bei Klingenberg im Main und bei Weihen in der Elbe gefangen wurde, daß der Steinbutt bis zu 80 Kilogramm schwer und der Heilbutt bis zu 4 Meter lang wird.

Ein „Straßenhaus“ in Bremen. Ein besonderes Haus, das ganz der Bewertung der Straßen für die Heilwissenschaft gewidmet ist, wurde als Teil der städtischen Krankenanstalten in Bremen vor kurzem eingeweiht. Dieser Neubau, der als selbstständiges Institut auf dem Gelände der Krankenanstalten errichtet worden ist, soll, wie in der „Allnischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, diagnostischen und therapeutischen Aufgaben dienen.

Die Sturmhausschüler findet am 28. 9 Uhr im Zoo statt. Einladungen und Karten im Sturm, Volksbühne Str. 134a (Häuser 4442)

Amora Karlovna wird am 1. und 2. April, 8 Uhr abends, zwei Vorstellungen mit ihrem Partner Wladimiroff im Theater im Udmiralskaja geben.

Die „Milde-Jahliche Musikvereinigung“ veranstaltet am Donnerstag, 2. April, 8 Uhr, im Bläser-Saal ein Konzert, in dem außer Berlen von Berthold und Brauns „Barytombes“, von Paul Scheinplang, Dichtung von Franz Fiedler, aus Anlaß des 60. Geburtstages des vor 4 Jahren verstorbenen Dichters zum Vortrag gelangen. Karten zu 1 und 2 Mark bei Horst, Engelstr. 25.

Der Streik um die Prominenten. Der Deutsche Bühnen-Verein und der Verband Berliner Bühnenleiter werden Sonntag, vormittags 11 Uhr, zu erneuten Verhandlungen in Sachen der Gewerkschaften mit dem Präsidium der Gesellschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen zusammenzutreten. Bis nachmittags 4, 5 Uhr des gleichen Tages ist zur Entgegennahme des Berichtes des Präsidiums eine Vollversammlung der beteiligten Berliner Bühnemitglieder in die Gesellschaftslokale einzuberufen.

Die Obstruktion in Preußen. Vergebliche Sabotage der Rechten.

Der gestrige Auszug der vereinigten staatsverhaltenden Opposition von Bloch bis Campe aus der Sitzung des Ständigen Ausschusses der Preussischen Landtags hat den Kampf um die Macht in Preußen erheblich verschärft. Die Obstruktionversuche der vereinigten Rechten beweisen deutlich, daß es den Reaktionsären darauf ankommt, mit allen Mitteln der Erpressung das Staatsgefüge zu erschüttern, um auf die Weise doch noch zu ihrem Ziel zu kommen. Zunächst soll durch diesen Kampf die Stellung des Ministerpräsidenten Marx im Wahlkampf um den Reichspräsidentenposten erschüttert werden. Deswegen vor kurzem die Ablehnung einer Kandidatur Dr. Marx, solange er Wahlkandidat sei. Daß andere Ministerpräsidenten wie Held und Hellpach sich auch bemerken, stört die Rechten nicht. Aus demselben Grunde verlangen sie gestern seine Anwesenheit, damit ihre Angriffe gegen ihn eine bessere Begleitmusik zu ihrer etwas eingeschlafenen Wahlkampagne gäben. Alle diese Absichten sind an dem geschlossenen Widerstand der Koalitionsparteien gescheitert, die eben doch der gefestigtere und aktionsfähigere Block im Landtag sind.

Im übrigen wird der neue Kampf um Preußen indirekt durch die Reichspräsidentenwahl vorbereitet. Bereits das Wahlergebnis vom Sonntag wird den weiteren Verlauf der Dinge wesentlich beeinflussen, und wenn aus der Wahl ein republikanischer Kandidat als Sieger endgültig hervorgeht, muß sich zeigen, ob die Rechte noch weiter den Mut hat, ihre aussichtslose Obstruktion fortzusetzen. Fügt sie sich auch dann den wirklichen Mehrheitsverhältnissen nicht, dann bleibt nur die Auflösung, und diese Auflösung wird eine gründliche Abrechnung mit den verbündeten Kommunisten und Deutschnationalen werden. Die Herrschaften scheinen sich darüber nicht täuschen, daß diese Abrechnung ihnen teuer zu stehen kommt.

Das Anti-Strefemann-Lied.

Die „Kreuz-Zeitung“ umgeht das Schweigegebot.

Die deutschnationale Presse hält im allgemeinen das Gebot streng ein, über den außenpolitischen Konflikt in Regierung und deutschnationaler Fraktion zu schweigen bis nach der Wahl. Die „Kreuz-Zeitung“ umgeht das Schweigegebot nach ihrer Fassung, indem sie gegen — den „Vorwärts“ polemisiert. Sie knüpft an unsere Feststellung an, daß ein Lehrer in der Berliner Umgebung Schülkinder eine nationalistische Umdichtung des Straßburgliedes gelehrt habe. Sie gibt die Umdichtung wieder:

„Verraten, erschlagen, viel Hunderttausend tot!
Auf Straßburg welche Fahnen verhöhn deutsche Not!
Laßt klattern, laßt rauschen, und schwand auch unser Blut,
O Straßburg, o Straßburg, wir holen dich zurück.
O Straßburg, o Straßburg, mir tut das Herz so weh,
Wenn ich auf deinen Zinnen die Tricolore seh'.
O Straßburg, o Straßburg, wir schwör'n dir's in den Tod,
Bald weht auf deinen Zinnen die Flagge Schwarz-Weiß-Rot!“

Sie setzt hinzu: „Treffiiche Verse! Jedem Deutschen aus der Seele gesprochen!“

Die Polemik der „Kreuz-Zeitung“ setzt unter falscher Adresse. Sie will sich nicht über uns entrüsten, sondern Herrn Strefemann ihre Antwort auf den Sicherheitspakt geben. — Hat sie sich aber auch vergewissert, daß Herr Strefemann und seine deutschnationalen Ministerkollegen zu den Schwüren des Anti-Strefemann-Liedes stehen?

Gegen Ludendorffs Konkurrenz.

Generelles Verbot von Hitler-Versammlungen.

München, 20. März. (WZ.) Dem „Völkischen Beobachter“ zufolge sollen die Kreisregierungen durch einen Erlass des bayerischen Innenministers ersucht worden sein, keinesfalls Hitler-Versammlungen zuzulassen. Verbote sollen mit der im Münchener Fall erfolgten Begründung geführt werden.

Hitlers Verhandlungen mit Reventlow und Wulle.

Eine Korrespondenz veröffentlicht das Protokoll über eine am 13. März im Reichstagsgebäude in Berlin abgehaltene Besprechung, die zwischen Hitler, Strasser, Dr. Fried und Feder einerseits und Graf Reventlow, Wulle, Stöhr und Fahrenhorst andererseits über die Frage der Reichspräsidentenwahl stattgefunden hat.

Nach diesem Protokoll führte Hitler in dieser Besprechung folgendes aus:

„Ich komme lediglich, um einen entscheidenden Punkt zu erörtern. Es handelt sich um die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten. Diese ist natürlich ebenso unwichtig wie alle Wahlen, die bisher stattgefunden haben. Es ist vollkommen gleichgültig, wer kandidiert. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist der schlechteste der Kandidaten gerade gut genug; denn auf diese Weise kann man dem Volke am deutlichsten zeigen, worauf es ankommt, um dem Rosenbergsystem ein Ende zu bereiten. Hingegen ist der Kampf gegen einen solchen nationalen Präzidenten viel schwieriger. Man kann der Meinung sein, daß das kleinere Übel vorzuziehen ist. Das kann aber m. E. nur für die Stichwahl in Frage kommen. Im ersten Wahlgang darf keine Bewegung wie die meine, die jung ist, und aufwärts strebt, darauf verzichten, ihre Anhänger fest in die Hand zu nehmen. Wahlenthaltung gibt es schließlich nicht. Das könnte ich meinen Anhängern heute nicht mehr zumuten. Wenn wir vielleicht zwei Millionen Stimmen aufbringen und so viel bekommen, wie nach den sorgfältigen Berechnungen, die ich aufgestellt habe, dann können wir sie in der Stichwahl sehr gewichtig in die Waagschale werfen. Ich bin also unter allen Umständen für einen eigenen Kandidaten. Es kommt darauf an, daß das ein Mann ist, der ganz allgemein als der ausgesprochenste Gegensatz zu der bisherigen Richtung in die Augen fällt. Das ist nach meinen Erwägungen nur Ludendorff. Er braucht keine Erklärung abzugeben. Er braucht und darf keine Rede halten. Damit würde auch das Verbrechen, diesen Mann in dieses Parlament gesetzt zu haben, wieder gutgemacht und er in der Rolle geseigt werden, die er eigentlich zu spielen hätte. Ich bin ja nicht so naiv, anzunehmen, daß er dies mal gewählt werden könnte. Die Kandidatur als solche ist vielmehr vollkommen aussichtslos. Es handelt sich, wie gesagt, einzig und allein um die prinzipielle Bedeutung dieser Kandidatur. Aus diesem gemeinsamen Vorgehen könnte sich nach und nach wieder eine festere Form des Zusammenarbeitens unserer beiden Richtungen, nicht in organisatorischer, wohl aber in besserer Beziehung entwickeln.“

Reventlow und seine Freunde zogen sich dann zu einer kurzen Beratung zurück, deren Ergebnis Reventlow folgendermaßen darlegte:

„Wir sind nicht in der Lage, auf den Vorschlag Hitlers einzugehen, erstens weil wir keine politische Rechnung für unrichtig halten, zweitens mit Rücksicht auf General Ludendorff. Wir sind insbesondere auch nicht in der Lage anzuerkennen, daß es besser sei,

wenn der schlechteste der Kandidaten gewählt würde. Das Amt des Reichspräsidenten ist doch so ungeheuer wichtig und seine Machtbefugnisse sind so groß, daß wir von vornherein dem national zuverlässigsten unter den Kandidaten den Vorzug geben müssen, da, wie Hitler selbst anerkennt, eine Kandidatur mit Ludendorff keine Aussicht auf Erfolg bietet.“

Stöhr erklärte hierzu: „Das politische Ansehen Ludendorffs befindet sich infolge der infamen Wahlarbeit der Gegner und unserer unglücklichen Abwehrmittel auf einem bedauerlichen Tiefstand. Trotzdem wollen wir Ludendorff aus unserer politischen Kalkulation nicht ausschließen, im Gegenteil, ich bin überzeugt, daß wir in wenigen Jahren vor einer vollkommen veränderten Lage stehen werden, und dann eine politische Macht geworden sind. Für diese unsere Stunde wollen wir den General zur Verfügung halten. Deshalb würde ich mich dagegen leidenschaftlich auflehnen, daß der Rest seines politischen Ansehens in einem vollkommen aussichtslosen Kampf um den Präsidentenposten verwirrt wird.“

Hitler bekundet einen starken Optimismus, wenn er sagt, daß wir zwei Millionen Stimmen aufbringen würden. Ich bin der Ansicht, daß wir ungefähr 10 Proz., aber kaum mehr als 500 000 Stimmen bekommen würden.“

Wulle: „Auch ich möchte nachdrücklich betonen, daß es mir nie in den Sinn gekommen ist, Ludendorff zumuten, eine so unglückliche Rolle zu übernehmen, wie sie ihm von Hitler zugebilligt ist. Es unterliegt auch für mich gar keinem Zweifel, daß wir über Jahr und Tag in unserer Krise als politische Bewegung vollkommen gesichert und achtunggebietend dastehen werden. Wir würden diese gesunde Entwicklung in verhältnismäßiger Weise stören und unterbrechen, wenn wir trotz der geringsten Aussicht auf Erfolg das Obium auf uns laden wollten, aus der Nationalfront ausgebrochen zu sein und damit vielleicht den Sieg dieses Kandidaten verhindert zu haben.“

Hitler: „Ein Ausbrechen aus der Nationalfront kommt für mich und meine Bewegung nicht in Frage, da wir niemals in einer solchen Front gestanden haben.“ (Zuruf Fahrenhorst: „Wir auch nicht.“)

Stöhr: „Es handelt sich, Herr Hitler, lediglich um einen einzigen besonderen Fall, nämlich um die bevorstehende Präsidentenwahl, bei der nur durch Geschlossenheit aller nationalen Kreise der Sieg eines Marxisten oder eines Altkaemmerers zu verhindern ist.“

Hitler: „Ich möchte kein Wort von dem zurücknehmen, was ich gesagt habe. Nachdem Sie aber einmütig und, wie ich glaube, endgültig Ihren ablehnenden Standpunkt zum Ausdruck gebracht haben, muß ich sehen, was weiter zu tun ist. Die Mission, die mich hierher geführt hat, dürfte beendet sein.“

Stöhr: „Ich glaube, daß wir fertig sind.“

Dieses Protokoll ist im unmittelbaren Anschluß an die Unterredung angefertigt und dann von allen Teilnehmern unterzeichnet worden. Im Anschluß an die offiziellen Besprechungen entwickelte sich dann noch eine Unterhaltung inoffizieller Art, bei der Hitler auf die völkische Wahlniederlage vom 7. Dezember zu sprechen kam. Fahrenhorst erwiderte ihm, daß Hitler selbst an dieser Niederlage schuld sei, weil er seine Anhänger und die ganze Öffentlichkeit über seine Stellungnahme nicht im klaren hätte lassen dürfen. Hitler behauptete demgegenüber, diese Klarheit hätte bestanden, denn er hätte dreimal öffentlich darauf hingewiesen, daß niemand sich auf ihn berufen dürfe. Im übrigen sollten die norddeutschen Herren froh sein, daß er nicht gesprochen hätte, er hätte sonst damals sehr viel Unliebsames für sie sagen müssen. Darauf entgegnete ihm Graf Reventlow: „Es ist sehr schade, Herr Hitler, daß Sie nicht gesprochen haben, denn dann hätten wir ja noch die von uns so heißgewünschte Klarheit rechtzeitig gehabt.“ — Strasser, der offensichtlich sehr erregt war, rief darauf noch zwischen Tür und Angel in heftigem Tone zur Gegenseite hinüber: „Sie haben den General Ludendorff getötet und seztet, und wollen sich nun die einzelnen Belohnungen für Ihre politischen Zwecke je nach Bedarf herbeiholen.“

Damit war die Auseinandersetzung zwischen den norddeutschen und süddeutschen Völkischen beendet, und wenige Stunden später verließen Hitler und seine Freunde Berlin wiederum mittels dem, von einer Stuttgarter Firma für diesen Zweck eigens zur Verfügung gestellten Kraftwagen, da Hitler die Benutzung der Eisenbahn verweigert hatte.

Hitler hat sich die Kandidatur Ludendorff für diesmal nicht abkaufen lassen. Anders machen's die Wulle und Reventlow. Sie lassen sich ihre „völkische Bewegung“ erst mal ordentlich aus dem großen Säckel der Schwerindustrie finanzieren, halten Wahlen für Jarres, um die eigene Niederlage zu verdecken, und glauben innerhalb eines Jahres auf diesem Wege ihre bankrotte Firma samt Ludendorff „aufgewertet“ zu haben. Diese Aufwertung dürfte aber um nichts höher werden, als die von der Luther-Schiele-Regierung für die betrogenen Sparrer vorgesehene Kapitalaufwertung, nämlich — nichts!

Jarres' Freunde.

Sage mir, mit wem du umgehst.

Auf der Stuttgarter Hauptversammlung des Württembergischen Verbandes sprach dessen Vorsitzender, Justizrat Glah, diese Worte:

„Es ist ein Jammer, daß es Persönlichkeiten vom Range eines Jarres noch in der internationalen und parlamentarischen geteilten Deutschen Volkspartei aushalten und ihr Ansehen zum Schaden des Ganzen dem Treiben einer solchen Partei leihen.“

Herr Glah ist bekanntlich der samische Wortkämpfer der nationalistischen Phantasten gegen jede vernünftige Außenpolitik. Wenn ausgerechnet dieser Mann Jarres besonders empfiehlt, im Gegensatz zu anderen Männern der Volkspartei (siehe Strafmann), dann weiß man, was außenpolitisch von Jarres als Reichspräsidenten zu erwarten ist.

„Wackere Verleumder“.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

Wie Strupellas eine gewisse Preise arbeitet, um den politischen Gegner zu verdächtigen und herabzusetzen, zeigt in seltener Klarheit wieder einmal das Verhalten des „Deutschen Tageblattes“ in einer Etappe seines Verleumdungsfeldzuges gegen den Preussischen Minister des Innern, Severing. Am 12. März dieses Jahres behauptete das „Deutsche Tageblatt“ in einem längeren Artikel, daß der Name des Preussischen Ministers des Innern, Severing, schon vor sechs Jahren in einem „besonders unerfreulichen Zusammenhang“ mit der Verschlebung eines großen Schadens Schube ins Ausland aufgetaucht sei, und zwar als Bevollmächtigter für Ein- und Ausfuhrbewilligung. Zum Beweise dafür zitierte das „Deutsche Tageblatt“ scheinbar wörtlich eine kleine Anfrage, die von einigen Zentrumsgesandten der Weimarer Nationalversammlung im Dezember 1919 an die Reichsregierung gestellt war. In dem Abdruck des Wortlautes der Anfrage im „Deutschen Tageblatt“ wird auch tatsächlich als der Reichsbevollmächtigter für Ein- und Ausfuhrbewilligung, der danach für die Ausführung einer großen Menge Schube verantwortlich war, der Name Severing genannt. Am 13. März 1925 ging dem „Deutschen Tageblatt“ auf Grund des § 11 des Pressegesetzes eine Mitteilung des Ministers Severing zu, die feststellt, daß die Angabe dieses Artikels unwahr sei, daß der Minister Seve-

ring mit dieser Angelegenheit nie das mindeste zu tun gehabt habe, daß in der vom „Deutschen Tageblatt“ zum Beweise für ihre Behauptungen herangezogenen Kleinen Anfrage der Name Severing überhaupt nicht vorkomme, sondern der Name des damaligen Reichskommissars Göring.

Diese Berichtigung wurde dem „Deutschen Tageblatt“ am 13. März 1925 gegen Empfangsbescheinigung zugestellt. Aber erst am 22. März glaubte das „Deutsche Tageblatt“ sich verpflichtet, diese Berichtigung zu bringen. Es läßt aber seine Behauptung nicht etwa fallen, sondern beruft sich auf einen Ausschnitt des „Schwäbischen Volksboten“ vom 23. Dezember 1919, der der Nachdruck einer gleichlautenden Mitteilung des WTB sei, in dem gleichfalls der Name Severing in dem oben genannten Zusammenhang stünde. Und diese Unterlage sei doch so ernsthaft — so meint das „Deutsche Tageblatt“ —, daß durch die nach sechs Jahren erfolgte Berichtigung des Ministers Severing die Angelegenheit durchaus nicht geklärt erscheine. Zwar trägt ein Nachblätter in den Druckfahnen der Weimarer Nationalversammlung, um die völlige Haltlosigkeit der Verleumdung des „Deutschen Tageblattes“ zu erweisen. Aber auf eine Klarstellung kommt es ja gerade dem „Deutschen Tageblatt“ nicht an, sondern nur auf Verleumdung und Verdunkelung. Der Minister Severing hat wegen Verstosches gegen den § 11 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 Strafantrag gestellt. Darüber hinaus sei aber diese Art journalistisch-politischer Kampfes in aller Öffentlichkeit angeprangert.

Genosse Horn-Stettin gestorben.

Im Alter von 59 Jahren ist in Stettin Genosse August Horn gestorben. Im Memelland geboren, erlernte er die Schuhmacherei und war von 1890 an selbständiger Meister. Schon 1889 unter dem Bismarckischen Schandgesetz trat er der Partei bei, 1899 bis 1903 war er Redaktor im Stettiner Konjum- und Sportverein, seit 1903 Parteisekretär für Pommern. Seit 1919 gehörte er der Stettiner Stadtverwaltung als Stadtoverordneter, bald als Stadtrat an. 1920 wurde er als Kandidat der USP in den Reichstag gewählt, dem er bis zum Mai 1924 und seit dem 7. Dezember 1924 wieder angehört hat.

Genosse Horn gehörte zu den Alten, die ihre ganze Lebensarbeit in den Dienst des Sozialismus gestellt hatten. Die Stettiner Genossen verlieren in ihm einen unermüdbaren Arbeiter, der in seinem Wirkungskreis unter schwierigen Verhältnissen immer seinen Mann gestanden und zum Aufstieg der Partei beigetragen hat. Die Partei wird sein Andenken in Ehren halten.

Der Kurs gegen die Gemeinden.

Immer mehr zeigt sich, daß die finanz- und wirtschaftspolitische Einstellung des Rechtsblocks unter dem Einfluß der Privatwirtschaft, namentlich der Volkspartei und der Wirtschaftspartei, einen ausgesprochen gemeindefeindlichen Kurs zur Folge hat. Schon bei der ersten Beratung des Finanzausgleichsgesetzes im Steuerauschuß des Reichstags haben die Herren von der Industrie und Wirtschaft in der unwürdigsten Weise ihre Abneigung gegen die wirtschaftliche Belastung der Gemeinden Ausdruck gegeben. Die Erledigung des Finanzausgleichs stellt sich vom Standpunkt dieser Kreise aus nicht nur als ein Problem der zweckmäßigen Verteilung von Steuern und Steuerertrügnissen auf die verschiedenen Zweige der öffentlichen Verwaltung dar, sondern man hofft bei dieser Gelegenheit auch, den Aktionsradius der Gemeinden nach Möglichkeit einengen zu können. Es herrscht eine ausgesprochen antikommunale Stimmung. Wie weit diese Feindschaft gegen die Gemeinden geht, zeigt ein Beschluß des volkswirtschaftlichen Reichstagsausschusses, der gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gefaßt wurde. In ihm wird die Reichsregierung ersucht

1. in den Reichsverwaltungen die in das Gebiet des gewerblichen Mittelstandes fallenden Arbeiten und Lieferungen, soweit dieselben nicht in beschränktem Umfang, z. B. zur Ausbildung der Angehörigen der Reichswehr, nötig sind, grundsätzlich durch die freien Berufe und weder direkt noch indirekt durch die Verwaltungen selbst ausführen oder unterstützen zu lassen;
2. auf die Länderregierungen entsprechend Ziffer 1 einzuwirken und sie zu ersuchen, auch im Bereiche der Gemeinden die Beseitigung unbegründeter Selbstverordnungsbetriebe zu erstreben;
3. innerhalb von 6 Monaten dem Reichstag eine Uebersicht über die Beteiligung der Reichsverwaltungen an gewerblichen Lieferungen und Leistungen als Selbstunternehmer vorzulegen;
4. Regie- oder gemeinnützige Betriebe sind in der Steuer- und Abgaben mit denselben Steuern und Abgaben zu belasten wie die Privatbetriebe.

Diese letzte Forderung findet sich bekanntlich bereits in dem Befehlentwurf der Reichsregierung über die gegenseitige Besteuerung des Reichs, der Länder und Gemeinden. Hier wird die bisher bestehende teilweise Steuerfreiheit kommunaler Betriebe grundsätzlich aufgehoben. Mit einer nach außen hin plausibel klingenden Begründung wird eine in viele Millionen gehende Belastung des Konsums eingeführt und — worauf es den Drahtziehern dieser Gesetzgebung viel mehr ankommt — der Angriff des Privatekapitals gegen die Gemeindebetriebe systematisch mit politischen Mitteln unterstützt. Krasser kann die Feindschaft des Rechtsblocks gegen die Arbeit der Gemeinden nicht zum Ausdruck kommen als in diesen Entschlüssen, die zweifellos von der jetzigen Reichsregierung gern durchgeführt werden.

Demokraten-Kundgebung.

Massenbesuch im Sportpalast.

Im Berliner Sportpalast, wo gestern die Sozialdemokratische Partei eine gewaltige Kundgebung zur Reichspräsidentenwahl und für unseren Genossen Otto Braun veranstaltete, fand gestern eine Kundgebung der Deutschen Demokratischen Partei statt. Auch hier war der Andrang außerordentlich stark, so daß nach Füllung des Saales die Eingänge geschlossen werden mußten und in dem Gartenraum vor dem Sportpalast eine zweite Versammlung abgehalten wurde. Im Saal, auf dessen Podium die Reichsbannerleute mit schwarzrotgoldenen Fahnen standen, sprachen Abgeordneter Merz, Oberbürgermeister Böß und dann der badische Staatspräsident Heilpaß, den die Deutsche Demokratische Partei als ihren Präsidentschaftskandidaten aufgestellt hat. Warnend wies er darauf hin, daß die Herrschaft, die bei einem Siege der Reaktion läge, schlimmer wäre als alles, was wir in den Zeiten der Monarchie erlebt haben. Nach ihm sprachen noch die Abgeordneten Dr. Elzab. Lüders und Reichsminister a. D. Rog. Die Versammlung war ein entschiedenes Bekenntnis der linksgerichteten Kreise des Bürgertums zur Republik.

Wer für Polen opfert hat, wird zufolge der deutsch-polnischen Konvention vom 30. August 1924 von der polnischen Regierung aufgefordert, Deutschlands Gebiet vor dem 1. August 1928 zu verlassen und nach Polen zu überfiedeln.

Gewerkschaftsbewegung

Der Reichstarif im Bankgewerbe.

Provisorisch verlängert bis zum 20. April.

Der vom Oberregierungsrat Kuttig in seiner Eigenschaft als Schlichter gemachte Vorschlag, den am 31. März ablaufenden Reichstarif unverändert und provisorisch bis zum 20. April weiterzuführen, ist von sämtlichen beteiligten Verbänden angenommen worden, die eigentlichen Schlichtungsverhandlungen werden nach der für den 3. April anberaumten weiteren Sitzung des Untersuchungs- und Schlichtungsgerichts stattfinden, während die von diesem beschlossenen Erhebungen über die Zugehörigkeit der Verlangten zu den verschiedenen Organisationen in den nächsten Tagen durchgeführt werden.

Der Tapeziererstreik geht weiter.

Im Streik der Tapezierer hat sich bisher nichts geändert. Von beiden Parteien wird der Kampf mit großer Hartnäckigkeit weitergeführt. Es sind noch nicht die geringsten Annäherungsversuche zu verzeichnen. Die Unternehmer sind zweifellos immer noch der Ansicht, den Tapezierern ihre Tarifverhältnisse aufzwingen zu können, während die Tapezierer fest zu ihrer Absicht stehen, durch den Streik sich einen annehmbaren Tarifvertrag zu erkämpfen. Im Laufe der Zeit stellt sich immer mehr heraus, daß die große Mehrheit der Berliner Tapezierermeister mit der Führung des Kampfes durch ihren famosen Obermeister Herrn Holzamer, R. d. R. bei der Wirtschaftspartei, absolut nicht einverstanden ist. Die Scharmacherei wird von wenigen großen Unternehmern betrieben und die kleinen Meister haben den Schaden davon. Selbst die Forderung nach einer Versammlung ist den Meistern von ihrem Obermeister abgelehnt worden. Wie die Meister mit ihrer Führung fertig zu werden gedenken, ist ihre Sache. Die Streikenden haben jedenfalls zu ihrer Führung vollstes Vertrauen und werden auch weiter im Streik ausharren, bis die Unternehmer von ihren Forderungen zurückgetreten sind. Der Streik geht bereits in die vierte Woche; mit bewundernswürdiger Energie halten die Tapezierer fest zusammen, so wie sie es bisher auch getan haben, wenn es galt, gerechte Forderungen zu erkämpfen.

Eine gestern abgehaltene Vollversammlung der Streikenden ließ nach einem Situationsbericht, den Bevollmächtigter Müller gab, keinen Zweifel über die Entschlossenheit der Kämpfenden.

Eisenbahner!

Morgen, Sonntagabend, vormittags von 9—1 Uhr, ist Auszahlung der Streikunterstützung in unserem Ortsbureau, Weihenstraße 10 I, für diejenigen Mitglieder, welche in der Zeit vom 23. bis 28. März noch nicht eingestellt worden sind. Auch diejenigen Kollegen kommen in Frage, welche schon im Laufe der Woche eingestellt wurden. Am Montag, den 30. März, findet keine Auszahlung statt.

Mittwoch, den 1. April 1925, von 10—12 Uhr und von 5 bis 7 Uhr findet die Restzahlung für den 30. und 31. März statt. Mit diesem Tage wird die Auszahlung der Streikunterstützung abgeschlossen.

Ohne Mitgliedsbuch und Streikkarte erfolgt keine Auszahlung. Deutscher Eisenbahnerverband, Ortsverwaltung Berlin.

Schiedspruch für den mitteldeutschen Bergbau.

Berlin, 26. März. (Z.N.) Die zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau im Reichsarbeitsministerium zusammengetretene Schlichterkammer fällt am 26. März einen Schiedspruch dahingehend, daß mit

Wirkung vom 1. April ab im Kernrevier der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft je Schicht von 4,44 M. auf 4,65 M. erhöht wird. Die Lohnspanne zwischen gelerntem und ungelerten Arbeitern wurde im mäßigen Ausmaß erweitert, die bisherigen Lohnabstufungen zwischen Kernrevierern und Mandrevierern

Gewerkschaftsfreunde!

Bei der Wahl am Sonntag steht so Großes für uns auf dem Spiele, daß wir uns nicht auf den Gang zum Wahllokal und unsere Stimmabgabe für Otto Braun

beschränken dürfen. Wir müssen vielmehr bis zur letzten Minute alles daran setzen, um die noch schwankenden Wähler im Kreise unserer Berufskollegen und sonstigen Bekannten zu bewegen, unserer Parole zu folgen:

Wählt nur Otto Braun!

bleiben bestehen. Das Lohnabkommen kann erstmalig zum 30. Juni gekündigt werden. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs läuft bis zum 4. April.

Um das Dreischichtensystem.

Auslegung der Verordnung vom 20. Januar 1925.

Effen, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Metallarbeiterverband teilt mit: Die drei tarifschließenden Metallarbeiterverbände haben infolge der außerordentlich gespannten Lage, die sich aus der Haltung der Arbeitgeber ermittelte hat, folgendes Schreiben an das Reichsarbeitsministerium in Berlin, die Regierung in Düsseldorf, die Regierung in Arnberg, den Schlichter Wehlich in Dortmund und an den Arbeitgeberverband für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie in Düsseldorf gerichtet:

Bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern der nordwestlichen Gruppe über die Durchführung der Verordnung vom 20. Januar 1925 sind Differenzen aufgetreten über die Arbeitszeit in den Hochöfenbetrieben und in den Koksereien. Die Unternehmer sind der Ansicht, daß die Verordnung vom 20. Januar 1925 auch durchführbar sei, ohne die dreigeteilte Schicht anzuwenden. Die unterzeichneten Vertreter der Arbeiterorganisationen sind der Ansicht, daß die Verordnung vom 20. Januar 1925 nur die dreigeteilte Schicht für die obengenannte Arbeitergruppe vorsieht. Unsere Bemühungen, der Verordnung vom 20. Januar gerecht zu werden, waren ergebnislos. Nach uns gewordenen Mitteilungen von maßgebender Stelle des Reichsarbeitsministeriums ist auch dort die Ansicht vertreten, daß für die Durchführung der Verordnung nur die dreigeteilte Schicht in Frage kommen könne. Einzelne Werke des Industriegebietes haben sich zwar mit der Einführung der dreigeteilten Schicht abgefunden, jedoch entspricht die beabsichtigte Eingruppierung nicht dem Sinne der Verordnung. Unseren Anträgen, die Eingruppierung der Arbeiter mit den Gewerkschaften vorzunehmen, wurde bisher nicht entsprochen. Durch die Haltung der Unternehmer sind nicht nur Unruhen unter

den Hochöfenarbeitern eingetreten, sondern auch in den Hochöfenbetrieben Martin-Walz- und Hammerwerken. In den Hochöfenbetriebs-Konferenzen bestand eine Einmütigkeit darüber, daß gemäß der Verordnung ab 1. April 1925 die dreigeteilte Schicht eingeführt werden müsse.

Der Konflikt in der Kaffee- und Metallindustrie.

Kassel, 26. März. (Z.N.) Die im Regierungsgebäude unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums geführten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der Metallindustrie wurden nach 6 1/2 stündiger Dauer abgebrochen, da es unmöglich war, eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen.

Ende des Münchener Brauerstreiks.

München, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches haben die streikenden Brauereiarbeiter Münchens beschlossen, den genau drei Wochen dauernden Streik sofort abzubrechen. In den Kreisen der Arbeiterschaft hat es Erbitterung ausgelöst, daß der Sozialminister nicht auch den Punkt 5 des Schiedspruches für verbindlich erklärte, so daß also die Wiedereinstellung der Streikenden von dem Willen der Brauereibesitzer abhängt. Sie haben allerdings in einer Erklärung zugefagt, die Wiedereinstellung loyal zu handhaben und dabei in erster Linie die älteren Arbeiter zu berücksichtigen. Diese sollen auch in ihren alten Rechten nicht verlustig werden. Die vollständige Wiedereinstellung scheiterte an den Forderungen, die die Brauereibesitzer den Streikbrechern, die sich im Laufe der drei Wochen den Unternehmern leider in erheblicher Anzahl zur Verfügung stellten, gemacht haben. Es ist damit zu rechnen, daß zunächst etwa 300 bis 500 Arbeiter nicht wieder eingestellt werden, doch hofft man, daß die Brauereien im Laufe der Zeit wieder auf ihren alten Stamm zurückgewinnen. Nach dem Schiedspruch wird nunmehr, wie auch nach dem alten Tarifvertrag in den großstädtischen Brauereien Bayerns, 54 Stunden und in den Landbrauereien 57 Stunden gearbeitet. Für die letzten drei Arbeitsstunden wird ein Zuschlag von 20 Proz. bezahlt. Gleichzeitig wird der Wochenlohn in den großen Stadtbrauereien von 39 auf 42 Mark erhöht. Die Prozente der Ueberstunden werden auf 25, für Nachtstunden und Sonntagsstunden auf 50 Proz. erhöht.

Der Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz teilt mit, daß trotz aller Warnungen Deutsche Holzarbeiter usw. nach der Schweiz kommen. Die Konjunktur ist aber vielfach auch der Rente wegen äußerst schlecht, und in vielen Orten der Schweiz werden Arbeitskonflikte ausgetragen, so daß die Schweizer Gewerkschaften gezwungen sind, jeden Neuling, der in diesen Orten zu arbeiten anfängt, als Sperrbrecher zu betrachten. Wenn Deutsche in der Schweiz Arbeit annehmen wollen, empfiehlt es sich, bei dem Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz, Volkshaus Zürich, Erkundigungen einzuziehen.

Achtung, SPD-Betriebsvertrauensleute!

Die Nr. 16 der Betriebszeitung „Der Kämpfer“ ist ergriffen und liefert dem Betriebsrat, Kassenrat, u. a. 2 Ex. in Empfang zu nehmen. Besondere die Vertreter des Mittel- und Kleinbetriebs werden ersucht, das Material abzuholen. Vertrauensweise mitbringen!

Achtung, Buchdrucker! (Beitrag 4.) Die auf dem Boden der Richtung im Norden lebenden Kollegen treffen sich morgen, Sonnabend, abends 6 Uhr pünktlich im Lokal von Schenck, Samariterstraße, Ecke Rigauer Straße, zu einer wichtigen Besprechung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Kulturellen: A. G. Böhmer; Sport: und Sonstiges: Felix Reuter; Anzeigen: H. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Frisches Fleisch

- Kalbskamm u. Brust . . . Pfund 60 Pf.
- Kalbsnierenbraten . . . Pfund 70 Pf.
- Kalbskeule ganz und geteilt . . . Pfund 80 Pf.
- Schweinebauch mit Beilage . . Pfund 80 Pf.
- Schweinerücken und Blatt mit Big. . . Pfund 90 Pf.
- Schweineschinken . . . Pfund 95 Pf.
- Kaßler Rippspeer u. Kamm . . Pfund 110
- Lieser Pfund 80 Pf. Gehacktes Pfund 65 Pf.
- Prima fett. Ochsenfleisch gefroren
- Rinderkamm und Brust Pfund 55 Pf.
- Rinderherzen . . . Pfund 38 Pf.

Fische

- Fludern rauhe, Pfd. 12 Pf.
- Schollen große, Pfd. 18 Pf.
- Kabeljau ohne Kopf u. Fische, Pfd. 18 Pf.
- Grüne Heringe schwedische 5 Pfd. 58 Pf.
- Zander . . . Pfund 85 Pf.

Räucherwaren

- Lachsheringe große Stück 16 Pf.
- Bücklinge Makrelen Pfund 22 Pf.
- Sprotten . . . Pfund 35 Pf.
- Fludern große, Pfd. 48 Pf.
- Voll-Bücklinge kleiner Pfd. 58 Pf.

- Tafelmargarine Spezialmarke 1/2 Pfund-Paket 34 Pf.
- Bratenschmalz . . . 1/2 Pfund-Paket 38 Pf.
- Pflaumenmus (Thüringer) . . . Pfund 38 Pf.
- Speisetaig . . . 1 Pfund-Paket 65 Pf.
- Tafelbutter . . . 1/2 Pfund-Paket 92 Pf. 105
- Erdbeer-Konfitüre . . . 2 Pfund-Eimer 125
- Aprikosen-Konfitüre . . . 2 Pfund-Eimer 115
- Johannisbeeren-Gelee 1 Pfd.-Glas 63 Pf.
- Dänische Vollmilch 7-8 Prozent Fettgehalt, gr. Dose 25 Pf.
- Ideal-Milch kleine Dose 24 Pf. große Dose 48 Pf.
- Holstein. Rindfleisch ohne Knochen 2 Pfund-Dose 85 Pf.

Geflügel, Wild

- Tauben . . . Stück 95 Pf.
- Enten holländische, Pfd. 125 an
- Brat- u. Suppenhühner frisch geschlachtet, Pfund 148
- Wildenten . . . Stück 240

Obst, Gemüse

- Blutapfelsinen Duzend 60 Pf. 75 Pf. 90 Pf.
- Feigen . . . Pfund 20 Pf.
- Eßäpfel . . . Pfund 20 Pf.
- Reinnetten typischer, Pfd. 25 Pf.
- Zitronen . . . Duzend 35 Pf.
- Mandarinen . . Pfund 40 Pf.
- Rote Rüben . . Pfund 5 Pf.
- Weißkohl holländ., Pfd. 6 Pf.
- Möhren gewaschen, Pfd. 7 Pf.
- Rotkohl holländ., Pfund 15 Pf.
- Malta-Kartoffeln Pfd. 13 Pf.
- Blumenkohl 20 Pf. 30 Pf.
- Schwarzwürzeln Pf. 22 Pf.

Wurstwaren

- Fleisch-Sülze Pfund 52 Pf.
- Rot-, Zwiebelwurst 68 Pf.
- Leberwurst 1 Pfund 116
- Fleischwurst Thüring. Art, Pfd. 116
- Brühpölnische Pfund 125
- Jagdwurst . . . Pfund 130
- Mag. Speck/ deutsche Ware Pfund 135
- Fett. Speck/ Pfund 135
- Filetwurst . . . Pfund 140
- Mettwurst Braunschw. 155
- Schinkenspeck in Stck. von ca. 1 1/2 Pfund, Pf. 160
- Plockwurst westf. Pfd. 170
- Nußschinken ca. 2 Pfd. schwer . . . Pfund 180

Kolonialwaren

- Kleine Erbsen Pfund 17 Pf.
- Viktoriaerbsen Pfund 20 Pf.
- Gelbe Erbsen Pfund 20 Pf.
- Gelbe Erbsen holländ. Pfund 28 Pf.
- Weißer Bohnen Pfund 24 Pf.
- Linsen große Pfund 28 Pf.
- Makkaroni Bruch Pfd. 38 Pf.
- Schnittnudeln Pfund 28 Pf.
- Eierschnittnud. Pfd. 42 Pf.
- Tafelreis unpol., Pfd. 20 Pf.
- poliert . . . Pfund 24 Pf.
- Valencia-Reis Pfd. 28 Pf.

- Bosn. Pflaumen Pfd. 38 Pf.
- Kalif. Pflaumen Pfd. 48 Pf.
- ohne Stein . . . Pfund 95 Pf.
- Kaliforn. Pflirsiche 52 Pf.
- Backobst Kaliforn. Pfd. 65 Pf.
- Ringäpfel amerik. Pfd. 78 Pf.
- Kalif. Aprikosen Pfd. 98 Pf.

Käse

- Camembert Schweizer Schachtel 25 Pf.
- Quadratkäse Pfund 32 Pf.
- Harzerkäse Pfund 35 Pf.
- Goudakäse dän., Pfd. 65 Pf.
- Stangenkäse Allgauer Pfund 68 Pf.
- Tilsiter . . . Pfund 80 Pf.
- Steppenkäse Pfund 88 Pf.
- Edamer Pfund 90 Pf. u. 105
- Münsterkäse . Pfund 150
- Emmenthaler Pfund 160

Billigste Lebensmittel

soweit Vorrat

Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Konserven

- Spinat . . . 1/2 Dose 20 —
- Weißkohl 45
- Rot-, Grün-, Wirsingkohl 50
- Rosenkohl 110
- Telt. Rübchen junge/kleine 1/2 D. 60 Pf. 110
- Pfefferlinge 115
- Leipziger Allerlei . . . 78
- Schnittbohnen 1. Sorte 105
- Prinzebohnen mittelf. (Haricots verts) . . . 110
- Junge Erbsen 60
- fein Dose 80 145
- Kaiserschoten 1/2 120 225
- Bruchspargel ohne Köpfe . 1/2 Dose 105 195
- dünn . . . 1/2 Dose 115 220
- Stangenspargel stark . . . 1/2 Dose 185 360
- extra stark . 1/2 D. 2 M 360
- Apfelmus 1/2 Dose 38 Pf. 60
- Preißelbeeren 115
- Äpfel „Helvetia“, geteilt 1 M
- Pflaumen „Helvetia“ ganze Frucht 95
- Corned Beef 1 Pfd.-Dose 63
- Delikatessherings ohne Gräten 1/2 Dose 1 M 185
- Portugies. Oelsardinen Dose 50 Pf. 70 Pf. 1 M

Kaffee, Kakao, Schokolade

- Kaffee 5 Sorten, frisch gebrannt, Pfd. 280 340 380 420 440
- Kakao stark entölt, Marke „Saturn“, Pfund 85 Pf.
- Blockschokolade Pfd. 95 Pf. Sahne 95 Pf.
- Borkenschokolade 100 Pf. Sahne 100 Pf.
- Pfeffernüsse Mecklenburger . . . Pfund 70 Pf.

Wein

Preise für 1/2 Flasche einschließl. Steuer ohne Glas

- Edel-Apfelwein mild, fein 70 Pf.
- Johannisbeerwein rot, süß 110
- 1922 Siefersheimer Rotwein, lieblich-mild 150
- Marlinsberg süßiger Rheinw. 1 M
- 1922 Wormeldinger Köpchen Mosel . . 110
- 1923 Wöllstein, Baudenberg u. Neuweg lieblicher Rheinwein . 120
- 1920 Niersteiner mild 150
- 1922 Briedeler Herzch. Mosel, blumig-sprigig 180
- 1920 Gimmeldinger Königsbacherweg Wachs/Welger, dtm. Pflz. 2 M
- 1921 Berncasteler gehaltvoller Mosel . . 250
- 1922 Grandes Côtes französischer Rotwein 120
- 1922 Dürkheimer Rotwein, lieblich-mild 150
- 1922 Ingeheimer rheinischer Rotwein . 170
- 1921 Mettenheimer Michelsberg Wachs/Welger, dtm. Pflz. 2 M
- Muth, rheinisch. Rotwein 225
- 1917 Fleury Burgunder 275
- 1921 Graves de Budos Prop. Dupart, süß-lieber weißer Bordeaux 240
- 1921 Haut Sauternes fein-süß 450
- Tarragona rot, süß . . 160
- Tarragona (Salvador Cerverra, Valencia) teiler alter . 180
- Malaga goldenod.dunkel süß 2 M

Durch das deutsch-portugiesische Handelsabkommen billiger!

- Douro-Portwein A. A. Calen u. Filho rot, alt 275
- Gulmarant u. Mediam tawny 380
- Co., Oporto Choice old tawny 480
- Insel-Madeira (Abudarham, Funchal) 310
- Weinbrand-Verschnitt feine Qualität 275
- Deutsch. Weinbrand „Klosterbrand“ 380
- Jamaica Rum-Verschnitt 40 Vol. 320



Küchenwunder

bratet, backt und siedet auf offener Gasflamme

Extra-Preis Gr. I 850 Gr. II 950

Florian-Speisen

- Vanille-Saucen-Pudding 5 Pf.
- Rote Grütze-Pudding Paket 10 Pf.
- Weizengrieß-Pudding Paket 10 Pf.
- Stjerna-Pudding Pfd. 12 Pf.
- Sultana-Pudding . . Paket 12 Pf.
- Krachmandel-Pudding Pak. 15 Pf.
- Eier-Pudding Poset 15 Pf.
- Cumberland-Pudding Paket 15 Pf.
- Marosi-Pudding . . . Paket 15 Pf.
- Schokoladen-Pudding Pfd. 17 Pf.
- Vanille-Pudding . . . Paket 17 Pf.
- Schokoladen-Pudding m. Mandeln u. Zucker, Paket 20 Pf.
- Gelee-Frucht-Pudding Pfd. 22 Pf.
- Makronen-Pudding Paket 25 Pf.

Wöchentlich 1 Mark.



Der amerikanische Arbeiter, der wirtschaftlich besser gestellt ist als der deutsche Arbeiter, hat sich daran gewöhnt, den größten Teil seines Bedarfs auf Abzahlung zu kaufen. In Deutschland dagegen hat sich das Kaufen „auf Abzahlung“ noch nicht in so umfassendem Maße eingebürgert. Die Tendenz, die darin liegt, ist nur gutzuheißen, da das Kaufen auf Abzahlung schon infolge des höheren Preises ökonomisch nicht unbedeutend ist und den Arbeiterhaushalt sehr stark belastet.

Der Kaufabschluss.

Hat jemand in einem Abzahlungsgeschäft einen Gegenstand erstanden, so wird an der Hand einer umfangreichen Kartothek, die über jeden Kunden des Abzahlungsgeschäftes genau Buch führt, festgestellt, ob der Kunde schon einmal in diesem Abzahlungsgeschäft gekauft hat oder nicht. In der Hand der Bücher kann auch festgestellt werden, in welcher Weise er seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Dieses zu wissen, ist natürlich sehr wesentlich für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit eines Kunden. Jeder, der in einem Abzahlungsgeschäft kaufen will, muß sich legitimieren. Man nimmt zu diesem Zwecke seinen Rietvertrag mit, irgendeine Bescheinigung über die Stellung, die man inne hat, Militärapost oder ähnliche Dinge. Hat der Kunde in dem Abzahlungsgeschäft noch nicht gekauft, so wird schon der Empfangsberechtigter versuchen, ob der Käufer die Absicht und den Willen hat, seinen Verpflichtungen nachzukommen oder nicht. Hat er die Empfindung, daß der Kunde nur darauf ausgeht, das Abzahlungsgeschäft zu hintergehen, so wird er selbstverständlich den Gegenstand, den sich der Kaufstücker ausgedacht hat, nicht ohne weiteres mitgeben, sondern wird Recherchen einzuleiten. Erst, wenn diese gut ausgefallen sind, wird der Kunde nach der geleisteten Anzahlung das Kaufobjekt erhalten. Die Anzahlung beträgt gewöhnlich ein Drittel des Kaufpreises. Es kommt natürlich vor, daß Kunden, die man für besonders kreditwürdig hält, wenn sie in augenblicklicher Geldverlegenheit sind, auch ohne Anzahlung ein Stück erhalten. Im großen und ganzen soll die Schuld in 5-8 Monaten getilgt werden, aber reelle Abzahlungsgeschäfte sind tolerant genug, daß sie, wenn sie den guten Willen des Schuldners sehen, ohne ein Wort zu verlieren, die Abzahlungsfrist ausverlängern.

Die Preise.

Und nun zu den Preisen: Die Abzahlungsgeschäfte kalkulieren mit einem Aufschlag von 100 Proz. zum Verkaufspreis. Wer also einen Gegenstand kaufen will, den das Abzahlungsgeschäft mit 50 M. eingekauft hat, muß dafür 100 M. bezahlen. Er hat darauf 30 M. Anzahlung zu leisten und kann die restlichen 70 Mark in Monatsraten von ungefähr 10 M. tilgen. In einem Geschäft, in dem er denselben Gegenstand gegen bar kauft, kauft er um 20 Proz. bei vielen Gegenständen sogar bis zu 50 Proz. billiger. Diesen erhöhten Aufschlag auf den Einkaufspreis nehmen die Abzahlungsgeschäfte um den Zinsverlust zu decken, um das Risiko für einmalige Ausfälle und den erhöhten Speisefuß einzubringen. Dieser Speisefuß ist deswegen größer als bei den normalen Einzelhandelsgeschäften, weil selbstverständlich infolge der Abzahlungen eine sehr bedeutende Arbeit

in der Buchführung, im Einziehen der Teilzahlungen, in der Korrespondenz und in der Registratur entstehen. Ob allerdings der Aufschlag zu den Preisen, der für einzelne Gegenstände bis zu 50 Proz. beträgt, in dieser Höhe berechtigt ist, das möchten wir bezweifeln. Wir nehmen an, daß ein Aufschlag von 20 Proz. im Durchschnitt vollkommen die erhöhten Unkosten und den Risikoausfall gegenüber den anderen Einzelhandelsgeschäften vollkommen deckt. Die Gegenstände, die in einem Abzahlungsgeschäft gekauft werden, werden mit Ausnahme einer Kategorie von Waren gegen einfache Schuldanerkennung gekauft. Nur bei Möbeln wird ein Kaufvertrag mit Eigentumsvorbehalt abgeschlossen, d. h. wenn der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, dann ist der Verkäufer berechtigt, die verkauften Möbel wieder abholen zu lassen, er muß allerdings das, was darauf gezahlt ist, nach Abzug eines Prozentsatzes für die Abnutzung, dem Käufer wieder zurückerstatuen.

Auswüchse.

Reelle Abzahlungsgeschäfte sind für die große Masse der Arbeitenden eine wenn auch ökonomische Notwendigkeit. Zu warnen ist vor den unrealen Geschäften dieser Art. Es gibt Unternehmungen, die die billigste Ware kaufen und Preise nehmen, die weit höher sind als die, die der Käufer in realen Abzahlungsgeschäften zahlt. Es sind Fälle bekannt, in denen Kaufleute Herrenanzüge, die sie mit 20 M. eingekauft haben, die also ziemlich schön darstellen, mit 60 M. verkaufen, sie lassen sich dann 20 M. anzahlen, so daß sie also schon bei der Anzahlung nur das Risiko haben, daß ihnen etwas der Gewinn entgehen kann. Die ersten Raten vereinbaren sie möglichst hoch und wenn dann die nächsten Raten wirklich nicht gezahlt werden, dann hüten sie sich die Klage einzulegen. Sie wissen schon warum. Zu warnen ist auch vor dem Hausierhandel, der seine Waren auf Abzahlung gibt. Von diesem Hausierhandel werden die Käufer gewöhnlich übers Ohr gebauen. Es greift dieser Hausierhandel besonders in Bildern, schlechten Deckdrücke, die im Höchstfalle 5-8 M. wert sind, werden mit 30 M. gegen eine wöchentliche Abzahlung von 50 Pfennig verkauft. Der Laie, der von diesen Dingen kein Verständnis hat, läßt sich gewöhnlich von den sehr redgewandten Hausierern beschwären. Er sagt sich, die 50 Pfennig in der Woche mache ich nicht und bezahlt das Fünftel und Sechstel des wirklichen Wertes. Es gibt natürlich auch reelle Hausierer, die auf Abzahlung verkaufen. Aber die sind mit der Latzner zu suchen.

Die Versandgeschäfte.

Die Versandgeschäfte schicken Reisende mit Warenmustern in Dörfer und kleine Städte und lassen dann an der Hand der Mutter Bestellungen aufnehmen, die sie meist reell ausführen. Auch sie gestalten vielfach die Abzahlung. Sie können das um so leichter, als ihre Kunden in den kleinen Städten und Dörfern sitzen, wo einer den anderen kennt und man sich mit Leichtigkeit über die Kreditwürdigkeit jedes einzelnen informieren kann. Da es gibt viele von ihnen, die um ganz sicher zu gehen, sich frühere langjährige Kunden als Reisende engagieren. Das Versandgeschäft nach dem Muster Amerikas ist aber in Deutschland noch nicht in größerem Umfange eingeführt. Dort erhält man von den größeren Versandgeschäften Kataloge, bestellt an der Hand der Kataloge das, was man braucht

die Leute, aber mit einem ausgesprochenen pädagogischen Talent. Sie wanderte von einer Hütte zur anderen, die Kinder freuten sich über ihr Kommen, behaupteten, sie verstehe wundervolle Geschichten zu erzählen. Anthony meinte, dies müsse sie vom Wanderpeter gelernt haben. Er entsann sich, wie er treuzübig auf dem Werkstattdach sitzend, dem alten Peter lauschte, der, wenn er weder hämmerte noch feilte, endlose Geschichten von Vögeln und Tieren, von kleinen kriechenden Geschöpfen und deren seltsamen Gewohnheiten erzählte, von dem Leben unter dem tiefen Wasser, von fernen Ländern und anderen Welten, von den tapferen und den traurigen Dingen, die sich vor Zeiten ereignet hatten. Von ihm hörte Anthony zum erstenmal die Geschichte des heiligen Adys.

Vor langen Zeiten gab es dort, wo heute Millsborough steht, Wälder und liebliche Weiden. Der sich schlängelnde Wyndbeck, der nun schwarz und träge, durch lange dunkle widerhallende Tunneln, an schmerzigen Mauern und schmutzigen Docks vorüberfließt, war damals ein silberheller Strom, der zwischen baumgetränkten Felsen und moosigen Flächen aufgeschichtete. Wo heute die hohen Schote Rauch speien, Schlade auf endlosen Strecken aufgestapelt liegt, waideten einst Schafe und Rinder, und kleine scheidige Schweinchen wühlten in der weichen duffenden Erde nach Trüffeln. Das Tal des Wyndbeck wäre ein herrlicher Wohnort gewesen, hätten hier nicht habgierige, böse Menschen gelebt, die das Volk bedrückten, Rinder und Ernte raubten, der Tränen und Bitten spotteten. Der grausamste aber von all diesen bösen Menschen war der gelbbärtige Adys, den das Volk den roten Dachs nannte. Eines Tages kehrte der rote Dachs von einem Beutezug zurück. Vor ihm ritt auf einem alten mageren Pompy, dessen Jügel am Sattel des Mannes befestigt war, ein kleiner Knabe. Ein Landsknecht hatte den Knaben zwischen den verkohlten Ruinen gefunden, und der rote Dachs, entzückt von der Schönheit des Kleinen, hatte ihn zu seinem Jagen gemacht.

Der rote Dachs ritt singend, zufrieden mit der Tagesarbeit, dahin. Vom Meer her kam ein weißer Nebel getragen. Eine Weile bemerkte der Mann gar nicht, daß er und der Knabe allein seien. Als er dessen gewahr wurde, hielt er an, billes sein Horn. Aber er erhielt keine Antwort. Der Knabe schaute ihn mit seltsamem Blick an. Von einer unerklärlichen Wut übermannt, riß der rote Adys sein Schwert aus der Scheide und schlug mit aller Kraft auf den kleinen Knaben. Da brach ihm das Schwert in der Hand; die seltsamen sanften

und 24 Stunden später hat man es in Händen. In Deutschland ist nach Ansicht der Inhaber von Abzahlungsgeschäften ein derartiges System vor allen Dingen deswegen nicht möglich, weil das Vertrauensverhältnis zwischen Kunden und Verkäufer kein so großes ist wie in Amerika. Vor allem aber deshalb nicht, weil der deutsche Käufer die Ware, die er kauft, auch mit eigenen Augen sehen will. Er kauft eben in den allerersten Instanzen nach Katalog.

Wer es irgend möglich machen kann, kaufe natürlich gegen bar. Der Arbeiter hat ja keine Konsumgenossenschaft. Dort erhält er alles, was er braucht, zu den billigsten Preisen. Wenn man aber genötigt ist, auf Abzahlung zu kaufen, dann erkundige man sich ganz genau, wem man sein Vertrauen zuwendet.

Stapellauf an der Wasserkante.

Auf den Helgen der Bremer Vulkanwerft am Ufer des sich breit und gemächlich durch eine grüne Niederung windenden Beyerstromes liegt das Werk vieler Köpfe und Hände von Jahr und Tag. Das mächtige Gebäude aus Eisen und Stahl, das sich Schiff nennt, liegt noch festgeklüftet und vertäut auf den müttelichen Balken, die seinen Kiel gebären und jetzt von der riesigen Last des Mammukindes fast erdrückt scheinen. Die Werk hat Feiertag am Tage dieser Vollendung und haushoch erhebt sich über den Feiernenden, die es schufen, über den Köpfen der Festtäglichen, das Schiff.

Bis zur halben Höhe ist der untere Teil seines Velbes, auf dem sich die Wunder von Form und Linie am berückendsten ausprägen, in das leuchtende Rot der Wasserfahrfarbe gehüllt. Darüber, bis der Schiffstörper sich vollendet, steht ein stumpfes Schwarz, unterbrochen von den Augen der Lutten und den großen Buchstaben des Bories „Berlin“. Die Decksausbauten, an 30 Meter hoch über dem Kiel, sind erst halb fertig. Eisenpanteln, halbe Planken und Gerüste sehen sich nach einer Bestimmung um. Die Flagge des Norddeutschen Lloyd flattert als Wahrzeichen des Eigentümers über dem Kommandobock. Dort, wo der Bug des Schiffes in weicher Rundung in den Kiel überleitet, vor den weißen Jüstern der Tiefgangskala ist eine Tribüne errichtet, die der Fahnen und Farben viele trägt: Das Schwarz-Weiß-Rot der Handelsflagge, die gewürfelte und gestreifte Flagge der freien See- und Handelsstadt Bremen, die Anker und Schüssel des Lloyd, der Berliner Bar auf weichen, rotgerändertem Felde; aber die Farben, die als Nationalfarben des Landes gelten, Schwarz-Rot-Gold, hat man vergessen. Man ermies ihnen nicht einmal die Reuerenz eines bescheidenen Wimpfels. Nur die Heckflagge, die auf dem Schiff nach der beim Stapellauf dem Wasser zugekehrten Seite wehte, zeigte die kleine schwarzrotgoldene Gösch. Der Vorschrift schien damit Genüge getan. Die Herzen tiefen leer aus.

Die die Rednertribüne sich belebt, Zylinderhüte beschwörende Feierlichkeit verbreiten, steht unten mit schwarzen Händen und starken Armen alles bereit, um dem großen Gebäude den schwierigen Uebergang in sein Element zu erleichtern. Der Oberbürgermeister der Hauptstadt Berlin, die dem Schiff ihren guten Namen verleiht, spricht die guten Worte, die man einem Täufling nach christlicher Sitte gemeinhin auf den Weg zu geben pflegt. Die Rede ist beendet, ein flüchtiges Champagner zerstückelt am Bug und beperit das Eisen. Unten melden Signalpfeife den vollzogenen Akt. Harie Schläge saufen auf die armbittigen Tause, der hemmende Balken zerplittert und wird befehle gerissen, irgendwie geht ein leises Klacken durch das tragende Gebälk. Ein Augenblick erregtester Spannung rundum, die Feiernenden unten halten den Atem an, bei den Festlichen auf der Tribüne erzittern die Zylinder. — — — dann merkt man, daß Bewegung in den Kolof gerät — er gleitet auf seinem Schlitten, in seiner ganzen Länge, nicht mehr gehemmt, nicht mehr gehalten, dem Wasser zu, das ihn schäumend empfängt, wogend einschließt, leicht hebt — und trägt. Hinter dem Bug, der zuletzt eintauchte, schiebt es sich sacht und die Kraft des Ablaufes führt den Kolof rasch in die Mitte des mächtigen Stromes, bis die Riesenketten, mit denen er am Land befestigt ist, anziehen und seinen Bug für einen Augenblick tiefer in das Wasser drücken; der Anker fällt, der der ersten kurzen Fahrt Einhalt gebietet. Dann liegt er da, inmitten des Stromes, hochstrebend und mächtig, von hunderten von Booten und Schleppern umgeben, die es als ein Teil, ein Stück des wieder zur Meeresgeleitung drängenden Landes, bewundernd umtreifen. Mehrere

Anthony John.

Roman von Jerome H. Jerome.

Einmal war ein Mädchen „ins Unglück geraten“ und hatte ihre Stelle verloren. Da sie nicht wußte, wohin, kehrte sie heim, obgleich sie dessen gewiß war, daß ihrer ein grau-samer Wiltkomm harre, denn der Vater war ein harter, strenger Mann, stolz auf seinen ehrlichen Namen. Sie schleppte sich den langen Weg durchs Hügelland. Der kurze Wintertag sank in die Nacht hinüber, als sie den Bauernhof erreichte. Ihre Furcht bewahrheitete sich, der Vater schlug ihr die Tür vor dem Gesicht zu, sie schlich fort, legte sich im Wald nieder und vermeinte, sterben zu müssen. Der Vater hatte sie vom Fenster aus beobachtet. Die ganze Nacht rang er mit sich selbst. Gegen Morgen entzündete er eine Laterne und machte sich auf die Suche nach ihr. Sie aber war verschwunden. Als sie viele Wochen später, das Kind an der Brust, wieder erschien, wußte sie Seltsames zu berichten. Sie erzählte, Christus sei zu ihr gekommen. Er hatte goldblondes Haar und einen goldblonden Bart, aber sie wußte, daß er Christus sei, weil seine Augen so gültig waren. Er hatte sie in die Arme genommen, als wäre sie ein Kind, sie durch die Nacht nach einem Ruheort zwischen den Felsen getragen. Hier legte er sie auf trockenes weiches Moos und hier wurde auch das Kind geboren; Christus hatte sie mit so zärtlichen Händen gepflegt, daß sie keinen Schmerz verspürte. Sie wußte gar nicht, daß sie über einen Monat an jenem Ort verweilt hatte; die Zeit war ihr kurz erschienen. Sie konnte nur erzählen, sie hätte nichts entbehrt und wäre sehr glücklich gewesen, und daß er „schöne Dinge“ gesagt habe. Eines Tages erklärte er, alles sei nun gut für sie und das Kind, ihr Vater sehne sich nach ihr. Und in dieser Nacht trug er sie und das Kind in seinen Armen fort. Am Morgen hatten sie den Waldsaum erreicht, von wo aus man den Bauernhof sehen konnte. Dort segnete Christus sie und das Kind und verließ sie. Der Vater aber kam über das Feld ihr entgegen. Die Leute erklärten dem Mädchen, nicht Christus habe sie gefunden, sondern der Wanderpeter. Aber sie wollte es nicht glauben. Viele Jahre nachher, als Anthony bereits ein Knabe war, traf er das Mädchen auf dem Moor. Ihr Sohn war ins Ausland gezogen und sie hatte lange nichts von ihm gehört. Doch wußte sie, daß es ihm gut gehe. Sie war eine weißhaarige, gültig aussehende Frau geworden, nicht ganz bei Verstand, sagten

Kinderaugen blickten noch immer auf ihn, und rings um den kleinen Knaben schimmerte eine große Helle. Angst und Furcht besaßen den gelbbärtigen Adys. Er warf sich zur Erde und rief mit lauter Stimme: „Christus, erbarme dich meiner, des Sünders!“

Und das Jesuskind legte die Händchen auf den roten Adys, sprach zu ihm tröstliche Worte und befahl, er solle ihm folgen und dienen.

An der Stelle, wo Christi Hände ihn berührt hatten, erbaute sich Adys neben dem Wyndbeck, zwischen den Felsen eine Wohnstätte. Viele Jahre lang arbeitete er daran, dem armen Volk im Tal Friede und Rettung zu bringen, lernte das Leben der Armen kennen, auf daß er ihnen zu helfen vermöge. Und sein Ruhm verbreitete sich nah und fern, und viele suchten ihn auf, bereuten ihr schlechtes Leben und erbaten seinen Segen. Er aber wanderte unter den Menschen umher und lehrte sie die Liebe des Herrn Jesu.

Der kleine Anthony war häufig an der großen Kirche des heiligen Adys hinter dem Marktplatz vorbeigekommen, einem mächtigen grauen Steinbau, dessen Turm hundertachtzig Fuß hoch war. Es heißt, die Grundsteine seien jene Felsen, zwischen denen Adys gelebt hatte, und wo Christus ihm erschienen war und ihm seine Sünden vergeben hatte.

Als Anthony die Geschichte vernahm, verlangte es ihn, das Innere der Kirche zu sehen. Eines Nachmittags begab er sich nicht zum Dinkel, sondern dorthin. Die Kirche war von einem Eisengitter umgeben, und die beiden Eisentore waren verriegelt. In einer Ecke jedoch entdeckte Anthony eine kleine Tür. Sie führte in einen Steingang, und etliche Treppen hinab in ein Gewölbe, wo der Knabe über einen Stuhl hinabsteuerte. Eine Fledermaus flog hoch, flatterte leise fort, verschwand in den Schatten. Endlich fand Anthony die Kirche. Sie war groß, hoch und sehr, sehr kalt; durch die verhängten Fenster strömte blaßes Licht. Die Stille erschreckte ihn. Er hatte nicht auf den Weg geachtet, den er gekommen war; alle Türen, an denen er rüttelte, waren verschlossen. Voll Todesangst dachte er, er werde niemals einen Ausweg finden. Ihm schien, er sei in ein Grab eingeschlossen. Zum Glück gelangte er zufällig abermals in das kleine Gewölbe, und von dort ins Freie. Er schlug hinter sich, die Tür zu. Ihm war zumute, als folgte ihm jemand, könnte ihn zurückzerren. Er legte laufend den ganzen Heimweg zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Wanale noch wird es dauern, bis die ganze Last der Maschinen und Inneneinrichtungen seinen Körper auf den festhängigen Tiefgang gedrückt, mit 15 000 Tonnen dem Wasser inniger vermählt haben werden. Im September wird es seine erste Ausreise nach Amerika antreten.

Berlin hat durch seinen Oberbürgermeister bei diesem Schiff Vate gestanden, ihm seinen Namen gegeben. Herr Böß hielt bei dem Bankett, das dem Taufakt folgte, angeregt durch die zahlreichen Vertreter des Bremer Senats und der Bürgerschaft, eine weitere Rede, in der er in Verbindung mit dem Wiedererwachen des Bremer Hafens sehr verständige Vergleiche mit dem Hafen Berlin zog, der danach strebte, der größte Binnenhafen des Reiches zu werden. Ein wenig selbst und unbegründet klang dann allerdings ein Abschnitt dieser Rede, in der Herr Böß zunächst betonte, daß er zwar ein guter Republikaner sei, es aber doch für seine Pflicht halte, des früheren deutschen Kaisers zu gedenken, der der Stadt Bremen und dem Norddeutschen Lloyd ein vorbildliches Interesse gemeldet habe. Die kühle Aufnahme der in diesem Kreise sehr merkwürdig platzierten Erinnerung mag den Berliner Oberbürgermeister darüber belehrt haben, daß viele nicht der Meinung waren, es sei Pflicht gewesen, dieses Mannes zu gedenken, den auch die Bremer Seeschiffahrtstriebe nicht gerade in bester Erinnerung haben. Aber vielleicht wurde Herr Böß nur durch das Fehlen von Schwarz-Rot-Gold zu diesem zarten Vergangenheitsloß angeregt.

Oder gelüftet es ihn, gleich einem seiner Vorgänger, empfangen-derweise am Brandenburger Tor mit dem Hute in der Hand Aufstellung zu nehmen?

Der Kassenraub im Bahnhof Zoo. Zwei Jahre Zuchthaus.

Trotz ernstlicher Vorhaltungen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Schneider, blieb der Angeklagte, Eisenbahninspektor Bato Wrensch, bei seiner Darstellung, obwohl, wie der Vorsitzende ihm vorhielt, das Ergebnis der Beweisaufnahme gegen ihn geradezu erschütternd ausgefallen sei. Das Schöffengericht Schöneberg kam schließlich nach der Beratung zu der Ueberzeugung, der vollen Schuld des Angeklagten. Er hat anscheinend mit Komplizen im Einverständnis gehandelt und den Plan von langer Hand vorbereitet. Um die Spuren einer Unterschlagung zu verschleiern, hat er die Kassenbücher verbrannt, da er sonst eine Entdeckung befürchten mußte. Er hat auch entweder selbst oder durch seine Komplizen eine Verfügung der Eisenbahndirektion gefälscht. Der Angeklagte hat sich damit eines schweren Amtsverbrechens schuldig gemacht, was besonders schwer im Gewichte fällt, als er in gehobener Beamtstellung ein besonderes Vertrauen genoss. Das Gericht hatte auch zu prüfen, ob der Angeklagte noch als Reichsbeamter nach Eintritt des Reichsbahngesetzes zu betrachten sei. Das Gericht ist aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Beamten der Reichsbahngesellschaft auch weiterhin im Interesse des Reiches tätig sind. Milderungsgründe hat das Gericht in keiner Weise gefunden. Derartige schwere Vergehen von höheren Beamten müssen auf das schmerzlich gehandelt werden. Deshalb hat das Gericht den Angeklagten zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Zwei deutsche Humoristen.

Der Präsidentschaftswahlkampf hat auch seine heiteren Seiten. Wir mühten ja in Melancholie versinken, wenn nicht überall an der Peripherie des politischen Lebens seltsame Clowns auftauchten, die mit ihren zwar unreinwilligen, aber deswegen nicht weniger wunderbaren Scherzen immer wieder zur Aufheiterung ihrer vielgeplagten Volksgenossen christlich und unversehrt beitragen. Wer kennt Herrn Häußer nicht, den unentwegten Wortkämpfer des inbegriffenen und unbestimmten Gebeins, der sich selbst für einen Reflex von übermenschlichem Format hält. An den Vorfassungen hat der große Häußer kein Konterfei mit wolkendem Christusbart anstoßlicher lassen, mit einer Inskript, die zu löstlich ist, als daß wir es übers Herz bringen könnten, sie unseren Lesern vorzuenthalten.

Wählt Häußer zum Präsidenten,
Ohne ihn könnt Ihr nichts tun!

Das ist klar und eindeutig. Selbst Erich Ludendorff sieht seinen Ruhm ernstlich gefährdet. Ein sehr achtsamer Konkurrent ist ihm entstanden. Wer Herrn Ludendorff genauer kennt, weiß, was das zu bedeuten hat. Wie war's, wenn beim zweiten Wahlgang die behaktenkreuzten Hitler-Anaben und die Nachfolgenden der Häuserfraktion einen Sammelkandidaten aufstellten? Nur würde die Entscheidung über die größere Würdigkeit der zur Wahl stehenden beiden Kandidaten schwer fallen. Das Los müßte entscheiden. Denn im Ernst: es ist eine schwierige Preisfrage: Häußer oder Ludendorff?

Stahlhelmrüpel vor dem Potsdamer Bahnhof.

In der gestrigen Abendnummer teilten wir mit, daß die Schutzpolizei angewiesen worden ist, gegen Ausschüß im Wahlkampf, besonders aber gegen Belästigung von Straßenpassanten, einzuschreiten. Dazu schreibt man uns: „Unserer Polizei kann sofort Gelegenheit gegeben werden, sich im Sinne der amtlichen Verordnung zu betätigen, und zwar auf dem Platz vor dem Potsdamer Bahnhof. Wie erinnerlich, war es dort in den Trauertagen nach Eberts Tod zu erregten Szenen gekommen, die lediglich durch Hakenkreuzler und Stahlhelmlaute provoziert worden waren, die sich um die dort stehenden völkischen Zeitungshändler gruppiert hatten. Dasselbe stand-

läße Theater wird jetzt wieder gespielt, und merkwürdigerweise unter den Augen der Polizei, deren Wache sich fünfzig Schritt entfernt im Hauptgebäude des Potsdamer Bahnhofs befindet. Die unausgesetzten Hangeln und Rüpelien der Blechhelmjünglinge, die man auch einmal getrost auf das Mitführen von verbotenen Waffen unterziehen sollte, verfolgen nur den Zweck, den dort mit „Reichsbanner“- und anderen republikanischen Zeitschriften stehenden Zeitungsmann zu verdrängen. Die Polizeiwache im Potsdamer Bahnhof täte gut, dafür zu sorgen, das der Reichsbanner-Zeitungsleute und die Reichsbannerleute, die sich dort aufhalten, in jeder erdenklichen Weise vor Belästigungen und Beschimpfungen geschützt werden.“ Wir halten es für selbstverständlich, daß der Leiter der Polizeiwache im Potsdamer Bahnhof das Nötige veranlassen wird. Da in den letzten drei Tagen verschiedene Beschwerden bei uns über die völkischen Rüpelien vor dem Potsdamer Bahnhof eingegangen sind, so ist ein sofortiges Eingreifen notwendig.

Schweres Straßenbahnunglück.

Ein Anhänger auf den Triebwagen geschoben.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Donnerstagabend gegen 6 1/2 Uhr an der Haltestelle Kaiserin-Augusta-Allee, Ecke Semmeringstraße. Auf den dort haltenden Straßenbahnzug der Linie 3 fuhr ein Zug der Linie 55, bestehend aus einem Triebwagen und zwei Anhängern, in voller Geschwindigkeit auf, da die elektrische Bremse versagt haben sollte. Durch den Anprall wurde der Anhänger der Linie 3 auf seinen Triebwagen geschoben und dabei der auf dem Hinterperron dieses Wagens stehende Arbeiter Gustav Döb, Babstr. 55, innerlich schwer verletzt, so daß er ins Krankenhaus Westend gebracht werden mußte. Weiterhin wurden leicht verletzt Fräulein Frieda Redlich, Emdener Str. 49, sie trug Quetschungen am Kopf und am Fuß davon, Karl Werner, Schöneberg, Neue Christstr. 7, Rückenquetschungen, Stephan Schong, Poststr. 3, Hautabschürfungen im Gesicht, Stephan Heidinki, Charlottenburg, Ufnaustr. 8, Quetschungen der Hüften, und eine bisher unbekannt gebliebene Person. Die Verletzten hätten sich zu einem in der Nähe wohnenden Arzt in Behandlung und suchten dann ihre Wohnungen auf. Glücklicherweise war der Straßenbahnzug der Linie 55 unbesetzt, da sonst das Unglück leicht hätte unabwehrbare Folgen zeitigen können. Fast in allen Wagen gingen die Fenster Scheiben in Trümmer, so daß der Zug der Linie 3 aus dem Verkehr gezogen werden mußte. Der Verkehr stockte durch diesen Unfall 1 1/2 Stunde.

Unser Wahlfilm.

Wie es für unsere Partei noch keine Schwierigkeiten gegeben hat, die sie nicht überwinden hat, so sind auch von unserer Wahlpropaganda alle Hindernisse aus dem Weg geräumt worden, die hier und da auftauchten. Wie wir schon mitteilten, sollte der Reichspräsidentenfilm u. a. auch auf dem Wittenbergplatz laufen. Es gelang jedoch nicht, eine geeignete Hausfront für die Befestigung der Vorführungsleinwand frei zu bekommen. Aber Not macht erfindlich. So wurde denn unter Leitung des Filmregisseurs Löwenstein, der auch den Film zusammengestellt hat (im Auftrage des Bezirksbildungsausschusses), ein großer geschlossener Möbelwagen mit einem Vorführungsapparat und einer Lichtmaschine ausgestattet. Die Türöffnung überspannte die Leinwand und so konnte der moderne Theaterscharren seine Propagandafahrt antreten. Schon auf dem Wege zum Wittenbergplatz erregte der große, bunt mit Plakaten besetzte Wagen

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 27. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30-6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkhalle).
7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Aus der Geschichte der Edelsteine und Erze“. 7.30 Uhr abends: Forschungsreisender Dr. Artur Berger: „Koloniale Haustiere der Zukunft“. 8 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). Gartenbau. Reg. Rat Dr. Zacher (Biologische Reichsanstalt, Berlin-Dahlem): „Schädlinge im Obstgarten“. 8.30 Uhr abends: Konzert. 1. Spanische Suite: a) Sevilla (Sevillanas) Albaniz, b) Cadix (Saeta) Albaniz, c) Castilla (Seguidillas) Albaniz, d) Cuba (Notturmo) Albaniz (Dr. Richard H. Stein, Klavier). 2. a) Paghiora. Durante b) Sabben crudel, Caldara, c) Selva amiche, Caldara, d) Nel cor piu non mi sento, Paisiello (Fritz Hasselwander, Bariton). 3. Requiem für drei Celli mit Klavierbegleitung, Popper (Hans Kraus, 1. Cello; Ernst Silberstein, 2. Cello; Bruno Priemel, 3. Cello; Otto Uraak, Klavier). 4. a) Ave Maria, Paolo Tosti, b) Donna vorrei morir, Paolo Tosti, c) Vuel Pioreira, Paolo Tosti (Fritz Hasselwander, Bariton). 5. Konzertwalzer für vier Celli. Fitenhagen (Hans Kraus, Ernst Silberstein, Bruno Priemel, Fritz Kiefer). 6. a) Andalusien, Larroza, b) Das maurische Schloß, Chavarri c) Spanischer Tanz, Granados, d) Sardana (Katalanischer Tanz) Morena (Dr. Richard H. Stein). Am Flügel: Otto Uraak. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Der Deutsche Rundfunk
in Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
Unterhaltungs- und Bastelteil
Abonnementbestellung durch jeden Briefträger

die Aufmerksamkeit der Passanten; von der Potsdamer Straße ab begannen Lichtbilder, die über sozialdemokratische Kultureinrichtungen aufklärten. Auf dem Platz fand sich im Umsehen eine tausendköpfige Menge ein, die mit gespannter Aufmerksamkeit die Episoden aus Eberts Leben und Präsidentschaft verfolgte. Das Publikum nahm die Filmpropaganda sehr beifällig auf und — was die Hauptsache war — die Absicht, gerade auf dem Wittenbergplatz für Otto Braun zu werben, ist voll erreicht worden.

Unser Wahlpropagandafilm wird jeden Abend im Victoria-Cinéma, Potsdamer Straße (vis-a-vis Sportplatz), gespielt.

Unsere Wahlversammlungen.

In der Versammlung in den Arminiushallen in Moabit, die ausgezeichneten Besuch aufwies, sprach Genosse Alexander Stein. Wenn man ein Symbol für die Kandidatur Jarres haben wolle, dann brauche man nur das von schwarzweibrotten Farben umrahmte Bild des Herrn Jarres an den Vorfassungen zu betrachten. Das ist ein Faustschlag in das Gesicht der Republik. Es geht bei dieser Wahl um die Frage: Republik oder Monarchie? Die Rechtsparteien erstreben die Wiedereinführung der Monarchie. Dafür soll Jarres der Vorkandidat sein. Dem Kandidaten der vereinigten Rechtsparteien steht als würdiger Nachfolger Hr. Eberts unser Genosse Otto Braun gegenüber. Er hat durch die Tat bewiesen, daß er die Republik zu verteidigen entschlossen ist. Um die Attacke der Reaktion auf die Republik abzuwehren, muß unser Kandidat Otto Braun als Sieger aus der Wahl hervorgehen. (Lebhafte Beifall.) Von einem kommunistischen Redner wurde in der Debatte zugestanden, daß man nicht die Wahl von Thälmann erwarte. Schallende Heiterkeit rief ein deutschnationaler Parodierender hervor, der sich zur Volksgemeinschaft und unter gewissen Bedingungen sogar zum Nachbarn bekannte. Besonders Genosse Stein rechnete in seinem Schlußwort mit diesen Begnern gründlich ab.

In der sehr gut besuchten Wählerversammlung der SS. Abteilung Friedrichshain führte Genosse Stadtrat Schneider folgendes aus: „In seiner 1000-jährigen Geschichte tritt das deutsche Volk zum ersten Male an die Wahlurne, um sich sein Staatsoberhaupt selbst zu wählen. Jede Partei erhebt nun den Anspruch darauf, den Kandidaten zu stellen. Der Kampf um den Präsidentschaftsposten ist nicht ein Kampf um Jarres oder Ludendorff, sondern um Republik oder Monarchie. Daß das alte System in Deutschland keinen Boden mehr hat, bewies der gewaltige Trauertag Eberts. Die Wahl am Sonntag soll uns weiter vorwärts bringen. Die deutschen Frauen haben die Jahre 1914-1918 leider schon vergessen. Ihnen besonders muß unsere Aufklärungsarbeit gewidmet sein. Wer für die Freiheit seiner Klasse, für die Freiheit des deutschen Volkes überhaupt stimmen will, der soll am Sonntag seine Stimme für Otto Braun abgeben.“ Die Ausführungen des Redners fanden lauten Beifall. In der Aussprache richtete ein Genosse an die Beamten die dringende Forderung, im eigenen Interesse Otto Braun zu wählen.

Vor überfüllter Versammlung sprach in der Schulaula in der Pastorenstraße Genosse Ministerpräsident a. D. Paul Hirsch. Er führte aus, daß es bedauerlich sei, daß die Kommunisten durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten Spaltung in die Reihen der Arbeiterchaft auch bei dieser Präsidentschaftswahl hineingetragen zu sein. Der einzige ernsthaftige Gegenkandidat gegen den sozialdemokratischen sei Jarres. Seine Aufstellung allein schon zeige die politische Rückständigkeit des größten Teils des deutschen Volkes. In einem anderen Lande wäre es unmöglich gewesen, daß ein Gegner der republikanischen Staatsform — und als solcher hat sich Herr Jarres bekannt — als Kandidat für das höchste Amt, das die Republik zu vergeben hätte, aufgestellt werden könne. Wenn man das Amt im Sinne Eberts, im Interesse des Volksganzen zu wirken, aufstelle, so gebe es nur eine Möglichkeit, einen würdigen Nachfolger für Ebert zu finden, nämlich die Wahl des Sozialdemokraten, des Genossen Otto Braun.

In einer gut besuchten Versammlung in Rosenthal sprach Genosse Ruben. Die Versammlung begann mit einer Gedandrede des Referenten auf den verstorbenen Reichspräsidenten. Bei der Wahl, so führte der Redner aus, handelt es sich im wesentlichen um die großen politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, nicht nur um Republik und Monarchie, sondern auch um die Frage der Lastenverteilung, der Steuern, Zölle, Wohnungs- und Aufwertungsfragen. Jarres ist nicht überparteilich, er ist lediglich der Vertreter des Großkapitals. In diesem Kampfe muß das Proletariat einig sein. Es muß aufhören, daß in Arbeiterversammlungen Arbeiter gegen Arbeiter stehen. Der Kampf gilt dem Kapitalismus und seinem Vertreter Jarres. An die Spitze der Republik gehört kein Mann, der auf der einen Seite den Eid auf die Verfassung leisten will, auf der anderen sie bekämpft. Wir brauchen an Eberts Stelle einen aufrechten Republikaner, einen Vertreter der Arbeiterklasse. Und dies ist Otto Braun. Die Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die Republik und die Sozialdemokratie.

14. Kreis, Neustölln. Jugendweife am Sonntag, den 29. März, im großen Saal der „Neuen Welt“. Mitwirkende: Herr Kammerlänger Balzema r Senke, Mitglied der Staatsoper, Frau Anna Popf-Weidel, Carle, Ref. Friede Popf, Harmonium, Herr Hermann Popf, Cello. Der Berliner Volkshor, unter Leitung seines Dirigenten, Herr Dr. Sander. Beisitzer: Stadtrat Schneider. Eintritt 75 Pf. Einlaß 9 1/2 Uhr vorm. Anfang 10 1/2 Uhr.

Weiter für Berlin und Umgegend. Anfangs noch größtenteils bewölkt ohne eigentliche Niederschläge. Später zeitweise aufklarend. Am Tage sehr mild. — Für Deutschland. Am äußersten Süden und Nordosten noch einzelne leichte Niederschläge. Ueberall mild.

Reklame-Woche für

Reichelt's Beutel-Mehl

Preis: 5 Pfd. Beutel Mk. 1.55

Es gibt kein besseres Mehl!

Wir verabfolgen von heute bis Donnerstag, den 2. April auf jeden 5 Pfd. Beutel 1/2 Pfd. feinste Raffinade

Reichelt



147 Geschäfte in

Groß-Berlin



STADT DES VORWARTS

BEILAGE

Aus den Bezirken.

2. Bezirk — Tiergarten.

Das Bezirksamt Tiergarten treibt sein reaktionäres Gebaren immer ungenierter. Die SPD-Fraktion nahm daher in der Bezirksverordnetenversammlung vom 18. März wieder Gelegenheit, nachdrücklich auf die Forderungen hinzuweisen, die sie an Beamte der Republik stellt. Es handelt sich zunächst um einen Antrag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, ihm den Sportplatz Tiergarten zu einer Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Der Antrag war abgelehnt worden, da der Sportplatz für den Tag schon vergeben sei, außerdem für „politische Zwecke“ nicht zur Verfügung gestellt werde. Es wurde festgestellt, daß der Sportplatz an dem fraglichen Tag vom Bismarckbund (!) belegt war, der nach Ansicht des Bezirksamts ganz unpolitisch ist. Das ablehnende Schreiben, das unterzeichnet war von Stadtrat Freiherrn von Dalwig, war mit Wäsche geschrieben und adressiert an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Handschriftlich war dann das e in o und das b in d verwandelt, aber in der Art, daß noch das Gb ganz deutlich zu lesen war. In der vorhergehenden Bezirksamtssitzung, in der Genosse Stadtrat Schuldt das Wort zum Ausdruck brachte, übernahm Herr v. Dalwig die Verteidigung des gegenwärtigen Beamten und erklärte, da dieser den „Schreibfehler“ (!) berichtigt habe, habe er seine Pflicht getan. Er, Herr v. D., bleibe bei dieser Meinung, auch „wenn Barmat selbst käme“. Genosse Schröder rügte die grobe Ungehörigkeit, die darin liegt, ein derartiges amtliches Schriftstück herauszugeben zu lassen. Herr v. D. bewies in der Bezirksamtssitzung nochmals, daß ihm jedes Verständnis für Anstand und Takt abgeht, da er wieder erklärte, daß nach seiner Auffassung der Beamte korrekt gehandelt habe. Bürgermeister Döflein erklärte dagegen, daß er den schuldigen Beamten streng zur Rechenschaft gezogen habe. Die Demokraten schlossen sich unseren Beanstandungen an, während die Volkspartei es vorzog, mutig den Kampfplatz zu verlassen und den Saal räumte. Auf der gleichen Höhe stand das Verhalten des Bezirksamts beim Tode des Reichspräsidenten. Bei diesem Anlaß hatte das Bezirksamt Tiergarten es unterlassen, die Trauerfahne zu hissen. Gibt es hierfür eine Entschuldigung? Beim Bezirksamt Tiergarten gewiß. Man höre und staune. Bürgermeister Döflein hätte ja gern gesagt, er hätte aber keine Gelegenheit, schwarzrotgoldenes Tuch zu kaufen, hatte auch keine Stange, es zu befestigen. Jede solche Absicht lag ihm natürlich fern. Dies Kind, kein Engel ist so rein! Diese windstille Ausflüchte stellte Genosse H. m. a. u. in das rechte Licht. Auch die Demokraten gaben ihrer Empörung über das Treiben des Bezirksamts Ausdruck. Die Deutschnationalen sorgten dafür, daß diesmal in dieser unerquidlichen Angelegenheit der Humor nicht fehlte. Dr. Danks (Dnat.) hat für eine Flaggenvorrichtung zu sorgen, denn er sei in der guten Hoffnung, daß am 29. März für die Wahl von Jares gesagt werden könne. Es kam ferner nochmals der Etat zur Ausprache. Der Rämmerer hat hier unerträgliche Abstriche gemacht, besonders für die Gebiete: Jugend- und Erholungs-fürsorge, Krankenwesen, Erhaltung von Wohnungen. Genosse Reiche hat, den 60.000 M. betragenden Ueberschuß aus dem Jahre 1924 voll zum Ausgleich dieser Abstriche zu verwenden. Trotz eintausendfacher Bedenken des Bürgermeisters wurde dieser Antrag angenommen. Mit solchem Wächeln konnten unsere Genossen in die nochmalige Erörterung über den Fall des Stadats Ferber einmünden. Stadtrat Ferber war bereits durch Beschluß der Bezirksversammlung abgebaut worden, war aber durch das Bezirksamt und die bürgerlichen Parteien wieder ins Amt zurückgerufen worden. Nicht umsonst sitzen im Bezirksamt und in den bürgerlichen Parteien so zahlreiche Juristen. Durch geschickte Auslegungen wuchten sie das Recht so zu hängen, daß sie wenigstens vor sich selbst eine Begründung für ihr Vorgehen fanden. Unsere Fraktion war allerdings der Meinung, daß es sich hier um einen großen Rechtsbruch handelte. Wir hatten auch unseren Protest gegen das Vorgehen zu Protokoll gegeben und unsere Ablehnung des Etats damit begründet, daß widerrechtlich das Gehalt für den abgebauten Stadtrat Ferber eingeleistet war. Rummehe teilte auch der Magistrat Berlin mit, daß die Wiedereinstellung des Stadtrats Ferber beanstandet werde, wenn die Bezirksversammlung sie nicht selbst rückgängig mache. Genosse Weiner wies darauf hin, daß wir diesen Standpunkt des Magistrats von vornherein eingenommen hätten und daß der Bezirk sich die Blamage hätte sparen können, wenn er unsere Proteste beachtet hätte. Auch in einer schriftlichen Erklärung erläuterten wir noch einmal unseren Standpunkt. Gegen unsere Stimmen wurde die Sache einem Ausschuss überwiesen.

6. Bezirk — Kreuzberg.

Die letzte Sitzung der Bezirksversammlung Kreuzberg wickelte sich mit einer für diesen Bezirk seltenen Ruhe und Sachlichkeit ab. Was das daran gelegen haben, daß die rührigsten Akteure kommunistischen Charakters fehlten oder auf Seiten der Deutschnationalen die Zwecklosigkeit einer Obstruktion gegenüber einer arbeitstüchtigen Mehrheit aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum eingesehen wurde, kurzum, es wurde gearbeitet. Die Vorlagen zur besseren Ausgestaltung der beiden Reinerheime Luisenpark und Kleine Poststraße, zur Errichtung eines neuen Jugendheims in der Gemeindefabrik Waldemarstraße 77, zur Ausgestaltung des oberen Spielplatzes im Viktoriapark als Kleintierdenkmal und Schaffung von Sitzgelegenheiten auf demselben wurden ohne Debatte angenommen. Es wurde ferner beschlossen, die nach dem Planufer zu liegende Front des Urbanplatzes mit Sträuchern und Anpflanzungen zu versehen, um den Straßensand fernzuhalten. Für die vom Bezirksamt in den Räumen des alten Urbanplatzes geplante Ausstellung für Sozialhygiene und Gesundheitswesen, die am 1. April eröffnet werden soll, wurden gleichfalls die angeforderten Mittel bewilligt. Die Bezirksversammlung beschloß ferner auf Antrag der Deputation für Kunst und Bildung, die Mittel für den Wiederaufbau von zwei im Prinz-Albrecht-Park (Königsgraben Ecke Anhaltstraße) befindlichen Schinkel-Bauten bei den städtischen Körperschaften zu beantragen. Die beiden Bauten von hohem künstlerischen Wert werden der Stadt von einer Privatgesellschaft kostenlos überlassen und sollen im Viktoriapark in der Nähe des Sportplatzes an der Kappelerstraße aufgestellt werden, womit dem Bezirk schöne Kunstdenkmäler erhalten bleiben.

12. Bezirk — Steglitz.

Die Tagesordnung der Bezirksverordnetenversammlung vom 18. März spiegelte so recht das Agitationsbedürfnis der Deutschnationalen Partei für den Wahlkampf wider. Enthielt sie doch nicht weniger als 6 Initiativanträge dieser Partei, die sich zum größten Teil entweder mit belanglosen oder mit bereits überholten Dingen befaßten. So wurden z. B. Verkehrsverbesserungen verlangt, über die das Bezirksamt bereits seit Monaten mit den zuständigen Stellen in Berlin verhandelt. Eine Straßenbahnmarkthalle

Ist das noch Wohnungsfürsorge?

Die Hauszinssteuern werden von der breiten Masse erhoben, um teilweise zur Förderung des Wohnungsbaues für die minderbemittelte Bevölkerungsschicht zu dienen. Die für Hauszinssteuerhypotheken bereitgestellten Mittel werden den Wohnungsfürsorge-Gesellschaften zur Vergabe überwiesen. Es soll hier nicht über die mannigfachen Anstände gesprochen werden, die vor kurzem Gegenstand einer zahlreich besuchten Versammlung von Vorstandsgliedern gemeinnütziger Genossenschaften im Wohlfahrtsministerium waren. Wie immer, so ist auch hier das Ergebnis dieser, von fast keinem berufenen Vertreter der für die Wohnungsfürsorge in Frage kommenden Behörden besuchten Tagung bisher gleich Null geblieben.

Die Sonne beglückt uns inzwischen seit einer Reihe von Wochen mit dem herrlichsten Bauregner, während eine beachtenswerte Anzahl von Geheim- und sonstigen Räten die Bestimmungs- und Bedingungsleiter für

die Hergabe der Hauszinssteuerhypotheken

bis zu den großen Ferien bebrütet. Was dann herauskommt, erweist sich schon bei der Geburt als faul, weil es durch die behördlich meist nicht bekannten Ereignisse des öffentlichen Lebens überholt ist. Es ist beispielsweise bisher noch nicht ermöglicht, die infolge verspäteter Maßnahmen erst in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres in Angriff genommenen, mit unzulänglichen Hauszinssteuerhypotheken bedachten Rohbauten und bereits weiter vorgeschrittene Bauten fertigzustellen und ihrer Bestimmung zuzuführen. Die Baukosten sind in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres so wesentlich gestiegen, daß die gewährten Hauszinssteuerhypotheken bei weitem nicht ausreichen, um selbst bei guten, erstellten Hypotheken die Baukosten so abzudecken, daß der verbleibende Rest für die Erwerber erträglich ist. Hinzu kommt aber noch die jede Finanzierung überaus erschwerende und Zweck und Ziel vereitelnde

Darlehensbestimmung des Ministeriums

daß die Hauszinssteuerhypotheken innerhalb 90 Proz. der reinen Baukosten gesichert sein müssen! Die mit Rüge und Not erlangte erstellte Hypothek irgendeiner Pfandbriefbank, deren Auszahlungswert weit hinter ihrem Nennwert zurückbleibt, wird hierbei von der Wohnungsfürsorge nicht etwa mit dem, vom Stiedler erzielten Barwerte, sondern mit ihrem nominalen Werte in die Berechnung gezogen. Das wahrhaft betäubende Bild einer solchen „Finanzierung“ stellt sich beispielsweise bei einem Anwesen, dessen Grund und Boden etwa 3000 M., und dessen Bauausführung etwa 15.000 M. betragen soll, folgendermaßen:

1. Wert des fertigen Anwesens		
Grundstück	3 000 M.	
Baukosten	15 000 M.	18 000 M.
2. Hauszinssteuerhypothek 7 000 M.		
1. Hypothek nominal 15 000 M.		
(10 Proz. + 7 000 M.) = 6 500 M.		
Darauf bei 3 Proz. Pfandbriefen		
Auszahlung z. Z. 77 Proz. = effekt.		
erlangter Beitrag rund	5 000 M.	12 000 M.
3. Vom Bauherrn aufzubringen rund 6 000 M.		

Es ist hinreichend bekannt, daß diejenigen wohlhabenden Leute, die in der Lage sind, einen eigenen Betrag von 6000 M. und mehr für die Schaffung einer Wohnung aufzubringen, im vergangenen Jahre von sinnigen Bauunternehmern reiflos ausgeführt wurden. Die sogenannte „minderbemittelte Bevölkerung“, für die die Hauszinssteuer in der Hauptsache geschaffen ist, kommt für die Wohnungsfürsorge nicht in Betracht, da diese Klasse gar nicht in der Lage ist, auch nur einen Teil der fehlenden Mittel beizuführen. Wer verfügt heute noch über 6000 M.? Die Wohnungsfürsorge arbeitet daher mit ihrem Geschäftsgebaren der wohlhabenden — daher weniger bedürftigen — Bevölkerungsschicht in die Hände und geht damit völlig absichtslos von ihrer eigentlichen Aufgabe; sie ist heute nichts mehr, als ein Institut für die Hergabe fast mündelsicherer Hypotheken. Es besteht kein Zweifel, daß für diese Zustände und weiterhin für die Laifache, daß es wegen der bereits wieder hinreichend vorgerückten Saison auch dieses Jahr zu keiner ersprießlichen Bauwirtschaft kommen wird, die die Bestimmungen der regierenden Stellen hauptsächlich mitverantwortlich zu machen sind. Warum können in den langen Wintermonaten, die jeder Bauperiode vorangehen, nicht die paar Paragraphen ausgebrütet werden, die doch wahrhaftig keinen übermäßigen Aufwand an Gehirnshmalz erfordern. Wer trägt ferner die Verantwortung für die unglückliche Tatsache, daß im

vergangenen Jahre die Wohnungsfürsorge-Gesellschaften in der Lage waren, mit den Hauszinssteuermitteln eine

üppige Zinswirtschaft

zu treiben und damit das Bauen um bestimmt zehn Prozent zu verteuern? Die Leiter der Berliner Wohnungsfürsorge, die zweifellos ein gutes Maß Verständnis für die Erfordernisse der Zeit aufgebracht haben, machen sich verdächtig, mit diesem merkwürdigen Bedingungs- und Bestimmungsweisen sich zu identifizieren, wenn sie es sich weiterhin gefallen lassen, daß ihnen erst immer in der Hochsaison diejenigen Verhaltungsmahregeln zugetragen werden, die so zu einer maßlosen Verzögerung der Wohnungsbautätigkeit führen, und die sie auf den Posten chlamärem Handlungsgehilfen zwingen, die ohne die Genehmigung ihrer hohen Chefs keinen Wechsel unterschreiben dürfen. Man ist jetzt so weit gegangen, der Wohnungsfürsorge die Hergabe von Zwischenkrediten auf anderweitig zugelegte, erstellte Hypotheken zu verbieten und ihr zu unterlagen, daß sie den notleidenden Genossenschaften mit den in reichlicher Menge ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen erstklassige Sicherheiten aus der Klemme hilft. Ist das noch eine Wohnungsfürsorge? Zunächst rüdt und rührt sich keine Hand, um dieser aufreizenden Wirtschaft abzuhelfen. Daß dies bei einer Zahl von über hunderttausend Wohnungsbedürftigen in Berlin möglich ist, ist ein ganz besonderes Zeichen für die Gutmütigkeit des deutschen Reichs. Ihm wird auf der einen Seite der letzte Heller aus der Tasche gezogen, während andererseits Millionen aus dem Geldmarkt genommen werden, um in langfristigen Grundstücksgeheimnissen und anderen gewinnbringenden Anlagen festgelegt zu werden, anstatt sie in der schnellsten Weise wieder in die Kanäle zu leiten, die zu einer Belebung unserer notleidenden Wirtschaft dienen können. Man schreie es doch in alle Welt hinaus, daß hier schleunigst Hilfe und Wandlung nottut; Fachleute, unerschrocken, mit der Materie vertraute Kräfte heran, damit ein früherer Zug in die unheimlich stützige Paragraphen-Atmosphäre hinemkomme.

Am Gründen für die sich alljährlich wiederholenden, beklagenswerten Verzögerungen in dem Erlaß der Ausführungs- und sonstigen Bestimmungen der maßgebenden Behörden hat es in keinem Jahre gefehlt. Augenblicklich gilt der Spruch: „Wir haben kein Präsidium . . .“ Der Staat — das sind wir! Haben wir das alles gewollt, als wir die Hauszinssteuer schufen?

Fr. Klein, Vorstand einer gemeinnützigen Baugenossenschaft.

Die Neubautätigkeit in Berlin.

Aus Mitteln der Hauszinssteuer sind, wie das Städtebauamt der Stadt Berlin mitteilt, in Berlin bisher etwa zwei und ein halbes Millionen Mark für die Zwecke der Förderung des Neubaus aufgetrieben. Diese Mittel werden entsprechend den Richtlinien des Ministeriums so schnell als möglich der Neubautätigkeit zugeführt. Das beweist am besten der Umstand, daß in Berlin im vergangenen Jahre die Wohnungsbautätigkeit in einer Weise auflebte, wie sie vor einem Jahre noch nicht für möglich gehalten wurde. Dabei sind so ziemlich sämtliche Wohnungsbauten, die zurzeit im Gange sind, nur mit Hilfe dieser Hypotheken aus der Hauszinssteuer entstanden. Es sind zurzeit im Bau rund 9.056 Wohnungen. Da mit einer Durchschnittsbelebung von 6000 M. pro Wohnung gerechnet werden muß, so ergibt sich hieraus, daß die zur Verfügung stehende Summe bereits überschritten ist. Einige weitere eintausend Anträge liegen vor. Die Beleihungen werden bereits schon während des Bauens in Form von Baugeld gegeben, und zwar in einem Maße, daß fortschreitend mit dem Wachsen des Baues die Gelder zur Auszahlung gelangen, so daß der größte Teil der Hypothek mit Fertigstellung des Rohbaues bereits zur Auszahlung gelangt ist. Die Verteilung der Bauverträge hat sich über ganz Berlin im Westen und Süden weit verhältnismäßig mehr gebauet als in anderen Stadtteilen, aber auch im Norden und Osten sind zahlreiche Bauvorhaben im Gange. — Mit Rücksicht auf die erhöhten Baukosten ist die Beleihung im Verhältnis zu den Gesamtkosten wesentlich geringer als beim Beginn des Baujahres. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft ist daher schon im Sommer vergangenen Jahres bei dem Ministerium vorfällig geworden, andere Beleihungsjahre zuzubilligen. Dem ist aber bisher nicht entsprochen worden. Sollen aber kleine Wohnungen mit erträglichem Mietsen entstehen, so ist eine Erhöhung dieser Hypotheken unerlässlich. Es wird auch nötig sein, daß, solange der private Kapitalmarkt die hohen Zinssätze verlangt, noch eine gewisse Zufukhypothek für die kleinen Wohnungen, für die von den Bewerbern keine Mittel aufgebracht werden können, zur Verfügung gestellt wird. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß die Zahl der erstellten Wohnungen noch sehr weit hinter der Zahl der benötigten zurückbleibt.

wurde gefordert an einer Stelle, wo breits eine steht. Dabei berücksichtigten die weitanschauenden Kommunalpolitiker der Rechten nicht einmal, daß für eine Vergrößerung der Halle, auf die sie den Antrag nachträglich hinauswiesen, nur die Straßenbahn, nicht aber die Stadt zuständig ist. Ein Antrag auf Verbesserung der Straßenbeleuchtung war genau so überflüssig, da es jedem nur einigermaßen Unterrichteten bekannt war, daß nicht der Bezirk, sondern nur der Magistrat Berlin für diese zentral behandelte Sache zuständig und verantwortlich ist. Auch war bekannt, daß an der bereits gewährten Verdrückung der Beleuchtung noch gearbeitet wird. Hier hatten nun allerdings unsere Genossen Gelegenheit, den Antragstellern zu sagen, daß diese in den früheren Gemeindevertretungen von Lichterfelde und Lankwitz aus Furcht, den Besitz zu befechten, sich allzu kleinlich in bezug auf die Bewilligungen für die Straßenbeleuchtung benommen haben. Und daß sie jetzt, nachdem sie zu Groß-Berlin gehören, mit einemmal sowohl bessere Beleuchtung als auch besseres Pfaster verlangen und sich die Vorteile, die Groß-Berlin bietet, nicht entgehen lassen wollen, während sie sonst bei jeder Gelegenheit laut genug ihr „Los von Berlin“ geschrien haben. Die Sünden der Väter rächen sich eben jetzt an uns, da den Bezirken nur etwa 75 Proz. ihrer Friedensausgaben für die Beleuchtung zugestanden werden konnten. Diese Erinnerung erweckte offenbar in den Reihen der Deutschnationalen lebhaftes Mißbehagen, wenn sie auch zugaben, daß man diesmal leider keinen Sozialdemokraten dafür verantwortlich machen konnte, weil wir damals in hoffnungsloser Minderheit waren. Geradezu lächerlich war aber ein Antrag der Rechten, der sich mit den Straßenbänken in Lankwitz befaßte. Diese sollten wieder aufgestellt werden. Natürlich befanden sie sich in Reparatur oder die betreffenden Stellen wurden gerade durch Kanalfällung umgebaut oder es waren auch früher keine da. Und schließlich stellte es sich auf Erkärung des Stadtdirektors heraus, daß auch hier der Antrag von den Tatsachen überholt war. Solche und

ähnlich geistreiche Dinge wurden der Bezirksversammlung von der Rechten zugemutet. Mit solchen Lappalien müssen sich ernste Männer die Zeit stehlen lassen, nur damit die Deutschnationalen so tun können, als ob sie allein für das Wohl des Bezirks besorgt sind. Wichtiger war ein Antrag bezüglich des Müllabfuhrbetriebes in der Bismarckstraße in Lichterfelde. Hier wurden die Herren von der Rechten von unseren Genossen darauf hingewiesen, daß sie all den Schaden und all den Staub ufm. hätten vermeiden können, wenn sie die Müllabfuhr, wie andere Bezirke, der städtischen Müllabfuhr-Gesellschaft übertragen hätten. Statt dessen verlangten sie für die Hausbesitzer eine Ertragswurst. Wie sie auch diesmal wieder unseren Antrag zum Etat, betreffend den Neubau eines Bezirksormenhauses, niedergestimmt und zur weiteren Verzögerung erst eine nochmalige ins einzelne gehende Vorlage vom Bezirksamt verlangt hätten, während sie bei anderen Vorlagen und Anträgen ihrer eigenen Partei lange nicht so ängstlich seien. Auch gegen die Veräußerung der Arbeiterkasselerien in Lankwitz an die Arbeiter, die sich die Häuschen selbst gebaut haben, zu einem befriedigenden, aber angemessenen Preise, ließen die Deutschnationalen Sturm, die für Arbeiterinteressen im Bezirk niemals etwas übrig hatten. Sie gönnten den Leuten den billigen Preis nicht, sie befürchteten, daß die Arbeiter später große Konkurrenzprostitute aus einem ewigen Verkauf ziehen würden. Sie wollten den Abschluß des Vertrages, den das Bezirksamt mit vieler Mühe zustande gebracht hatte, mit aller Gewalt verhindern. Dies ist ihnen nicht gelungen, aber die Stglitz-er Arbeiterkasselerien hat wieder einmal das wahre Gesicht der Rechten gesehen, und das ist entschieden ein Vorteil.

Das Märkische Museum bleibt am kommenden Sonntag, den 29. März 1925, wegen der Wahl des Reichspräsidenten geschlossen.

Ein Schildbürgerstückchen des Magistrats.

Aus Beamtentreisen wird uns geschrieben:
 „Einen richtigen Schildbürgerstreich hat sich der Magistrat vor einigen Tagen geleistet. Bisher war es beim Magistrat üblich, den Beamten und Angestellten, die sich an der Wählerliste beteiligten, die Hälfte dieser Zeit zu vergüten und die restlichen Stunden durch Urlaub abzugelten. Anders bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl. In einer Verfügung, die der Magistrat vor einigen Tagen herausgab, hieß es, daß sich an der Auslegung der Wählerliste nur die Beamten der Gruppen 1 bis 6 beteiligen dürfen in der richtigen Voraussicht, nur den wirklich benötigten Beamten und Angestellten die Entschädigung für die Ueberstunden zukommen zu lassen. Sehr schön vom Magistrat. Wenn nun der Magistrat jetzt, nachdem die Auslegungszeit vorüber ist, mit einer weiteren Verfügung herauskommt und bestimmt, daß nur die Zeit, und zwar auch nur zur Hälfte bezahlt wird, die über 20 Stunden geleistet worden ist, und die Ueberstunden durch Urlaub abgegolten werden sollen, so wird das als eine glatte Verhöhnung der beteiligten Beamten und Angestellten betrachtet. Hinzu kommt noch, daß bei einem regulären Verlauf der Auslegung überhaupt nur 18 Stunden herauskommen können. Andererseits hat der Magistrat dadurch, daß er nur den Beamten die Auslegung gestattet, die den Gruppen unter 6 angehören, dokumentiert, daß eine Bezahlung in Aussicht genommen war. Den beteiligten Beamten und Angestellten ist jedenfalls dadurch eine nachhaltige Lektion erteilt worden, die sie bei dem in Aussicht stehenden zweiten Wahlgang sehr beherzigen werden. Die Ungerechtigkeit wird natürlich die in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen noch beschäftigen.“

Hausbesitzer-Genossen.

In dem „Sozialistischen Unternehmer“, dem Organ des Einheitsverbandes sozialistischer Unternehmer, findet sich unter der obigen Ueberschrift ein Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

In Deutschland bestehen seit geraumer Zeit Hausbesitzervereine, die die wirtschaftlichen Interessen der Hausbesitzer zu vertreten vorgeben. In Wirklichkeit haben sich diese Haus- und Grundbesitzervereine mehr und mehr zu Anhängeln aller radikalen Parteien entwickelt und sind ihre härtesten Stützen. Bei jeder Wahl fordern die Hausbesitzervereine auf, gegen die Arbeiterpartei und für die Sozialisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei zu stimmen. Bei jeder Wahl reihen sie die Arbeiterpartei mit den sozialistischen Mitteln herunter. Nun wissen wir aber, daß diesen Hausbesitzervereinen Tausende, ja sogar Zehntausende kleiner Hausbesitzer angehören, die ihrer wirtschaftlichen Lage nach der Arbeiterpartei zuzuzählen sind oder die gar der Sozialdemokratischen Partei angehören. Arbeiter-Hausbesitzer! Könnt ihr es mit eurem Gewissen vereinbaren, daß ihr solchen Vereinen angehört, daß ihr eure Beiträge hinwerft, die dann dazu dienen, euch selbst zu bekämpfen? Wir glauben, es ist nur mangelnde Entschlußkraft, wenn ihr bisher diesen Hausbesitzervereinen den Rücken nicht gekehrt habt. Kauft euch endlich dazu auf. In Altona ist ein freier Hausbesitzerverband gegründet worden, der schon starke Ansätze zu seinem Aufblühen zeigt. Kauft euch auf und werdet Mitglieder. Auskunft erteilt Max Preißler, Altona i. Thür., Kesselfasse 14.

Eine Gefahr für die Gesundheit der Berliner Bevölkerung bildet, wie das Wasserbauamt mitteilt, die in der Nachkriegszeit festgestellte Zunahme der Verschmutzung der Berliner Gewässer durch Unrat mancherlei Art. Die Gefahr würde um so ernster sein, wenn in einem heißen Sommer nur wenig Frischwasser aus den oberen Gebieten der Spree zu uns gelangen könnte. Die Polizeibeamten sind deshalb angewiesen, jeder Verschmutzung der Spree mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Gleichzeitig wird aber auch an die Bewohner der Spreeufer die dringende Mahnung gerichtet: „Werft den Unrat in den Müllkästen und leitet die schmutzigen Abwässer in die Abfluskanäle!“

Die Sparkasse der Stadt Berlin hat am 15. d. M. in den Rathhäusern Nikolassack und Wannsee sowie in dem Guts- hause Dahlem antliche Nebenstellen ihrer Kasse eröffnet. Die Nebenstellen dürfen an einem Tage auf ein Sparbuch der Berliner Sparkasse bis zu eintausend Mark entgegennehmen und bis zu eintausend Mark auf ein Sparbuch der Bezirks- sparkasse Zehlendorf zurückzahlen. Die Nebenstellen sind auch berechtigt, bis zu dem genannten Betrage sogenanntes „festes Geld“ anzunehmen, ebenso dürfen sie Sparbücher anderer Kassen zum Zwecke der Ueberweisung des Sparguthabens auf ein Sparbuch der Bezirkssparkasse Zehlendorf entgegennehmen. Die Berliner Sparkasse verzinst 3. Z. die Sparanlagen mit 5 Prozent, die auf Zeit oder gegen Kündigung eingezahlten Einlagen von dreihundert Mark an (festes Geld) mit 8 Prozent.

Magistratschulratsstelle für Steglitz. Durch Beschluß der städtischen Körperschaften ist für den Verwaltungsbezirk Steglitz eine Magistratschulratsstelle errichtet worden. Am 1. April d. J. tritt der derzeitige Inhaber der (staatlichen) Schulaufsicht, Schulrat Hotop, nach Erreichung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand. Die staatlichen Aufsichtsbahörden haben sich bereit erklärt, die nunmehr erledigte Schulaufsicht im Nebenamt auf einen vom Magistrat Steglitz zu wählenden Stadtschulinspektor (Magistratschulrat) zu übertragen. Das Bezirksamt wird sich in nächster Zeit auf Grund der schon vorliegenden und der etwa noch eingehenden Bewerbungen mit der Befugung der Stelle beschäftigen.

Oeffentliche Kundgebungen

heute, Freitag, den 27. März, abends 7 1/2 Uhr:

- Mitte: Sophienstraße, Sophienstr. 17/18.
- Tiergarten: Nationalhof, Bülowstraße 37.
- Wedding: Bohnerhof, Chausseestraße 64.
- Schiller-Platz, Bank-, Ecke Böttcherstraße.
- Prenzlauer Berg: Ledigenheim, Pappelallee 15.
- Friedrichshain: Andreas-Festfale, Andreasstr. 21.
- Kreuzberg, 40. u. 41. Abt.: Brauerei, Fiedrichstr. 2/3.
- 44. u. 45. Abt.: Schulaula, Forster-, Ecke Reichenberger Straße.
- Charlottenburg: Hohenzollern-Festfale, Berliner Str. 105.
- Spandau: Jubiläums-Turnhalle, Asaniererring.
- Cladow: Gasthof Baumann.
- Staaken: Gasthof Albert Wolf.
- Siemensstadt: Mariand, Nonnendammallee.
- Wilmersdorf: Aula Hindenburgschule, am Seepark (Frauenkündigung).
- Wannsee: Reichsadler, Königstr. 26.
- Zehlendorf: Lindenpark, Berliner Straße 8.
- Schöneberg: Uhlansschule, Kolonnenstraße 22.
- Cankow: Lehmanns Festfale, Kaiser-Wilhelm-Straße 29.
- Lichterfelde: Oberrealschule, Ringstr. (Ecke Hindenburgdamm).
- Mariendorf: Aula Oberrealschule, Kaiserstraße.
- Neukölln: Aula Oberrealschule, Emser Straße 134.
- Budow: Turnhalle.
- Brick: Beckers Festfale, Chausseestraße 98.
- Niederschönweide: Aula der Mädchenschule, Berliner Str. 31.
- Alt-Grünau: Böhne, Grünauer Straße.
- Grünau: Aula Körnerschule, Lindenstraße.
- Bohnsdorf: Bierbach, Bahnhofstraße 1.
- Narischhorst: Fürstenhaus, Trestowallee.
- Friedrichsfelde: Tempel, Prinzenallee.
- Mahlsdorf: Anders, Bahnhofstraße.
- Biesdorf: Schillersäle, Königstraße 120.
- Kaustdorf: Turnhalle, Adorfstraße.
- Kaustdorf-Süd: Im Jägerheim.
- Weißensee: Aula Realgymnasium, Boelckpromenade.
- Banow: Linder, Breitestraße 34.
- Niederschönhausen: Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11.
- Reinickendorf-Ost: Schützenhaus, Residenzstraße 1/2.
- Borsigwalde: Borsigwalder Festfale, Conradstraße (Ecke Spandauer Straße).

Redner: Aufhäuser, Crispian, Falkenberg, Dr. Freund, Felgentreu, Franke, Göring, Harnisch, Hirsch, Haß, Hirschberg, Adolf Hoffmann, Hehlhold, Joachim, Künstler, Marie Kunert, Dr. Kamerau, Erna Kresse, Leib, Dr. Löwenstein, Banda, Lisse, Lempert, Dr. Lohmann, Otto Meier, Hermann Müller, Reimann, Reuter, Ruben, Heinrich Schulz, Schneider, Minna Lodenhagen, Dr. Tichauer, Dr. Wehl, Dr. Witte, Dr. Weinberg, Zochert, Zubeil.

Bernau: Restaurant Bellevue, abends 7 1/2 Uhr: „Die Reichspräsidentenwahl“. Referent: Genosse Schlimme, Vorstand des ADGB, Berlin.

Sonnabend, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr:

- Schöneberg: Siedlung Lindenhof, Ledigenheim.
- Tempelhof: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße.
- Tegel: Schollenkrug, Freie Scholle.
- Biesdorf-Süd: Dieß, Köpenicker Straße.
- Karow: Peters (vorm. Sudow), Dorfstraße.
- Catow: Zur Linde.

Redner: Göring, Ad. Hoffmann, Dr. Freund, Lempert, Lisse, Ruben.

Tagesordnung in allen Kundgebungen:
Für den Präsidentschaftskandidaten Otto Braun!

Prenzlauer Berg: Morgen, Sonnabend, abends 6 1/2 Uhr: Treffpunkt zur öffentlichen Kundgebung Ecke Schönhäuser Allee und Bornholmer Straße.

Gulasch Weiben, unser alter treuer Genosse in der 21. Abteilung, Gollands-Platz 7, ist am 26. März 75 Jahre alt geworden. Weiben, der vor einigen Monaten seine geliebte Ehefrau verlor, ist auch einer der ältesten Parteimitglieder. Wir wünschen, daß ihm noch eine Reihe von Lebensjahren in voller Gesundheit beschieden sein mögen.

Item 75. Geburtstag brocht am Sonnabend, den 24. März, die Witwe **Waldheid Benzen**, Reinickendorf-Ost, Reichenstr. 118 III, bei Gott. Die Genossen sind zusammen mit ihrem heilungslosen Sohn in den bürgerlichen Verhältnissen.

Genosse **Richard Anepf**, Markstraße 31, feierte am 22. März seinen 60. Geburtstag. Genosse Anepf ist seit 26 Jahren Parteimitglied und erhebt heute der 22. Abteilung an. In vorbildlicher Weise hat er während dieser Zeit für die Partei gearbeitet.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einrichtungen für diese Rubrik sind Berlin S. W. 68, Lindenstraße 2. Bes an das Parteisekretariat, 2. Hof, 3. Trepp. rechts, zu richten.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, Bezirksgruppe Berlin.

Generalsammlung Sonnabend, den 28. März, 8 Uhr, Sigmundstr. 10, 1. Geschossbericht des Verlegenden Genossen Dr. Witz. 2. Neuwahl des Vorstandes.

1. Kreis Prenzlauer Berg. Die Abteilungsleiter rechnen sofort alle Kreise beim Kreisleiter ab.
2. Kreis Friedrichshain. SAJ-Verbeirat Offen, Sonnabend, 7 Uhr, „Aufsicht über“ unter Mitwirkung russischer Künstler, Jugendarbeiter, Wandmalereibesitzer, Auftritte des Genossen Kretschmer. Unterbreitung 10 Uhr. Die Jugendgruppen bitten um Beteiligung der Parteigenossen.
3. Kreis Kreuzberg. Die Mitglieder des Arbeiterkreises geben ihre Mitgliedskarten bei den Bildungsleitern der Abteilungen ab. Entgegennahme der Karten in der am Montag, den 30. März, bei Reim, stattfindenden Jubiläumssammlung.
4. Kreis Charlottenburg. Zur Kundgebung heute in den Hohenzollernfestfale (Referent: Gen. Crispian) sind Fahnen und Banner mitzubringen. Aufstellung auf der Bühne. — Sonnabend, 7 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung im Zimmer 3 des Rathhauses.
5. Kreis Schöneberg-Liedenu. Heute treffen sich der engere Kreisvorstand und die Abteilungsleiter nach Schluß der Versammlung in der Uhlans-Schule.
6. Kreis Wilmersdorf. Die Abteilungsleiter 114-120 werden ersucht, die „Wählerin“ von der Spedition Bornhoefer Straße 62 heute oder Sonnabend zwischen 1 1/2 und 7 Uhr abzuholen.

heute, Freitag, den 27. März:

16. Abt. 8 Uhr bei Trümper, Hensburger Str. 3, Treffpunkt der Genossen. Besonders die Funktionäre müssen erscheinen. Einstellung der Wahlarbeit.
17. Abt. 7 1/2 Uhr treffen sich die Genossen und Genossinnen an der öffentlichen Versammlung im Ledigenheim Pappelallee.
18. Abt. Bildungsausschuss 6 1/2 Uhr Ullrichstraße in den Andreas-Festfale.
19. Abt. Funktionäre und Helfer treffen sich heute 12 Uhr im Bezirkslokal.
20. Abt. Bezirksleiter, Leiter Termin zum Abrechnen am Sonntag, den 29. März.
21. Abt. Schilkenhof. 1 1/2 Uhr im Lindenpark: Vortrag des Genossen Paul Dieß. Staatsminister a. D. über: „Die Reichspräsidentenwahl.“ Persönliches Erklären aller Mitglieder einschließlich Frauen ist diesmal besonders notwendig. Teilnahmeerfolge willkommen.
22. Abt. Brick. Treffpunkt der Funktionäre bei Feder, Chausseestraße 98.
23. Abt. Tempel. 7 1/2 Uhr müssen die Ehrenleiter in der Spedition erscheinen. Sämtliche Genossen um 7 Uhr.
24. Abt. Jungsozialisten, Gruppe Schöneberg. Der Gruppenabend in der Sozialstr. 104 aus. Beteiligung an der Wählerversammlung um 7 Uhr in der Uhlans-Schule, Kolonnenstraße.

Morgen, Sonnabend, den 28. März:

1. Abt. Die Parteigenossen sowie Sympathisierende treffen sich zum Demonstrationszug mit Musik um 1 1/2 Uhr am Demoschloß.
2. Abt. 1 1/2 Uhr Ausgabe des letzten Wahlmaterials bei Böbling, Brunnenstraße 76.
3. Abt. 2. und 3. Abt. Sämtliche Genossen und Genossinnen treffen sich 4 1/2 Uhr bei Kraß, Ullrichstr. 21, zum Tropfenbaumzug für Reichspräsidentenwahl.
4. Abt. Die Genossen treffen sich pünktlich 1/2 Uhr zum Umzug an der vom Kreis bekannt gemachten Stelle. Nach dem Umzug bei Zeit zur Wahlarbeit eintrudeln lassen.
5. Abt. SAJ Mitglieder treffen sich 5 1/2 Uhr Bornholmer Straße, Ecke Schönhauser Allee.
6. Abt. Die Genossinnen und Genossen betätigen sich an dem Spaziergang des Kreises abends 6 1/2 Uhr. Treffpunkt Bornholmer Straße, Ecke Schönhauser Allee.
7. Abt. Sonnabend, den 28. März, Aufsammlung aller Wahlhelfer und -helferinnen um 7 1/2 Uhr bei Erdmann, Kaufhaus Str. 35, Materialausgabe.
8. Abt. Steglitz. 6 1/2 Uhr Treffpunkt Markt, Döppelstraße.
9. Abt. Tempelhof. Die Genossen treffen sich um 1/2 Uhr in der „Linde“ zum letzten Wahlzug. Anschließend öffentliche Versammlung im Realschulsaal.
10. Abt. Reinickendorf. Sämtliches Material für den Wahlgang ist am Sonnabend beim Genossen Jereks abzuholen.
11. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr bei Gumbach, Konstr. 11, und Alois, Ruppstr., Ecke Eitelstraße.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

12. Abt. Genossin Genthich verließ infolge einer Operation, Berlin, den 28. März, nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem Friedhof der Commune-Genossin, Reinickendorf, Hermannstraße.

13. Abt. Charlottenburg. Am 26. März verließ Genosse Wilhelm Pflügel, Berlin, den 28. März, nachmittags 3 1/2 Uhr in Gumbach.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. W. 14, Seebastionstr. 37/38, Hof 2. K.

Kameradschaft Eilmünde. Sonnabend, den 28. März, abends 6 1/2 Uhr, tritt die Kameradschaft bei Lindner an. Gesellschaft in Reichen. Der Turn- und Sportabend fällt an diesem Tag aus. — Kameradschaft Friedrichshain. Sonnabend, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung der Jugendgruppe im Jugendheim Ullrich Str. 4/5. — Kameradschaft Kreuzberg. Sonnabend, den 28. März, Uebungsabend in der Turnhalle Ullrichstr. Abends 6 1/2 Uhr Jugendliebe, 8 Uhr Sportabend.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Genosse Gontschew Dr. Juliusburger spricht am Freitag, den 27. März, 1 1/2 Uhr, in der 13. Gemeindehalle, Charlottenburg, Seebastionstr. 40, über das Thema: „Religion und Sozialismus“. Vortragsleiter wird in der Diskussion das Wort nehmen.

Arbeiter-Radio-Klub, Bezirk Wilmersdorf (früher Offen). Radioabend am Freitag in der Oberstr. 8 1/2 Uhr aus. Treffpunkt aller Mitglieder am Freitag in den Sophien-Sälen, 1/2 Uhr, mit Apparaten für die Zuhörer.

Arbeiter-Radio-Klub, Bezirk Neukölln, Mühlischule. Deutsches Radioabend, Radioabend am Freitag, den 3. April.

Bezirk Sozialistischer Verein. Oeffentliche Mitteilerversammlung am Montag, den 30. März, 7 1/2 Uhr, im Hausgrundbesitzeramt der Stadt Berlin, Ullrichstr. 30/42 (Untergrundbahn Seebastion). Gütlich willkommen!

Der Oeffentlich-Deutsche Volksbund, Ortsgruppe Berlin, hält am Sonnabend, den 28. März, abends 8 Uhr, im Reichstagsgebäude, Portal V, seine diesjährige Generalsammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht über die Entwicklung der Anführerfrage im letzten Jahr und ihr derzeitiger Stand.

Fortschrittliche Bezirksratshilfe e. V. Vortragabend über „Die Verantwortung und Befreiung des Reichleiters“ am Donnerstag, 2. April, 6 1/2 Uhr, Bornholmer-Platz, Altesstr. 41. Eintritt für jedermann frei.

Unser Ostergruß ein Angebot von besonderer Güte und Preiswürdigkeit, angepasst den Erfordernissen der Zeit und Mode

Herrn-Schnürschuhe braun Rindbox, elegante moderne Form, Goodyear Welt.....	13⁹⁰	Einspangenschuhe la braun Boxcalf, moderne Form, mit echtem Louis XV.-Absatz.....	Lack-Einspangenschuhe mod. halbspitze Form, echt Louis XV.-Absatz
Kinder-Schnürschuhe la braun Boxcalf, Rand weiss doppelt, moderne Verarbeitung.....31,35 7,90, 27,30	6⁹⁰	Einspangenschuhe grau Nubuk, spart mit gleichartigem Chevreau gepaspelt, echt Louis XV.-Absatz, eleganter Frühjahrschuh.....	Herrn-Schnürstiefel braun Rindbox, Ringbesatz ohne Naht, Goodyear-Welt, neue halbspitze Form
Kinder-Schnürstiefel echt braun Boxcalf, fus-perechie Form, vorzügliche Qualität, 27,28 u. 9,9, 25,26 u. 6,0, 23,24	4⁹⁰	Pumps la braun Boxcalf, mit durchbrochenem Blau, sehr lockendes Modell, mit echtem Louis XV.-Absatz	Herrn-Schnürstiefel braun Rindbox, bequeme Form, echte Zwischensohlen, Goodyear-Welt.....

Leiser

Auch in Strümpfen bringen wir eine grosse Auswahl neuester Farben

Die Vorgänge der Streiktage.

Endlose Vernehmungen. — Scheidemanns Erkrankung.

Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, den Kasseler Kreisrat Dr. Wagner zur Erläuterung seines Gutachtens zu laden. Ueber die Frage, ob das Gericht sich eventuell zu einer Vernehmung des Oberbürgermeisters Scheidemann nach Kassel begeben wird, ist noch kein Beschuß gefaßt. Hierauf wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten. Als erster Zeuge wurde

Richard Müller

vernommen. Er äußerte sich zunächst über den Verlauf der Delegiertenversammlung im Gewerkschaftshaus, die unmittelbar nach Ausbruch des Streiks stattfand. Nachdem dort die Delegierten für die Streikleitung gewählt waren, wurden die bekannten sieben Forderungen formuliert und einstimmig angenommen. Dann wurde auf Antrag aus der Versammlung beschlossen, drei Mitglieder des unabhängigen Parteivorstandes in die Streikleitung zu nehmen. Das hatte zur Folge, daß Wuschel das gleiche Recht für den Vorstand seiner Partei, der Reichheitssozialdemokraten, fortlerte. Obwohl Ledebour gegen die Forderung scharf Stellung nahm, wurde der Antrag Wuschels schließlich mit Mehrheit angenommen. Somit ist in dieser Versammlung nichts weiter erörtert worden.

Vorkl.: Am Abend fand dann eine Sitzung der Streikleitung statt. Was wurde dort beschlossen?

Zeuge: Wir waren im ganzen 17 Personen, 11 Arbeiter, 4 Delegierte und die sechs Abgeordneten. Als erster nahm Ebert das Wort. Er wünschte nochmals eine Diskussion über die Forderungen, da er nicht in allen Punkten mit ihnen einverstanden war. Das wurde von uns jedoch abgelehnt. Dann versuchten wir, die Zahl der Streikenden festzustellen. Wir haben dazu Verhandlungen aus den einzelnen Betrieben eingefordert. Unsere Arbeit wurde jedoch durch das Erscheinen der Polizei unterbrochen. Am nächsten Morgen, also am 29. Januar, kamen wir abermals zusammen. Wir besprachen bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit, mit der Regierung in Verhandlungen einzutreten. Es wurde beschlossen, daß die Abgeordneten nicht ohne Anwesenheit einiger Arbeitervertreter mit der Regierung zu verhandeln hätten. Als Vorkl. einen Empfang unserer Delegierten ablehnte, fand am Abend in der Urbanstraße eine neue Sitzung der Streikleitung statt.

Vorkl.: Was wurde da beschlossen?

Zeuge: Die Sitzung ging bald wieder auseinander, ohne daß wir besondere Beschlüsse gefaßt hätten. Am nächsten Morgen trafen wir uns im Wartesaal des Bahnhofes Friedrichstraße. Dort wurde vereinbart, am Nachmittag desselben Tages in einer Küche in Treptow zusammen zu kommen.

Vorkl.: Wer war denn auf dem Bahnhof?

Zeuge: Scheidemann und Ledebour bestimmt, ob auch Ebert dort war, weiß ich nicht mehr.

Vorkl.: Wer kam von den Abgeordneten zu der Sitzung in der Treptower Küche?

Zeuge: Sämtliche sechs Abgeordnete, also Scheidemann, Ebert, Braun, Dittmann, Haase und Ledebour.

Am Laufe der weiteren Verhandlung führte der Zeuge Müller weiter aus: Es wurde in der Besprechung in der Treptower Küche der Streiklage besprochen, der Druck des bekannten Flugblattes zu beschließen und die Rednerliste für die Versammlungen des folgenden Tages aufzustellen.

Vorkl.: Wissen Sie bestimmt, daß der Druck des Flugblattes erst in dieser Sitzung und nicht einige Tage vorher in der Urbanstraße beschlossen wurde?

Zeuge: Sowohl, auch der Inhalt des Flugblattes spricht dafür, daß es erst in der Treptower Küche beraten wurde.

Vorkl.: Wurde dort auch festgesetzt, was die Redner am folgenden Tage den Arbeitern in den Versammlungen zu sagen hätten?

Zeuge: Nein, denn es war selbstverständlich, daß jeder der Redner im Sinne der Streikleitung sprechen würde.

Der Zeuge Müller schilderte dann weiter die Bemühungen der Abgeordneten, eine vermittelnde Rolle zu spielen. Besonders in der Sitzung der Streikleitung am Neuen Tor bemühten sich die Herren von der Sozialdemokratie, uns neuen Verhandlungen geneigt zu machen.

Eine längere Debatte gab es dann über die Frage, ob die Streikleitung am 29. oder am 30. Januar in dem Lokal am Neuen Tor zusammengetreten sei. Müller erklärte, daß es am 30. Januar gewesen sei, während Dittmann bei seiner Behauptung bleibt, daß es sich dabei um den 29. Januar handele.

Im Gegenzug zur Aussage Müllers erklärte Dittmann, daß er am 30. Januar nachmittags von dem Abgeordneten Hugo Haase aufgesucht worden sei, der ihm mitteilte, daß er am 29. Januar in Treptow sprechen sollte. Ledebour habe ihm jetzt mitgeteilt, daß er sich auch nicht mehr erinnern könne, daß in der Treptower Küche der Entwurf eines Flugblattes durchgesprochen sei. Er habe auch Dittmann dort nicht gesehen.

Richard Müller: Ich habe alle diese Dinge in meinem Buch vor drei Jahren festgelegt. Hätte ich gewußt, daß wir beide einmal

vor Gericht stehen werden, hätte ich noch ganz andere Dinge geschrieben. Ihre Aussage, Herr Dittmann, daß Sie das bekannte Flugblatt am 29. geschrieben haben wollen, ist unrichtig. Sie mögen ein anderes geschrieben haben, aber dieses, das die Unterschrift des Aktionsausschusses trägt, ganz sicherlich nicht.

Dittmann: Mein Flugblatt hier ist Handsatz und nicht Rotationsdruck. Das spricht für meine Darstellung. Die Berliner Abendzeitungen brachten ja auch schon am Abend des 30. den Inhalt des Flugblattes, also kann es doch nicht erst am 30. gedruckt worden sein.

Müller: Das stimmt nicht, aus den meisten Berliner Zeitungen ist gar nichts zu erfahren. Die Berliner Zeitungen haben sich wohl mit den Spartakus-Flugblättern, nicht aber mit den anderen beschäftigt.

R.A. Dr. Bindewald: Das in Rede stehende Flugblatt, Herr Müller, ist also Ihr Produkt?

Müller: Ja.

R.A. Dr. Luelgebrune: Wie erklären Sie sich denn, daß auf diesem Flugblatt, das bereits am 30. bei Dittmann beschlagnahmt wurde, sich Notizen von Herrn Haase befinden?

Müller: Vielleicht ist das Flugblatt uns schon am Abend des 29. zugestellt worden. Das Flugblatt konnte von einigen Seiten in einer Stunde abgesetzt und gedruckt werden. Der Spartakusbund hatte sehr leistungsfähige Druckereien. Wir revolutionären Obleute hatten ein Reh über ganz Berlin. In ein paar Stunden war eine Parole oder ein Flugblatt an die Betriebe verbreitet.

Dittmann: Ich bleibe dabei, daß schon um 5 Uhr nachmittags Haase mir das Flugblatt übergeben hat.

Zeuge Haase: Das ist ganz ausgeschlossen, denn um diese Zeit war Haase noch bei uns in Treptow.

Vorkl.: Ist es möglich, daß in Treptow die Herren von der SPD die Diskussion über das Flugblatt überhört haben?

Müller: Ach nein, die Herren haben immer sehr aufmerksam zugehört.

Dr. Martin: Weshalb haben Sie den Eintritt der Sozialdemokratie in die Streikleitung begünstigt?

Müller: Der Eintritt der SPD mochte auf die Arbeiterschaft keinen großen Eindruck, aber die SPD war politisch doch ein Machtfaktor und gesellschaftlich sehr einflußreich. Ihr Eintritt gab unserer Bewegung noch außen hin einen starken politischen und moralischen Eindruck. Außerdem hatte die SPD uns bei der Bewegung 1917 als Landesverräter bezeichnet. Deshalb war es uns natürlich 1918 sehr erwünscht, daß die SPD nunmehr selbst unserer Spuren folgte.

Dr. Martin: War Herr Scheidemann, als Sie zu Staatssekretär Wallraf gingen, willens, über alle sieben Forderungen, also auch die politischen, zu verhandeln?

Müller: Selbstverständlich. Erst im Hin und Her der Verhandlungen einigte man sich später auf eine Verhandlung über nur wirtschaftliche Forderungen.

Dr. Martin: Hatte der Vorstand der USPD vor dem Streik Kenntnis, daß der Ausstand drohte?

Zeuge: Jawohl, ich habe selbst die Abgeordneten darüber informiert und sie gebeten, mit ihren Namen einen entsprechenden Aufruf zu bedenken.

Die Meinung in der USPD-Fraktion war jedoch geteilt, nur die Ledebour-Gruppe wollte mit ihrem Namen eintreten.

In dem offenen Eintritt für den Streik erblickte man eine Gefahr für die Partei.

Dr. Luelgebrune: Hat Herr Ebert gleich am ersten Tage des Eintritts in die Streikleitung sein Verbleiben dort von der Bedingung abhängig gemacht, daß die sieben Forderungen abgelehnt werden würden?

Zeuge: Nein, er begnügte sich mit der Erklärung, daß darüber die Vollversammlung noch einmal einberufen werden sollte. Staatsanwalt Dohmann: Wir geht eben eine Nummer der „Kasseler Volksstimme“ zu, in der mitgeteilt wird, daß Scheidemann erkrankt sei und daß Herr Kuffner an seiner Stelle sprechen werde. Es heißt weiter, daß Herr Scheidemann, der schon seit langer Zeit erkrankt ist, noch im letzten Augenblick gehofft hatte, sprechen zu können, daß aber eine Verschümmernung seines Zustandes das nicht mehr gestattet.

Dr. Luelgebrune: Und mir geht soeben ein Telegramm zu, daß Herr Scheidemann nicht nur am 21. März im Reichstag gewesen, sondern daß er am 22. März in Bad Homburg und Umgebung mehrere Wahlerversammlungen abgehalten hat, also wird er wohl auch wo anders reden können, als in Homburg, Kassel und Berlin.

Dann wurde noch der Zeuge Lauff vernommen, der der USPD angehörte und nach Dittmanns Verhaftung sein Nachfolger in der Streikleitung wurde. Der Zeuge erklärt, daß nach seiner Erinnerung am zweiten Tage des Streiks ein Flugblatt mit der Aufschrift „Mitteilungen“ gedruckt worden und von ihm und seinen

Leuten verteilt worden sei. Der Druck sei im Auftrag der Streikleitung erfolgt. Er, der Zeuge, habe drei, viermal den Druck eines solchen Flugblattes veranlaßt. Auf die Frage des Vorliegenden, ob das Datum des Druckes der Flugblätter noch angegeben werden könne, erklärt der Zeuge, er könne sich nur besinnen, daß das erste Flugblatt am Tage des „Vorwärts“-Verkaufes gedruckt worden sei. Hierauf wurde die Sitzung auf Freitag früh vertagt.

Unerlöste Beweisangebote.

Ununterbrochene Konflikte zwischen Verteidigung und Gericht in Leipzig.

BS. Leipzig, 26. März.

Zu Beginn der Donnerstag-Sitzung stellte Dr. Wolf den Antrag, neues Aktenmaterial als Beweismittel herbeizuschaffen. Unter anderem wird gefordert die Verlesung der Protokolle des Untersuchungsausschusses des preussischen Landtages über sämtliche politische Morde, die Herbeiziehung der Akten zum Falle Hermann, aus denen hervorgehe, daß Angehörige der Organisation Korbach eines ihrer Mitglieder in völkischer Weise ermordet habe, sodann die Verlesung der Rede Dr. Zeigners im sächsischen Landtag vom 18. Oktober 1923, worauf sich die Existenz einer „Schwarzen Reichsmehr“, die zum Bürgerkrieg vorbereitet, ergäbe, dann die Ladung des Kaufmanns Selbte aus Magdeburg, der als 1. Vorsitzender des „Stahlhelm“ befunden soll, daß der „Stahlhelm“ in Verbindung mit der Reichsmehr steht, dann Verlesung mehrerer Zeitungsartikel, die im einzelnen nicht angegeben werden brauchen, sowie die Verlesung einer Rede Sevewings im preussischen Landtag, aus der die Existenz einer Feme bei der Organisation Korbach hervorgehe. Daraus wurde die Bitte von 18 Zeugen, die zum heutigen Donnerstag geladen worden waren, sowie weiterer 6 Zeugen, die noch nachträglich von der Verteidigung hinzugezogen worden sind, verlesen. Von den bereits angeforderten Zeugen sind die sächsischen Abgeordneten Böttcher, Liebmann und Sievert nicht erschienen, dagegen waren anwesend: Ebrodt und Liebert, ferner der Heidelberger Privatdozent Dr. Gumbel.

Rechtsanwalt Neumann teilte mit, daß sämtliche Beweisangebote für unerheblich gehalten werden und daher abgelehnt werden müßten. Bezüglich der Zeugenladung erklärte der Rechtsanwalt in längeren Ausführungen, daß ein Recht zu unmittelbarer Ladung von Zeugen nur zu Beginn der Hauptverhandlung bestehe, und nur bei einer berechtigten Ladung sei das Gericht verpflichtet, den Zeugen anzuhören, ohne daß es befragt sei, vorher die Erheblichkeit der Beweisangebote zu untersuchen.

Rechtsanwalt Rosenfeld erklärte, er sei nicht an der Ladung der Zeugen beteiligt, und er teile auch nicht die politische Gesinnung seines Kollegen Dr. Wolf. Dementsprechend halte er sich für verpflichtet, vor dem Bekreiten des Weges zu warnen, den die Ablehnungsforderungen des Reichsanwalts dem Gerichtshof weise.

Der Verteidiger Dr. Wolf vermehrte sich entschieden gegen den verdeckten Vorwurf, daß die Verteidigung die Absicht habe, den Prozeß zu verschleppen. Nichts läge ihr ferner, aber man müsse doch bedenken, daß es sich um einen Parteiprozeß handele, der das Vorbild zum Prozeß gegen die kommunistische Zentrale sei.

Nach einer Pause erklärte Dr. Herzfeld: Wenn der Staatsgerichtshof bei seiner bisherigen Praxis bleibt, dann werden sich das nächstmal im Reichstag, wenn es sich um die Bewilligung der Mittel für den Staatsgerichtshof handelt, nicht wenige, sondern viele Gegner finden, die für die Abschaffung dieses Forums eintreten werden. Diese Zustellung gab zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger und dem Vorsitzenden Anlaß, woran sich wiederum immer denselben Punkt behandelnde Darlegungen der Verteidigung und der Reichsanwaltschaft schloßen. Der Vorsitzende erklärte schließlich, daß sich das Gericht in der zum Zwecke einer eingehenden Beratung verlangten Mittagspause über das Verlangen der Verteidigung schlüssig werden würde.

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlung wurde zunächst der Gerichtsbeschuß über den Antrag der Verteidiger verlesen. Senatspräsident Dr. Niedner führte aus, daß das Gericht sich bewußt gewesen sei, daß die Entscheidung hierüber nicht von rein formalistischen Gesichtspunkten aus getroffen werden dürfe. Das Gericht ist nach sorgfältiger Prüfung aller in Frage kommenden Umstände zu der Ueberzeugung gelangt, daß die von der Verteidigung vorgeladenen Zeugen nicht zu vernachlässigen sind.

Nunmehr brachte Dr. Wolf einen neuen Antrag ein, in dem unter Beweis gestellt wird, erstens, daß die rechtsgerichteten Organisationen 1923 von allen Seiten auf Berlin losgezogen sind oder dies beabsichtigten, daß in Bayern 1923 die Verfassung aufgehoben worden sei, drittens, daß seit 1923 bis heute in allen Teilen Deutschlands eine „Schwarze Reichsmehr“ bestehe, viertens, daß in allen Teilen Deutschlands bis heute in allen rechtsgerichteten Organisationen Tscheta-Feme-Organisationen bestanden haben, fünftens, daß die illegalen Organisationen über Waffenlager verfügen, zu denen ihnen die Mittel teils von der Großindustrie, teils vom „Erbeind“ zugeflossen sind, worüber Dr. Gumbel zu vernehmen ist. Der Verteidiger vertrat sodann in mehr als einstündiger Rede die Auffassung, daß im Herbst 1923 die Verfassung nicht mehr bestanden habe, weil sie von amtlichen Stellen verlegt worden sei. Man kann seinen Hochverrat begehnen gegen eine

FÜR DAS OSTERFEST

Salamander Schuhe sind der Wunsch eines jeden, weil sie sich bei eleganter Ausführung und guter Passform durch Dreiwürdigkeit auszeichnen.



SALAMANDER

DAS MEISTERSTÜCK DER SCHUHFABRIKATION

UND WENN EINMAL DAS GELD NICHT REICHT,

KAUFT MAN BEI

Jeder
Jeder leicht

Großer Verkauf auf bequeme Teilzahlung!

Niedrigste Anzahlung!

Frühjahrs-Neuheiten in großer Auswahl!

Herren-
Anzüge
Paletots
Mäntel
Gummimäntel
Sportkleidung
Einzelne Hosen
Windjacken

Damen-
Kostüme
Kleider
Mäntel
Gummimäntel
Blusen / Röcke
Jumper / Kasacks
Strickwesten

Eleg. Damen- und Herren-Gesellschaftskleidung
für Tee und Tanz.

Mädchen- und Knaben-Bekleidung

Teppiche, Läuferstoffe, Gardinen, Decken, Leib-, Tisch- und Bettwäsche, Inlettstoffe, Betten, Bettfedern, Daunen und Steppdecken.

Größte Auswahl in allen Abteilungen!

Sachgemäße Bedienung.

Brunnenstraße 1 Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103 Charlottenburg, Scharrenstraße 5

Auf Teilzahlung

bei bequemer An- und Abzahlung

Herren Anzüge, Sport- und Manchest.-Anzüge, Cutaway, Smoking, Einsegnungsanzüge, Winddecken, Hosen, Taillen- und Regenmäntel

Wäsche für Herren und Damen, Bettwäsche

Damen Kostüme, Mäntel, Regenmäntel, Windjacken, Kleider, Röcke, Blusen, Strickjacken und -Westen, Seldentjumper

Teppiche Lauf-, rötliche, Gardinen, Läuferstoffe, Bettdecken, Stropdecken usw.

HEINRICH GEORG

Andreasstraße 28, 1 am Andreasplatz | Neue Schönhauserstraße 9, 1 | Schöneberg Hauptstraße 157, 1

LJUERGENS
ALEXANDER PLATZ



KATOT
KLEIDUNG
FÜR JEDEN BERUF
LEHRLINGE

werden vorschrittartig eingekleidet
HOSEN, JOPPEN, ANZÜGE FÜR BURSCHEN BESONDERS PREISWERT

KOHLEN & TÖRING
BERLIN ALEXANDERSTR. 12
GESCHÄFTE IN ALLEN STADTEILEN

O. Kreis Kreuzberg, 30. 1011g.

Am 24. März, nachmitt. 1/2 Uhr wurde meine innig geliebte, herzragende Frau

Antonie Gut

geb. Neumayer

von ihrem langen, schweren Leiden, das sie mit großer Geduld ertrug, hat, durch einen sanften Tod erlöst. Um stille Teilnahme bittet

Wilhelm Gut.

Beerdigung findet am Montag, 30. März, nachmittags 4 Uhr, Gerichtsstraße 37-38, statt. 7416

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Deuts. Freitag, 27. März, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25:

Anfuhrerordentliche Vertrauensmännerkonferenz der Metallformer u. Berufsgenossen Die Ortsverwaltung.

BLUTARMEN - KRANKEN



Käuflich in Apotheken, Drogen- und Delikatengeschäften.

Gegründet 1890



Centralhaus modern. Herrenkleidung

Neue Friedrichstraße 35

neben der Zentral-Markth 10

liefert an jedermann elegante

Herren-Garderoben

f. Gesellschaft, Straße u. Sport

fertig u. nach Maß unter Garantie

für tadellosen Sitz - gegen Wäucher.

Teilzahlung von 2 M. an

Große Auswahl sonstiger Stoffe!

Zuschneider und Werkstätten im Hause!

Kein Warenkr.-Eithaus!

Hervorragende Qualität!

Junge Gänse, Enten

Brütel, Poularden, Poulets, Jg. Tauben

Fette Suppenbühner u. Puten

Feste Rehrücken u. Rehkeulen, Wildschwein, Spießer, fr. Waldschnecken.

Prima Gemüse-Konserven u. Früchte.

O. Elsholz Hubertushaus

Kreuzstraße 2

Fernsprecher - Moritzplatz 37, 5

PEEK & CLOPPENBURG

G. M. B. H.

BERLIN C 10 - GERTRAUDTENSTRASSE 25-27

Für Reisen und Landaufenthalt:

Damenmäntel
aus Strichloden

leicht und warm, in schönen praktischen Formen fertig am Lager

Grünmellierter, leichter Strichloden, offen und hochgeschlossen zu tragen Form 200 27.-
Dunkelgrüner, leichter Strichloden, Sattelform, hinten Rückenfalte Form 207 29.-
Marengofarbiger, leichter Strichloden, Kimonoform Form 215 31.-
Olivfarbiger, leicht. Kamelhaarloden, offen und hochgeschlossen zu tragen Form 200 38.-
Bräunlich meliert, leicht. Kamelhaarloden, Sattelform, hinten Rückenfalte Form 207 42.-
Grünbraun melierter, leichter Kamelhaarloden, Kimonoform Form 215 45.-



Besonders **billig!** wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und

Morgen Neu-Eröffnung

der beiden Filialen

MOABIT

CHARLOTTENBURG

Turmstrasse 58 und Wilmersdorfer Str. 121

Korsetts Betty Vogel

Hauptgeschäft Motzstrasse 67

Nicht lange fragen,
Korsetts
BETTY VOGEL
tragen



Nemolastik
PRIMA DONNA

Grosses Lager

in
Büstenhalter
Untertaillen,
Damenwäsche
Schlüpfer
Hemdchusen
Prinzessröcke
Strümpfen und
Schlafanzüge

zu ausserordentlich billigen Preisen

Specialität:
Korsetts nach Maß von 15 Mark an

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Gegründet 1878

Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a

Bekannt seit 49 Jahren.

Grosse Auswahl in kompletten Wohnungs-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel aller Art zu wirklich billigen Preisen.

Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.



Beachtung ohne Kaufzwang erbeten.
Geschäftszelt von 9-7 Uhr.

DEUTSCHE BANK

Geschäftsbericht für das Jahr 1924

Wir legen den Bericht über das inausgezeichnete Geschäftsjahr unserer Bank vor. Für unsere Wirtschaft bedeutet das Jahr 1924, mag die Gesamtlage zu seinem Ausgang auch noch viel zu wünschen übrig lassen, den Beginn einer neuen Epoche. Deutschland lag an, sich aus der materiellen und psychischen Erschöpfung der Kriegs- und Nachkriegsjahre zu erholen. Nachdem durch die Einführung der Rentenmark gegen Ende 1923 und im Zusammenhang damit durch die Lösung der Staatsschulden von der Notbremse der entscheidende Schritt getan war, ließ sich das ganze Ansehen der Währung, die in unserer Wirtschaft angedichtet war, erst voll übersehen und ebenso das ungeheure Maß an Aufräumungsarbeit, die geleistet werden mußte, um zu normalen Verhältnissen zurückgelangen. Es war die wichtige Lehre der Vergangenheit, daß diese Arbeit nur auf der Grundlage einer gelockerten Währung in Angriff genommen und durchgeführt werden konnte. Alle Anstrengungen mußten daher darauf gerichtet sein, die Rentenmark trotz aller Unvollkommenheiten als unveränderlichen Wertmesser zu erhalten und zwischen ihr und dem Geld nicht mehr durch Staatsbedürfnisse, aber durch die Erfordernisse der Wirtschaft in der Menge veränderlichen Reichsbankgeld (Papiermark) keine weitere Wertverschiebung eintreten zu lassen. Der Staat, der für seine Finanzsicherung nur noch auf Steuern und Zolleinnahmen angewiesen war, mußte mit größter Beschleunigung für den regelmäßigen Eingang dieser Einnahmen sorgen, während die Privatwirtschaft vor der Aufgabe stand, durch Umstellung ihrer Aktiva und Passiva und ihrer Einnahme- und Ausgabebestimmungen auf die stabile Währung den richtigen Überblick über ihr Vermögen, ihre Hilfsquellen und ihre Leistungsmöglichkeiten zu gewinnen. Den Zwecken des Staates diente die zweite Steuerreform mit ihrer Bestimmung über die Vorauszahlung der Steuern in kurzen Zwischenräumen, den Zwecken der Privatwirtschaft die Goldkassenverordnung und die dritte Steuerreformverordnung. Steuern und Zölle hatten im Herbst des Jahres 1923 noch nicht 1 Prozent der Ausgaben gedeckt; nun sollten sie den ganzen Reichsbedarf ausbringen. Es ist nicht zu verwundern, daß sich die Reichsfinanzverwaltung nach den Grundlagen aus der Inflationszeit kein einigermassen zutreffendes Bild über die Höhe der Einnahmen machen konnte. Tatsächlich gingen die Einnahmen über den Vorausschlag weit hinaus, nämlich um rund 1360 Millionen Mark in den ersten drei Quartalen des Budgetjahres (1. April bis 31. Dezember). Während so das Reich, die Länder und Gemeinden in die Lage kamen, das in der Inflationszeit angelegene Notgeld aus laufenden Einnahmen einzulösen und darüber hinaus erhebliche Guthabensposten anzusammeln, die nicht immer zweckmäßige Verwendung fanden, wirkte sich die Überbestimmung in der Privatwirtschaft als Produktionsverengung und Warenpreiserhöhung vielfach in einem Maße aus, das uns dem Anstände gegenüber wettbewerbsunfähig machte und unseren Export empfindlich drohte.

Die wiederholte Ermäßigung der Umsatzsteuer hat nur unzulänglich gewirkt, so daß es unabwendbare Notwendigkeit bleibt, die Wirtschaft durch Verminderung und zweckmäßige Verteilung der Steuerlasten sowie durch Vereinfachung der Steuervorschriften von untragbaren Fesseln zu befreien. Es ist dies um so notwendiger, als andere dauernde oder zeitweilige Einwirkungen, welche die Leistungsfähigkeit unserer Produktion hemmen, so rasch nicht zu beseitigen sind. Solange in einer weniger produzierenden Wirtschaft und einem weniger umsetzenden Handel die gleiche, ja höhere Anzahl von Beamten und Arbeitern als früher beschäftigt werden muß, bleiben die Herstellungskosten ungewöhnlich hoch. Der Gestehungspreis der Waren wird ferner ungünstig beeinflusst durch den hohen Kapitalzins, der sich aus dem Mißverhältnis der Kreditnachfrage zur Verarmung des Landes ergibt und durch willkürliche Einricke kaum nachteilig beeinflusst werden kann. Endlich muß die Wirtschaft alle Maßnahmen über sich ergehen lassen, die sich zum Schutze der Währungsstabilität als notwendig erweisen. Sehr einschneidend in dieser Hinsicht war die Kreditkautelenverordnung, die die Reichsbank am Schluß der ersten Aprilwoche 1924 verhängte, als ein starkes Anzeichen der Beanspruchung von Zahlungsmitteln und im Zusammenhang damit eine scharfe Kreditnachfrage der Währung gefährlich zu werden drohte. Die Reichsbank operierte damit dem höheren Zwecke die Möglichkeit, durch die Bemessung ihrer Diskontsätze die Zinssätze des Marktes zu beeinflussen.

Die Maßnahme veranlaßte eine wirtschaftliche Reizungskrise. Während die Zahl der Konkurse im ersten Vierteljahr 1924 sich auf 123 belief, stieg sie im zweiten auf 1061, im dritten sogar auf 2870, davon im Juli allein 1128, und erst das letzte Vierteljahr brachte den Rückgang auf 1999. Daneben hat eine sehr große Zahl sogenannter Geschäftsaufwachen, die als Überbleibsel der Kriegserlöse die Schuldner mehr schützten als seinen Gläubiger und daher als vertrauenswürdig baldigst abgeschafft werden sollten.

Wenn die Krise nach wenigen Monaten den Tiefpunkt erreicht und überschritten hat, so war das zum Teil der Goldkassenbank zu danken, die von der Reichsbank im April mit Unterstützung ausländischer Notenbanken und der deutschen Bankwelt zur Kreditvermehrung für die Exportindustrie ins Leben gerufen wurde. In der Hauptsache aber halfen die Handelskredite, welche das Ausland, namentlich England und Amerika, unserer Wirtschaft gewährten, seitdem das Dawes-Gutachten und das auf seiner Grundlage geschlossene Londoner Abkommen eine allgemeine politische Entspannung herbeiführten und dadurch der deutschen Wirtschaft bessere Zukunftsaussichten eröffneten. Diese Kredite in Verbindung mit der Ablösung von Devisen, in die sich das Publikum vor der Geldentwertung geflüchtet hatte, ermöglichten nicht nur die Bezahlung des Einfuhrüberschusses, sondern gestatteten der Reichsbank über die Valutainlagen aus der Dawes-Anleihe hinaus die Ansammlung einer durch die unmittelbare Notendeckung nicht erforderlichen Devisenreserve, die der neuen Reichsmarkwährung ein Vertrauen erworben hat, wie es sonst nach den Jahren der Inflation in so kurzer Zeit nicht erreichbar gewesen wäre. Die neue Währung, einer der wichtigsten Punkte des Londoner Abkommens, wurde durch das Inkrafttreten des Bankgesetzes am 13. Oktober eingeführt. Sie bildet den organischen Abschluß der mit der Rentenmark kinastig eingeleiteten und durch die Energie der Reichsbank so erfolgreich durchgeführten Heilung unseres Geldwesens.

Nicht so sichtbar wie auf dem Währungsgebiete ist der Erfolg unserer Gesamtwirtschaft im Übergang zu normalen Verhältnissen. Die Gütererzeugung ist immerhin erheblich gestiegen, der Inlandsbedarf ist gewachsen, und in unserer Ausfuhr von 6566 Millionen Mark zeigte erfreulicherweise der Januar mit 411 Millionen die niedrigste, der Dezember mit 799 Millionen die höchste Ziffer. In der so dringenden Modernisierung der Fabrikanlagen und der Rationalisierung der Betriebe sind Fortschritte gemacht worden, denen aber Geldmangel und soziale Rücksichten verhältnismäßig enge Grenzen setzten. Große und wichtige Erwerbszweige arbeiten noch immer ohne Gewinn, oft mit Verlust, weil die Gestehungskosten zu hoch sind oder der Absatz zu gering ist. Trennen uns bei der Ausfuhr noch mehr als 3½ Milliarden Mark vom Friedenstande, so hat sich ihm die Einfuhr mit 9316 Millionen bedenklich genähert. Die ungünstigen Ernten der beiden letzten Jahre haben zu dieser unzureichenden Entwicklung zweifellos viel beigetragen, aber auch der Umstand, daß unsere Warenpreise vielfach über dem Weltmarktsstande sich bewegten, hat die Einfuhr auch von Fertigfabrikaten gefördert, die im Lande hätten hergestellt werden können. Man wird in einem wirtschaftlichen Übergangsjahr, wie es das verflorenen war, diesen Umstand

nicht zu überschätzen brauchen, aber da die im Dawes-Plan vorgesehenen Zahlungen und ihre Ueberführung in Auslandswallets sich nur aus unseren zukünftigen Exportüberschüssen bewerkstelligen lassen, kommt der weiteren Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr entscheidende Bedeutung zu. Wenn die jetzt abgelaufene einseitige Meistbegünstigung durch billige Handelsverträge ersetzt wird, werden sich unsere Ausfuhrziffern hoffentlich fortwährend erhöhen. Dagegen wird man gegenüber der Einfuhr sich nicht auf das laizier faire, laizier passier zurückziehen dürfen. Daß es der heimischen Industrie gelingen wird, die gegenwärtig eingeführte Auslandsware auf dem inländischen Markte zu ersetzen, darf man wohl annehmen. Dagegen wird unsere Landwirtschaft kaum in der Lage sein, ohne wirksame Unterstützung sich so zu entfalten, daß die Einfuhr von Getreide, zum Teil auch von Futtermitteln, allmählich unnötig wird. Die technische Möglichkeit einer solchen Ertragssteigerung besteht durchaus. Die Verwirklichung ist lediglich ein finanzielles Problem, die Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel ein volkswirtschaftliches Interesse von größter Wichtigkeit. Die beabsichtigte Ueberleitung der Rentenbank in eine Kreditanstalt für die Landwirtschaft wäre ein erster bedeutungsvoller Schritt, durch den aber nur ein Teil der Gelderfordernisse gedeckt werden kann. Den besten Organisationen, Landwirtschaftsgenossenschaften und Hypothekendarlehen, bleibt daneben noch ein weites Arbeitsfeld für die Entwicklung des landwirtschaftlichen Kredits. Es ist für die Beantwortung der Kreditfähigkeit daher wichtig, für die Landwirtschaft überhaupt nicht mehr als auch für die anderen Erwerbstätigen, daß das Problem der Aufwertung so rasch wie möglich durch ein sorgsam ausgearbeitetes, klares und endgültiges Recht schaffendes Gesetz gelöst wird, ohne daß dadurch für unsere kaum im Beginn der Erholung stehende Wirtschaft untragbare, den Kredit schädigende Lasten entstehen.

Den Banken war durch den Umstand, daß sie durch die Inflation den größten Teil ihrer Substanz verloren hatten, die Erfüllung ihrer Aufgaben während des Übergangsjahres 1924 sehr erschwert. Sie sollten zur Befriedigung des unerlässlichen Kreditbedarfs Gelder aus dem In- und Ausland herbeschaffen, und sie sollten zugleich die Betriebskosten so ermäßigen, daß der Kundenschaft für Kredite und Umsätze billige Bedingungen gestellt werden konnten. Es war unmöglich, diesen Forderungen reallos zu genügen. Immerhin gelang es, die inländischen Einlagen stark zu steigern und so der Kundenschaft in ansehnlichen Umfang Kredit zu gewähren. Die Debitoren der 7 Berliner Großbanken betragen aber doch nur 1870 Millionen Reichsmark gegen 5016 Millionen Mark Ende 1913 (unter Berücksichtigung der seitherigen Fusionen); auch mit Einrechnung der im Jahre 1924 vermittelten Auslandsgelder reichen die zur Verfügung gestellten Kredite bei weitem nicht an die Friedensziffer heran.

In der Verbilligung des Kredits waren den Banken durch die Höhe ihrer Betriebskosten bestimmte Grenzen gesteckt: die Kreditbedingungen (Zins und Provision zusammen), die seitens 1924 etwa 20 Prozent betragen und während der Krisenmonate bis auf das Doppelte und darüber gestiegen waren, konnten im zweiten Halbjahre auf 16½ Prozent ermäßigt werden. Sie sind seitdem auf 14 Prozent gesunken. Möglichkeit und Ausmaß weiterer Verbilligung hängt von Ersparnis an Spesen, Steigerung des Umsatzes und Wiederschließung der früheren Gewinnquellen ab.

Das Emissionsgeschäft, das früher den Banken gute Erträge gebracht hat, konnte sich im abgelaufenen Jahre nur wenig entwickeln, da die Sparkraft noch zu gering ist, um betragsreiche Beträge neuer festverzinslicher Werte oder Aktien aufzunehmen. Auch das Börsen-Kommissionsgeschäft war keines im Gewicht fallenden Ertrags ab. Die überschriebenen Gebühren und Stempel sowie die Teuerung des Leihgeldes schränken den Umsatz sehr ein. Wichtige politische Vorgänge oder Überraschungen durch manche Goldmarkbilanzen hatten nur gelegentliches Auflockerern zur Folge.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 24. November 1924 hat die Umstellung unserer Aktienkapitals auf 150 Millionen Reichsmark und die Ausstattung der Reserve mit 50 Millionen Reichsmark beschlossen. Hiervon haben wir Aktien im Nennbetrag von 40 Millionen Reichsmark, die uns aus der letzten Kapitalerhöhung noch zur Verfügung standen, an ein ausländisches Konsortium verkauft, das die Marktschließung im Auslande zu gelegener Zeit beabsichtigt.

Noch vor Abschluß des Geschäftsjahres haben wir die Fusion mit der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart durchgeführt, deren Aktien sich zum größten Teil als dauernde Beteiligung bereits in unserem Besitze befanden. Die Württembergische Vereinsbank besaß ein Kapital von Pap.-M. 200.000.000; für Pap.-M. 12.000 ihrer Aktien haben wir 300 Aktien der Deutschen Bank gewährt. Wir benötigten zu diesem Umtausche rund RM 1.863.000 unserer Aktien, die zu unserer Verfügung standen.

Im neuen Geschäftsjahre haben wir mit der Essener Credit-Anstalt sowie mit der Siegener Bank Fusionen abgeschlossen. Die Essener Credit-Anstalt hatte ihr Kapital auf 14 Millionen Reichsmark umgestellt und eine Erhöhung auf 21 Millionen Reichsmark durch Ausgabe neuer Aktien durchgeführt. Die Siegener Bank hatte ihr Kapital auf RM 800.000 umgestellt und dann um weitere RM 800.000 (mit 50 Prozent Einzahlung) erhöht. Für 30 RM 300 Deutsche Bank Aktien tauschen wir RM 600 Essener Credit-Anstalt oder Siegener Bank Aktien ein. Die Genehmigung der Fusion durch die Generalversammlung der Essener Credit-Anstalt ist erfolgt, die Siegener Bank wird den Fusionsvertrag ihrerseits am 28. April d. J. einberufenen Generalversammlung zur Genehmigung vorlegen. Da vom Kapital der Essener Credit-Anstalt der größte Teil, von demjenigen der Siegener Bank ein kleinerer Betrag sich bereits unter unseren dauernden Beteiligungen befindet, benötigen wir für diese Fusionen nur rund RM 7.500.000 unserer Aktien, die uns von Freunden zu beschaffen möglich ist, so daß wir von einer Kapitalerhöhung absehen können. Die Essener Credit-Anstalt bringt uns neue Niederlassungen an 25 Plätzen des industriereichsten Gebietes Deutschlands, an denen wir bisher nicht vertreten waren.

Die Deutsche Bank hatte nach der Fusion mit der Württembergischen Vereinsbank am 31. Dezember 1924 Niederlassungen an 168 Plätzen. Daneben wurden 103 Stadt-Depositenkassen, davon 39 in Berlin, unterhalten. Die Aufnahme der Essener Credit-Anstalt bringt die Zahl der Niederlassungen auf 193.

Im Laufe des Berichtsjahres haben wir einige kleine Zweigstellen und Depositenkassen geschlossen, weil Ertrag und Umsatz zeigten, daß ein wirtschaftliches Bedürfnis für die Aufrechterhaltung der Stellen nicht vorlag.

Unsere Filialen haben befriedigend gearbeitet. Unsere Filiale Amsterdam ist uns bei den noch ungeklärten Kreditverhältnissen des Berichtsjahres durch ihr Wirken im Auslandsgeschäft besonders wertvoll gewesen und hat sich unseren Erwartungen entsprechend weiterentwickelt.

Die Filiale Konstantinopel hat neben der weiteren Abwicklung von schwebenden Geschäften ihre Dienste Industrie und Handel für die Anbahnung und Durchführung neuer Geschäfte in der Türkei zur Verfügung stellen können. Unsere Filiale in Sofia hat sich im vergangenen Jahr mit Erfolg ihrer

Aufgabe zu widmen vermocht und hat insbesondere in der Finanzierung des deutschen Außenhandels mit Bulgarien Nützlich geleistet.

Die Liquidation unserer Londoner Filiale steht, insofern wir uns an derselben beteiligen konnten, namentlich vor ihrem Abschluß, während sich die Abwicklung unserer Brüsseler Filiale beiderseitigerweise noch immer hinzieht.

Die Deutsche Overseasische Bank war in der Lage, ihr Kapital unvermindert in Gold zu erhalten, und hat im Berichtsjahre befriedigend gearbeitet.

Während unser Gesamtumsatz mit 88,36 Milliarden Reichsmark unter Berücksichtigung der Fusionen 54 Prozent des Umsatzes im Jahre 1913 betrug, ist der Wertpapierumsatz nur mit ungefähr 15 Prozent der Vergleichsziffer zu veranschlagen. Die Zahl der Einzelposten, aus denen er sich zusammensetzt, übersteigt aber diejenige des Jahres 1913.

Mit 260.788 am Jahreschluß in ihren Büchern geführten Konten knüpft die Deutsche Bank an den Kontenbestand an, der im Jahre 1913 vor Aufnahme der Bergisch-Märkischen Bank zu verzeichnen war (289.709).

Die Zahl der Angestellten der Bank einschließlich der inwärtigen von uns aufgenommenen Institute stellte sich am 31. Dezember 1913 auf 9887, hat ihre Höchstzahl im Jahre 1923 mit 37.000 Angestellten erreicht und ist von da ab bis Ende 1923 auf 35.868 und bis Ende 1924 auf 15.699 abgebaut worden. Sie betrug also am Ende des Geschäftsjahres noch fast das Doppelte des Personalbestandes vor dem Kriege. Die drückende Last der Handlungsunkosten, unter der die Personalunkosten annähernd 80 Prozent ausmachen, macht es uns zur Pflicht, den Abbau fortzusetzen. Leider vermehren sich keineswegs dem Abbau entsprechende die persönlichen Unkosten. Denn trotz der Verminderung des Personalbestandes um mehr als 48 Prozent im Geschäftsjahre haben sich die Personalunkosten nur um wenig mehr als 17 Prozent gesenkt. Sie betragen noch heute mehr als das Doppelte des Friedens.

Die Bezüge der Tarifangestellten wurden im Laufe des Berichtsjahres viermal herabgesetzt. Das Gesamtmaß dieser Erhöhungen schwankte in den verschiedenen Gruppen und Dienstjahren zwischen 26 und 41 Prozent und stellte sich im Durchschnitt auf etwa 31 Prozent.

Mit dem Abbau muß gleichzeitig auch die Verbilligung des Betriebes durch Einführung von Maschinen weiter durchgeführt werden.

Die im vergangenen Jahr begonnene Versetzung älterer Beamten in den Ruhestand wurde im Geschäftsjahre fortgesetzt. Die bewilligten Pensionen stellten sich am Schluß des Geschäftsjahres auf circa das Achtefache im Frieden und betragen jetzt das Zehnfache davon.

Unsere Wohlfahrts-Einrichtungen haben wir im Geschäftsjahre weiter ausgebaut. Das „Arthur von Gwinner Erholungsheim“ in Coputh ist von den Beamten stark in Anspruch genommen worden. In den Erholungsheimen „Johannesberg“ und „Sollin“ sind 687 Beamte an 13.144 Verpflegungstagen kostenlos untergebracht worden. Außerdem haben in den Wintermonaten in „Johannesberg“ etwa 350 Kinder unserer Beamten Aufnahme gefunden. Die Ehen unseres Herrn Maszkewitz haben uns ein als Sportplatz hergerichtete Gelände in Mariendorf als „Paul-Maszkewitz-Stiftung“ zur Verfügung gestellt.

Herr Holmanns 1421 als „Heimemann-Stiftung“ ein Ufergrundstück in Rahnsdorf für den Wassersport der Beamten anbaue.

Den Spendern sprechen wir auch an dieser Stelle unseren tiefempfundenen Dank aus.

Zu den einzelnen Positionen unserer Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung bemerken wir:

Die Vorschüsse auf Waren und Warenverpackungen umfassen nur Rembourskredite für die Warenlieferung.

Unter Reporta und Lombard-Vorschüsse sind lediglich die börsenmäßig gezogen Wertpapiere geborenen Darlehen verbucht.

Die Veränderung in der Summe der Dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen gegenüber der Goldmark-Eröffnungsbilanz ist einerseits durch die Fusion mit der Württembergischen Vereinsbank, andererseits durch Uebernahme junger Aktien der Rheinischen Creditbank, von Aktien der Goldkassenbank und anderer Banken verursacht.

Von unseren Beteiligungen sind RM 31.961.466 in deutscher Währung und RM 26.294.169 in fremder Währung geleistet.

Die Kassen Bankgebäude und sonstiger Grundbesitz haben durch die Uebernahme der Württembergischen Vereinsbank eine Erhöhung erfahren. Wir besaßen am Jahreschluß 145 Bankgebäude an 123 Plätzen.

Der Jahresertrag aus dem Vermögen des Dr. Georg von Siemens Wohlfahrtsfonds wurde bestimmungsgemäß zur Unterstützung und Beihilfen verwendet. Wir beantragten, diesem Fonds aus unserem Gewinn 1½ Millionen Reichsmark zur Verstärkung zuzuwenden.

In der Gewinn- und Verlust-Rechnung haben wir die Einnahmen aus Zinsen und Gebühren in einer Summe ausgewiesen, weil nur der kleinere Teil der Gebühren aus Umsatz-, Vermittlungs- oder Akzent-Provisionen besteht, der weitaus überwiegende Betrag dagegen Zinnschläge, die in Provisionsform berechnet wurden, darstellt.

Nach Vorahme der Abschreibungen auf Einrichtung, Bankgebäude und sonstiger Grundbesitz von insgesamt RM 4.436.852,07 beläuft sich das Ertrags- und Verlust-Rechnungsjahr 1924 auf RM 18.738.995,69. Hiervon erhalten zunächst die Aktionäre 5 % Dividende auf RM 110.000.000,— (nach § 33b der Satzungen) ... 4.400.000,—

Von den verbleibenden ... RM 14.338.995,69

beantragen wir, der Reserve ... RM 3.000.000,—

dem Dr. Georg von Siemens-Wohlfahrtsfonds ... 1.800.000,— ... 6.500.000,—

zu überweisen.

Von dem übrighleibenden Betrage von ... RM 7.838.995,69

abzüglich RM 762.221,49 Vortrag auf neue Rechnung

erhält (nach § 33d der Satzungen) der Aufsichtsrat ... 496.774,20

Wir schlagen vor, von den restlichen ... RM 7.362.221,49

6 % Superdividende auf RM 110.000.000,— mit ... 6.600.000,—

zu verteilen und den Ueberschuß von ... RM 762.221,49

auf neue Rechnung vorzutragen.

Es würde demnach erhalten:

Jede Aktie von nom. RM. 60.— RM. 6.—

„ „ „ „ 100.— „ 10.—

„ „ „ „ 120.— „ 12.—

„ „ „ „ 500.— „ 50.—

— 10 % Dividende.

Berlin, im März 1925.

Der Vorstand der Deutschen Bank

A. Billig S. Fehr C. Michalowsky P. Millington-Herrmann

O. Schlüter G. Schröder E. G. von Stauff O. Wassermann

Weine u. Spirituosen * Ausnahmeangebot!

Solange Vorrat reicht, daher Angebot vollständig freibleibend! Lieferung in Groß-Berlin frei Haus!

Jedes Quantum wird abgegeben!

1. Mosel-, Rhein- und Pfalzweine pro Flasche 1921er Jahrgang laut Preisliste 3.10-4.50
2. Mosel- u. Rheinweine, 1922er . . 1.35-1.95
Es handelt sich um besonders edle Weine, und zwar Wachstümer Orleansal-Kelter-Abfüllungen!
3. Piesporter Goldtröpfchen 1922er . . 1.45
Abgabe nur in geschlossenen Kisten à 50 Flaschen
4. Malaga, feiner alter 1.45
5. Malaga, golden, 4jährig 2.30
6. Portwein, extra feiner alter 2.45
(Original-Abfüllung)

Sämtliche Preise verstehen sich inklusive Glas u. Steuer. Bei Abnahme großer Quantitäten Sonder-Vergünstigungen!

Deutscher Weinbrand 3.95

Sämtliche Edel-Liköre 3.95

einclusive Glas und südtürkischer Getränkesteuer.

E. Niebuhr

Wein- und Spirituosen-Großhandlung

Berlin O. 34, Frankfurter Allee 331

Kein offenes Ladengeschäft. Kontor 1 Treppe.

Kantinen, Betriebsräten usw. Extra-Rabatte!

Fernruf: Alexandër 8332. Telegr.-Adresse: Mosellikör Berlin.

Geschäftszeit: Von 8 Uhr vormittags bis 7½ Uhr abends.

Versand nach auswärts nur gegen Voreinsendung des Betrages auf mein Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 103 854 oder Bankkonto Commerz- und Privatbank, Depositen-Kassa T, Frankfurter Allee 30, Berlin O. 34.

Weißweine f. Bowlenzwecke geeg. pr. Fl. 0.95 M.

Obstschaumweine pr. Fl. 1.45 M.

Deutsche Schaumweine

Kurpfalz Rießling . . . pr. Fl. 3.75 M.

Kurpfalz Kabinett . . . „ 4.75 M.

Kurpfalz Edelgewächse „ „ 5.75 M.

Die Preise verstehen sich inkl. Glas, exkl. Steuer.

Zigarrenabgabe

von 100 Stück zu Fabrikpreisen

von 5.25 Mk. an

bis 20.— Mark pro 100 Stück

Massenbedarf und Unternehmerpolitik.

Erhebungen über den Warenhunger der Arbeiterhaushaltungen.

Gäbe es einen wirtschaftlichen Staatsgerichtshof, vor dem die deutschen Unternehmer-Rechnenschaft geben müßten über die Politik in der Inflationszeit, das Urteil dieses Staatsgerichtshofes müßte vernichtend sein. Aber ist es anders geworden mit der Wirtschaftspolitik der Unternehmer seit dem Katastrophenherbst 1923, seit die Inflationswirtschaft beseitigt, die Reparationsfragen in ein System gebracht und die volkswirtschaftliche Handlungsfreiheit Deutschlands wiederhergestellt sind?

Lassen wir die Tatsachen sprechen, wie sie heute liegen. Das Ausland wie das Inland hat die Antwort gegeben, die auf die Zoll-, Steuer- und Sozialpolitik der deutschen Unternehmer kommen mußte. Das Ausland, selbst mit Produktions- und Verkehrsanlagen mächtig überlegt und seinerseits auf Ausfuhr angewiesen, sieht die Unfähigkeit und den schlechten Willen der deutschen Unternehmer, den deutschen Inlandsmarkt wieder aufzubauen, und schließt, bedroht auf seinen eigenen Märkten, seine Grenzen zu. Die ausländische Spekulation der Metalle und Wollmärkte, die das Wiederaufblühen Deutschlands und Mitteleuropas erwartet und riesige Vorkäufe durchgeführt hat, sieht ihre Erwartungen betrogen und läßt unter schweren Verlusten die Märkte zusammenbrechen. Den amerikanischen Kreditgebern der deutschen Wirtschaft haben die Schutzollabsichten der deutschen Unternehmer und die überlange Zielverweigerung der deutschen Exporteure den Gedanken nahegelegt, daß die Kredite an die deutsche Wirtschaft doch ein schlechtes Geschäft zu sein scheinen und daß man die Kredite stoppen müsse. Im Inland ist die deutsche Kohlenindustrie heute in Angst darum, daß die Alliierten ihr eines Tages die Reparationsloshole nicht mehr abnehmen und ihr nicht niedrigere Inlandspreise diktieren könnten. Die deutsche Montan- und Stahlindustrie ist glücklich, daß sie aus den durch den Friedensvertrag verlorenen oder vorläufig abgetrennten Gebieten nichts hereinzunehmen braucht. Die deutsche Textilindustrie hat ihre goldenen Zeiten längst hinter sich und steht vor einer schweren Krise. Der deutsche Baumarkt kann und kann nicht in Bewegung kommen. Die deutsche Landwirtschaft endlich verharret, wenn die amtliche Statistik glaubwürdig ist, in der Stagnation extensiver Wirtschaft. Dabei schreit in Deutschland ein

ungeheurer Bedarf

nach Befriedigung und wartet auf die Politik, die ihn zur Nachfrage macht.

Reich, Staaten und Gemeinden haben den Vorkriegsstand der Staats- und Gemeindeforderungen auf allen Gebieten ihrer sozialen, vornehmenden, bildenden, vermittelnden und wirtschaftlichen Tätigkeit für die Gesamtheit noch lange nicht erreicht. Trügerische Milliardenüberschüsse, hervorgerufen aus der gewalttätigen Tiefhaltung der öffentlichen Ausgaben und erprecht aus unfinanzierter Befastung des Arbeitseinkommens und des Massenverbrauchs, werden nicht produktiven öffentlichen Zwecken zugeführt oder für die Reparationslastentilgung reserviert, sondern stehen als Ruhrkriegs-, entschädigung- oder Subventionen in die Industrie, wo sie den Umsatzhunger vermehren müssen, statt ihn zu befriedigen. Währenddessen warten hunderttausende öffentlichen Beamten und Arbeiter, eingeschüchtert durch eine Abbaumaschine, die Raubbau am Gebäude des Staates und der öffentlichen Unternehmungen ist, und müde gemacht durch eine Sparpolitik, die Kräfte zerstört und Güter verschwendet, wo sie zu sparen meint, warten Millionen proletarischer Rentner darauf, neben der Fritzung ihrer nackten Existenz die weiten Lücken in ihrem Haushalt wieder zu schließen, die Krieg und Inflation gerissen haben.

In den zehn Millionen Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der industriellen Arbeitnehmer herrscht bitterste Not. So bitter und mit Händen greifbar ist, daß von ihr zu sprechen schon zu einer billigen Phrase zu werden droht. Das Schmieröl, das eine Maschine braucht, damit sie die Voger nicht warm laufen, wird vom Unternehmer mit größter Sorgfalt erspart, wenn es aufgebraucht ist. Seinen Arbeitern und Angestellten garantiert er nicht den Lohn, der zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendig ist. Die Anzahl von Touren, die eine Maschine laufen darf, damit sie sich nicht vorzeitig abnutzt, wird genauestens kalkuliert. Aus seinem Arbeiter und Angestellten aber kann der Unternehmer nicht genügend Arbeitszeit herauspressen. Sein Werksverhaltenskonto, sein Abfertigungskonto stattdessen der Unternehmer jährlich mit reichlichen Reserven aus, damit der Erfolg für den erfolglosen Verscheitelt zeitig zur Hand ist. Seinen Angestellten und Arbeitern verweigert er die Möglichkeit zu Ersparnissen, um die notwendigsten Anschaffungen zum Erwerb der verschuldeten und verbrauchten Möbel, Kleider, Wäsche und Schuhe machen zu können. Die Arbeiter und Angestellten, ihre Frauen und Kinder müssen sich mit der notdürftigsten Hülle begnügen. Der Unternehmer hat seine Fabrikgebäude renoviert oder neu gebaut, mit dem Gelde der zerstörten Hypotheken und Obligationen. Heute fehlt für reichlich eine Million arbeitender Menschen dieses und das bei normaler Wirtschaft weiterhin ersparte Geld zum Wohnungsbau, und diese Million kampiert in Baracken, Kellern und Mansarden, in verfallenden Häusern und Wohnungen, die überfüllt und gesundheitsgefährlich sind. Die Inflationszeit war für den Unternehmer die Zeit großartiger Betriebsvergrößerungen und Betriebsverbesserungen, für die Millionen Angestellte und Arbeiter die Zeit der Zerstörung ihres Hausrats und ihrer Rospennige. Heute, wo die Währung stabil ist und zur Ausfüllung der Lücken im Hausrat und auf der hohen Rante für Rot- und Krankheitszeiten gespart werden müßte, gewährt die Lohnpolitik der Unternehmer kaum das Leben von einem Tag zum anderen; ihre Steuer-, Zoll- und Kartellpolitik fürzt die Kaufkraft des Weniigen nochmals um die Verteuerung aller Preise. Ein gar nicht abzusehender Bedarf wartet in diesen 10, 12, 15 Millionen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushalten auf seine Befriedigung. Das sind die Tatsachen! — Was ist denn

das Problem des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft?

Da stehen die deutschen Unternehmungen, eingerichtet auf eine Produktion, die um 30, 40 Proz höher ist als die Vorkriegsproduktion. Auf der anderen Seite steht der tatsächliche Massenverbrauch, der um 20, 30 Proz niedriger ist als in der Vorkriegszeit. Die Goldbilanzen haben den Wert der Unternehmungen herabgesetzt auf dasjenige Geldkapital, das aus der heute noch vorhandenen Kaufkraft des Konsums verzinst werden kann. Das Ausland gibt die Kredite, damit der deutsche Inlandsmarkt wieder aufgebaut und fruchtbar gemacht werden kann auch für den Gütertausch mit dem Ausland. Die deutschen Unternehmer hätten die Auslandskredite zu nehmen, mit aller Sorgfalt zwar, aber sozial als möglich, ihre Betriebe zu rationalisieren, damit die Selbstkosten sinken, die Böhne und Gehälter zu erhöhen, damit mehr verbraucht werden kann, den Massenverbrauch von Steuern und Zöllen möglichst zu entlasten, damit die Kaufkraft der Löhne und Gehälter möglichst hoch, in den Staatsausgaben keine toten Kosten sind und vor allem keine Schutzollpolitik zu treiben, damit die Inlandskaufkraft voll der Inlandsproduktion zugute kommt und der Austausch zwischen den Völkern möglichst intensiv und wirtschaftlich ist. Dann könnte im Inland gespart werden. Die Kapitalbildung käme, weil die arbeitenden Massen sparen können, durch den massenhaft gesteigerten Umsatz auch bei den Unternehmungen in Fluß. Das Sanierungsproblem der deutschen Wirtschaft wäre gelöst, und der vollständige Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nur mehr eine Frage der Zeit. Das alles ist längst Gemeingut aller Einsichtigen in Deutschland, längst Gegenstand der Forderungen der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Wie aber handeln die Unternehmer?

Als ob sie in der Hauswirtschaft des frühen Mittelalters ständen, in der jeder für sich zu sorgen hat, und nicht in der fortgeschrittenen kapitalistischen Volkswirtschaft, wo das Auskommen aller allein das Auskommen der privatkapitalistischen Unternehmungen gewährleisten kann. Als ob sie in der antiken Sklavenwirtschaft ständen, wo der arbeitende Sklave eine Last war, die man im Ausmaß ihres Nutzens am Leben erhielt oder zugrundegehen ließ, nicht aber im Jahrhundert des Hochkapitalismus, wo der körperliche und geistige Hochstand der arbeitenden Massen über die Konkurrenz und Leistungsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften und damit der Privatunternehmer der einzelnen Völker entscheidet. Während Professor Aereboe und Professor Sering, früher die Herren der Agrarierkongresse und Verfechter der landwirtschaftlichen Schutzölle, heute ein über das andere Mal der eine aus betriebs-, der andere aus volkswirtschaftlichen Gründen, sich gegen den Agrarerschutz erklären, während in der Industrie, in den Banken, im Inlands- und Auslandshandel die Stimmen gegen die Einfuhrölle sich häufen, besiegeln die Montanindustrie und die Bandundorganisations ihr gegenseitiges Bündnis zur Verteuerung des nackten Lebens im Inland und zur Schaffung einer deutschen Dumpingkonkurrenz im Ausland. Die Kaufkraft des Inlands, die für den deutschen Produktionsapparat ohnehin zu gering ist, wird noch weiter verringert, in der illusionären Hoffnung auf Mehrgewinne aus dem Inland bei den Agrariern, aus dem Ausland bei der Montanindustrie. Die deutsche Arbeiterklasse kann nicht hoffen, daß der alles gesellschaftlichen Dements dare Unternehmervorstand vernünftigen Gründen zugänglich ist.

Was im Arbeiterhaushalt fehlt.

Wir wollen einmal den ungeheuren Bedarf zahlenmäßig nachweisen, der in den vielen Millionen deutscher Arbeiterhaushalte vorliegt und der nur mobilisiert zu werden braucht, um die deutsche Volkswirtschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit gesund zu machen. Die Zahlen entstammen einer größeren Umfrage vom Februar 1925 im Freistaat Hessen. Die zehn Arbeiterhaushalte, die wir zugrunde legen, betreffen die ersten zehn Fragebogen der Umfrage. Sie sind in einer Arbeiterstadt des Industriegebietes zwischen Mainz und Frankfurt aufgenommen. Die Wohnungsverhältnisse bei den zehn Arbeiterfamilien sind besonders günstig, weil 6 von den 10 Familien in eigenen Häusern wohnen. Es handelt sich um Haushaltungen, die schon 1914 bestanden und deshalb einen Vergleich mit der Vorkriegszeit zulassen. Auch handelt es sich um besonders sorgfältig geführte Haushaltungen. Die Zahlen sind also günstiger, als sie für den Durchschnitt der Arbeiterhaushaltungen angenommen werden können.

Die zehn Ehemänner und Väter sind 2 Schreiner, 2 Eisenbahnarbeiter und je ein Bildhauer, Schmied, Metallschleifer, Hilfs-, Fabrik- und Lagerarbeiter. Unter Abzug der Lohnsteuer, der Sozialversicherungs- und Organisationsbeiträge hatten sie 1914 insgesamt einen Wochenverdienst von 379,80 Mark, im Durchschnitt 37,98 Mark. Sie verdienen heute insgesamt 312,50 Mark, im Durchschnitt 31,25 Mark. Ersparnisse hatten sie 1914 insgesamt 6900 Mark, im Durchschnitt 690 Mark. Heute betragen die Ersparnisse bei allen zehn 0 Mark. 1914 mußte von den 10 Ehefrauen und Müttern keine mitverdienen, heute müssen es vier, zwei als Büglerinnen, eine als Provisionsreisende, eine als Fabrikarbeiterin. Die zehn Ehepaare hatten 1914 33 Kinder, 28 unter 12 und 5 über 12 Jahre. Sie haben heute 36, 13 unter 12 und 23 über 12 Jahre. Die zehn Ehepaare (außerdem ein Schwiegerelternpaar) und die 33 Kinder, zusammen 55 Personen, wohnen 1914 in 26 Zimmern und 3 Kammern. Heute wohnen 58 Personen, obwohl die Mehrzahl der Kinder jetzt im Pubertäts- und mannbareren Alter steht, in den gleichen Räumen. Absolut notwendig wären heute gegenüber 1914 6 Zimmer und zwei ganz neue Wohnungen.

Im Vergleich mit 1914, damit wieder von einem einigermaßen erträglichen Zustand der Haushaltungen gesprochen werden kann, fehlen heute in den zehn Haushalten und sind als notwendigster Bedarf angegeben:

Zum Schlafen: 12 Bettgestelle und Matrosen, 34 Leintücher, 54 Bettbezüge, 68 Kopfkissenbezüge, 39 Bettdecken, 28 Kopfkissen, 18 Federbetten. Die Zahlen zweier Haushaltungen fehlen, weil der Bedarf nur in Prozenten des gegenwärtigen Vorkriegsstandes angegeben wurde.

In der Küche: 33 Töpfe, 59 Teller, 60 Tassen, 44 Paar Bestecke (hier haben vier Haushaltungen Prozentzahlen angegeben). Außerdem Wannen, Spülhülsen, Eimer und Küchenschälmaschinen.

Zum Wohnen: 9 Schränke, 4 Nachtschische, 14 Stühle, 2 Sofas, 31 Paar Vorhänge, 7 Bettvorlagen, 2 Laufer, je 1 Tisch, Kammode, Waschtisch.

An Männerkleidung: 8 Mäntel, 13 Anzüge, 28 Hemden, 30 Unterhosen, 25 Paar Socken, 4 Unterjacken, 15 Paar Strümpfe, 14 Weststanzengänge.

An Frauenkleidung: 5 Mäntel, 9 Straßkleider, 4 Hauskleider, 22 Hemden, 16 Unterhosen, 15 Paar Strümpfe, 2 Unterjacken, 16 Paar Schuhe.

An Kinderkleidung: 24 Knabenanzüge und Kleider, 3 Mäntel, 53 Hemden, 50 Unterhosen, 46 Paar Strümpfe, 34 Paar Schuhe (in 2 Haushalten nur Prozentzahlen).

Das ist der notwendige Bedarf in zehn Arbeiterhaushaltungen, für den jede Beschaffungsmöglichkeit heute fehlt. Man multipliziert diesen notwendigen Bedarf mit einer Million und frage sich, was die Befriedigung eines solchen Bedarfs für die deutsche Industrie bedeuten würde. Und zwar für die ganze deutsche Industrie und selbstverständlich auch für die deutsche Landwirtschaft. Hier liegt die motorische Kraft für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, für die Bildung von Neukapital in der deutschen Wirtschaft. Und die angegebenen Zahlen halten Stand. Wie für die zehn Arbeiterhaushalte aus einer Stadt, stehen die Zahlen aus zahlreichen anderen Arbeiterhaushalten von sieben anderen Städten Hessens zur Verfügung. Sie ergeben alle das gleiche Bild, das Bild von der Not der arbeitenden Massen Deutschlands, das Bild, das die Politik der deutschen Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften schon immer deutlich vor Augen gehabt hat. Nicht aber die Politik der deutschen Unternehmer. Dasselbe Bild, das auch Fritz Ebert vor Augen gehabt hat, wenn er dem sozialen Gedanken der demokratischen Republik sein Leben widmete. Das Bild, das Otto Braun als preußischer Ministerpräsident Jahre hindurch erfüllte und das er heute nur um so stärker in sich trägt. Ein Bild, das kein Unternehmer und auch kein Reichspräsident der Unternehmer in sich tragen kann.

Dieses Bild aber, trägt man es in sich, erzwingt vernünftige Wirtschaftspolitik. Wer es nicht in sich trägt, dessen Politik wird notwendig falsch. So ist auch der Wahlkampf um den neuen Reichspräsidenten viel mehr, als er scheint. Er ist nicht der Kampf zweier an sich vernünftiger, nur durch die Interessenlage verfehlter geförderter Regierungsprinzipien, sondern der Kampf darum, ob greifbare Torheit und Katastrophenspolitik oder Vernunft und rationeller Aufbauwille in Deutschland herrschen soll. Weiter aber liegt nicht bei den deutschen Unternehmern, er liegt bei den deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten. Darum, und nur darum, liegt er nicht bei Jarres, sondern bei Otto Braun.

Der deutsche Außenhandel im Februar.

Der erschreckend hohe Einfuhrüberschuß im Monat Januar — er betrug für diesen Monat rund 675 Millionen Goldmark — hat sich im Februar beträchtlich verringert. Es wurden insgesamt für 631,4 Millionen Mark Waren ausgeführt und für 1124,7 Millionen Mark Ware aus dem Ausland importiert. Der Einfuhrüberschuß beträgt demnach im Februar 493,3 Millionen Mark. Rechnet man von diesen Zahlen die Ein- und Ausfuhr an Gold und Silber ab, so ergibt sich ein Warenexport im Werte von 629,8 Millionen, eine Wareneinfuhr von 1071,1 Millionen Mark. Im reinen Warenverkehr ist demnach ein Einfuhrüberschuß von 242,3 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Passivität der Handelsbilanz ist also nicht mehr so groß wie im Januar, sie beträgt jedoch noch immer rund 40 Prozent des gesamten Einfuhrwertes. Es ist daher notwendig, die deutsche Wareneinfuhr ganz beträchtlich zu steigern. Bisher scheiterte das hauptsächlich an der Preissteigerung. Würden jetzt nach den Absichten des Reichsstatistikbrosche hohe Schutzölle eingeführt, die die Rohstoffe und Halbfabrikate stark verteuern, so ist die notwendige Steigerung des Exports nicht zu erreichen. Die hohen Preise der Industrie sind aber zu einem erheblichen Teil eine zwangsläufige Folge davon, daß die industriellen Werke nur unzureichend beschäftigt sind, weil die Kaufkraft der breiten Massen nicht ausreicht, um einen großen Warenabnah zu ermöglichen. Die Stärkung der Konsumkraft der breiten Massen ist also eine Vorbedingung der Leistungs- und damit der Exportfähigkeit der Industrie.

Auf die einzelnen Warengruppen verteilt sich die Einfuhr von Waren nach und der Export aus Deutschland dem Werte nach folgendermaßen:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Jan. 1925	Febr. 1925	Jan. 1925	Febr. 1925
	in Millionen R.M.			
Lebende Tiere	7,0	8,1	2,4	1,7
Lebensmittel und Getränke	349,4	317,0	47,7	47,8
Rohstoffe u. halbfert. Waren	678,2	584,1	129,7	99,5
Fertige Waren	255,9	168,9	513,9	450,8
Reiner Warenverkehr	1262,5	1071,2	695,6	629,8
Gold und Silber ¹⁾	89,6	58,5	1,8	1,6
Zusammen	1352,1	1124,7	697,4	631,4

¹⁾ Nicht bearbeitet. Gold- und Silbermünzen.

Der Rückgang der Ein- und Ausfuhr erstreckt sich auf fast alle Warengruppen. Beachtlich ist jedoch dabei, daß die Einfuhr von Fertigwaren besonders stark, nämlich um 92 Millionen Mark zurückgegangen ist. Das liegt daran, daß die zollfreie Einfuhr von Waren aus Elsass-Lothringen aufgehört hat. Wesentlich weniger als der Import ist der Export von Fertigwaren zurückgegangen. Dieser verminderte sich lediglich um 35 Millionen Mark.

Das bewährte Treibmittel

für jeden Kuchen, wenn er vortrefflich sein soll, ist und bleibt Mondamin-Backpulver. Ein feuchtes Backpulver wird immer versagen. Aber wenn Sie Mondamin-Backpulver trocken aufbewahren, so geben Ihnen auch lange liegende Pulver die Garantie des Gelingens. Der Kuchen wird locker und bekömmlich und kein Mensch ahnt, dass es ein Pulverkuchen ist. Darin liegt der Wert des

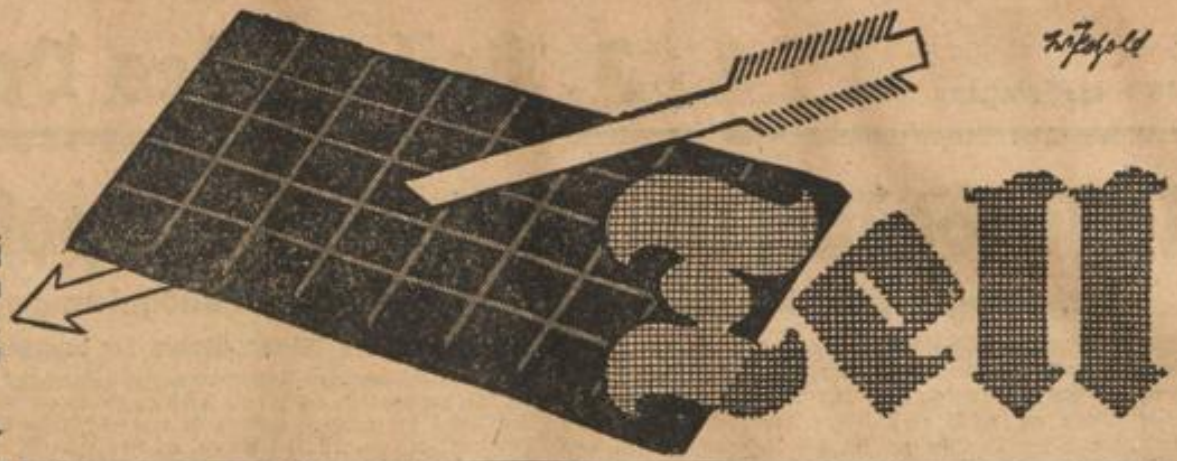
MONDAMIN-BACKPULVER

ohne Pulvergeschmack

3 Tropfen **Kaoli**

Metall-Oel-Politur
besser als Putzwasser

F. Feld



... und was kein Verstand der Verständigen sieht, das übet in Einfall ein
findlich Gemüt... „Teu-Schokolade“ ist der ansprechende Liebling der Kinder! Inkontinenz
fühlen sie den reichen Nährwert, den ledernen Geschmack, die vorzügliche Bestimmtheit...
Diesem Instinkt hat die Wissenschaft recht gegeben, denn sie hat einwandfrei festgestellt, daß „Teu-
Schokolade“ viel nahrhafter wie Fleisch ist. Man achte aber auf die Marke „Teu-Schokolade“ des
Gartwig & Vogel A.-G., Dresden

Generalvertretung u. Fabriklager: Besser & Müller, Berlin S. 61, Bärwaldstr. 69.
Telegraf: Amt Moritzplatz 9651.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
12 Uhr: Sinfonie-
Mittagskonzert
7 1/2 Uhr: Sinf.-Konz.
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Der Barbier
von Sevilla
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Charleys Tante
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Der Widerspen-
stigen Zähmung
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Segel am
Horizont
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr:
Die heilige Johanna
Kammerspiele
7 1/2 Uhr:
Sechs Personen
suchen
einen Autor
Die Komödie
Karlshofen 116/117
8 Uhr:
Der Krampus
Lauer, J. & Klempner Str.
8 Uhr: Heimliche
Brautfahrt
Komödienhaus
8 Uhr: HAREM
Berliner Theater
7 30 Uhr:
Anneliese v. Dessau

Rose-Theater
Graupenmüller

Thalia-Th.
8 Uhr:
Das Dreimäderlhaus
Herrnfeld-
8 U. Theater 8 U.
im Intimen Theater
Blowstraße 6
Lachstürme!
**Wer ist
der Vater?**
Herrnfeldstraße 13 A.

Circus Busch

Sonnabend, 26. März, 7 1/2 Uhr:
Jubiläum 75. Aufführung
Lady Hamilton
Lord Nelsons letzte Liebe!
Ehren-Abend
mit
Paula Busch
Persönliches Auftreten in der Hauptrolle
Sonntag, 29. März, 8 u. 7 1/2 Uhr:
2x zum letzten Male
auch nachmittags ungekürzt:
Lady Hamilton
in beiden Vorstellungen vorher:
Das gr. März-Circus-Programm
Nachm. halbe Preise!

SOADA

8 Uhr:
**VARIÉTÉ-
REVUE**
Sonntags 3⁰⁰ U.
ermäß. Preise!
Das volle Programm!

Casino-Theater

Gebirgsstr. 37 Tägl. 8 Uhr
Neu! Wieder Neu!
ein neuer Schläger!
Der Oberschieber
Sara das beste Programm!
Hans Isolt, Kurt Laue
Volksstück. Preise!

Romische Oper

8 U. Dir.: James Klein 8 U.
Ueber
200 mal
Der Sensationserfolg d.
Berliner Theaterlebens
Die gewaltigste aller
Revuen:
Das hat die Welt
noch nicht geseh'n
Ueber 250 Mitwirkende!
Wiederauftreten:
Br. Rastner, P. Westemeier
Lotte Weikmeister, H. Gorina
Spanische Tanztruppen
Französ. Tanzpaare usw.
Herabgesetzte Preise!
Parkett 6 Mk.
Sonntags 3^{1/2} U. halbe Preise
Jed. Erwachsene 1 Kind
tritt!

Residenz-Th.

Tägl. 8 Uhr:
**Einmal
ist
keinmal**
Falkenstein

Putz-, Polierlappen

Putzwolle
Schleifertuche
haben in jeder Menge
abzugeben
**Geb. Holzinger
Neukölln**
Tel.: Neukölln 4545-4547

Deutsch. Künstlertheat.

8 Uhr:
„Riquette“
Operette von Oscar Straus
Lustspielhaus
8 Uhr: Gals Thamer
D. wahre Jakob
Operettenhaus
am 10. März
Sonntag 29. März
Zum 28. Male:
8 Uhr:
Der blonde Traum
Wallner-Theat.
7 1/2 Uhr:
Romeo u. Julia

Central-Theater

7 1/2 Uhr: Die
versunk. Glocke
Deuts. Opernhaus
7 1/2 Uhr: Jannhäuser
Metropol-Theater
Heute geschlossen.
Morg. 7 U. Premiere
1000 süße Beichen
Neues Theat. am Zoo
Tägl. 8 Uhr
Die weiße Weste
Th. I. Kommand. Str.
Täglich 8 Uhr:
USCHI
von Jean Gilbert
mit Dacht Effiot,
Frite Schütz,
Gertrude Gerliner
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Mein Leopold
halbe Kass.-preise

Apollo-Theater

8 U. Dir.: James Klein 8 U.
Die Nächte v. Paris
Gr. Ausstattungsoperette
Ueber 100 Mitwirkende
Preise 2 bis 10 Mk.
Vorverk. ununterbr. geöffnet

K.E.
ist:
Die Sensation
des Tages,
das
K.E.
Magazin
erscheint am 30. März

Trabrennen

Mariendorf
Freitag, den 27. März
nachmittags 2 Uhr

WINTERGARTEN

Novitäten-Spielplan. Sonnt. 3 1/2
halbe Preise. Rauchen gestattet!

Was gibt es Neues?

Ich erzähle dir neulich von der
Feinkostmargarine „Schwan
im Blauband“ und ihren
vielen Vorzügen! Täglich lernen
wir sie mehr schätzen und möch-
ten sie nicht mehr entbehren,
und dabei spart man durch
ihre Verwendung viel Geld.
**50 Pfennig das Halbpfund
in der bekannten Packung**

**Schwan im
Blauband** frisch
gekürrt

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine“ das farbige
illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ kostenlos zu verlangen.

ATA
HENKEL'SCHEUERPULVER

Ein Radiofunk ist einpassiert
Vom Engel, der den Mond poliert:
„Für Ata-Sendung besten Dank,
Jetzt putzt er sich noch mal so blank!“,
Ata putzt alles blitzblank!

Reichshallen-Theater
Allabendl. 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Neu! Sport-Müller Neu!
Kadm. halbe Preise, volles Progr.
Dönhoff-Brett!
Das Lenz-Programm!
Anf. 7 1/2 U., Sonnt. 8 1/2 U.

Theater am Kottbusser Tor.
Tägl. 8 Uhr und
Sonntag nachm. 3 Uhr
Ellic-Sänger.
Fabelhaftes März-Programm!
Humor über Humor
Volksfamiliche Preise.

Guter Schlaf ist das beste
Heilmittel.
Metalbetten für Groß und Klein, mit oder
ohne Zubehör, Stahlmatt. an Private
Bequeme Bedingungen. Katalog 30A frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

HARNSTOFF
BASF
(Floranid)

der beste
Garten-
Dünger.

**BADISCHE
ANILIN- & SODA-FABRIK
LUDWIGSHAFEN AM RHEIN.**
Erhältlich bei: Drogerien, Oelmetzen und
Blumeneschäften, Samen- und Düngemittel-
Händlern und Genossenschaften.
1/4 kg. Dose Mk. 1.20, 5 kg. Dose Mk. 7.50

Wetterleuchten Der neue Aafafilm **Colosseum** im **Schönhauser Allee 123**

Uraufführung **Heute** **Freitag, den 27. März**

In den Hauptrollen: Willi Dieterle, Lia Eibenschütz, Oskar Marion, Frida Richard

Bühnenschauspiel: 1. Tanz-Gastspiel von Jansen Jacobs, Lo Castini, Lea Nizkow. 2. Kammerländer Perle. 3. Der goldene Nephel.

Beginn täglich 6 Uhr und
Sonntags ab 1/2 4 Uhr

„Cherchez le pétrole!“

Von Richard Kainer.

Washington, San Remo, die mexikanische Rebellion, Sachalin, und neuerdings erst wieder der ganz unmotivierte und dem Unerwarteten abenteuerlich ammutende Zustand der wilden Kurdenfraktion: das Petroleum steht dahinter! „Cherchez le pétrole!“

Unter den Vögeln, die in unseren Tagen diesem Worte flugs gewachsen sind, hält es eine ebenso allgemeine Erklärung für die Konflikte zwischen den modernen imperialistischen Staaten vorzugeben, wie das schon von dem römischen Dichter Juvenal beschwungen und seit den Tagen des Kotofo in der französischen Fassung weitergegebene Schwelermotiv „Cherchez la femme“ (Sucht die Frau) für diejenigen zwischen Individuen von Uranbeginn jeder bestehenden Gesellschaft. Nur ist da ein Unterschied. Während es nämlich von Frauen überall da auf dem Erdenrunde, wo menschliche Zusammenrottungen entstehen, im Regelfalle wimmelt und man meistens nach der Hebeerin der Bewildungen im einzelnen Falle nicht lange zu muten braucht, ist es um das Petroleum wesentlich knapper bestellt. Von den sämtlichen Energievorräten der Erdkruste an werdender und vollendeter Kohle, an Wasserkräften und Erdölvorkommen, die man beiläufig auf insgesamt 10 Billionen Tonnen Steinkohlenwert schätzt, trägt das Petroleum nur 10 Milliarden bei; das Erdöl ist also der Benjamin unter den Energieriesen, die unsere Zivilisation in jagender Bewegung halten, es bringt nur lumpige 0,1 Prozent des den heutigen Energieverwandlungsmethoden überhaupt zugänglichen Vorkommens an schlummernden Energien auf. Aber die großen Völker, die sich bis heute nicht anders betragen wie große Kinder (nur daß sie aus ihrem Eigenwillen ein System gemacht haben, das sie mit dem hochtönenden Namen Politik belegen) — alle wollen sich ausgerechnet von diesem Benjamin vorzugsweise bedienen lassen. Gerade seine Seltenheit, die mit einer schillernden Vielfältigkeit der Verwendung gepaart ist, verleiht dem etelhaften Fäulnisprodukt irgendwelcher vorzeitlicher Organismen die relative Kostbarkeit. Die Menschen stellen ihren technischen Produktionsapparat darauf um, um es zugleich zu erobern, zu verbrauchen und argwöhnisch zu hüten.

Während also die Geschlechterproportion nur in den Regionen härtesten Daleinstampfes eine Frau mit mehreren männlichen Zwürlern umgibt — so bei den Eskimos und bei einigen mongolischen Bergvölkern —, findet jedes Erdölvorkommen seit den letzten zwanzig Jahren mehrere eiserliche Bewerberscharen, die auf der höchsten Stufe wirtschaftlicher Machtzusammenfassung jumeist eine eigenartige, aber für die Struktur anderer Wirtschaften typische Kombination zwischen privatwirtschaftlichen und staatlichen Interessen verkörpern.

Gesellschaftliche Organisationen unterliegen denselben Gesetzen des Daleinstampfes, wie physische Organismen, und da sie zudem leoderer, beweglicher, verschmelzbarer sind, da Vereinigung unter ihnen alles, Isolierung aber den Tod bedeutet, haben diese Gesetze zudem die Tendenz zu einem beschleunigten Ablauf, der im Vergleich mit den Zeiträumen der Darwinischen natürlichen Kriensauslese ein geradezu wohnstimmiges Tempo aufweist. Diese Auslese der Stärkeren hat auf dem Weltmarkte die winzige Spanne von 25 Jahren erfüllt und nur zwei große Partner und zwei kleine, annähernde Selbstverfolger, übrig gelassen.

Seit dem Jahre 1900 wälzte sich der Standard Oil Trust, jene erste große Trustlampe, die sich inmitten der aufsteigenden Produktion des Dollarländes zusammengeballt hatte, mit einer erdrückenden Kapitalgewalt auf die europäischen Erzeugungs- und Abflabgebiete. Er drang in die russische Produktion ein, wo die alten Namen Nobel und Kotschiloff bisher unumstritten herrschten und nun sich verblissen sollten, er griff in Rumänien an sich, wo deutsche Bantgruppen unter der wohlwollenden Protektion der preussischen Carol-Regierung interessiert waren, er gründete die British Petroleum Company und krönte seine Feste in der Alten Welt mit der „Europäischen Petroleum-Union“ in Bremen. Das war 1907.

Jetzt aber traten die Engländer auf den Plan, die fühlten, daß es ihrer Weltbeherrschung an die Gurgel ging. Und es gelang ihnen, indem sie mit der Steuer- und Anleihepumpe des Staatsapparates einen guten Teil der freiwerdenden Kapitalien der Nation in das Petroleumgeschäft preschten, die rein private Initiative der Amerikaner in wenigen Jahren einzuholen und sogar zu überflügeln. Die 1907 ins Leben gerufene Royal Dutch Shell Combine, eine englisch-holländische Kombination, und die ihr 1909 folgende Anglo-Persian Oil Company waren die beiden großen Kapitalstützen, die sie ins Treffen schickten. Auf allen damals indigen Gebieten wurde ein zäher Kampf ausgefochten: In Südamerika, in Mexiko, in Persien, Mesopotamien und Indonesien; ja die Engländer bemächtigten sich sogar eines Teiles der Produktion in den USA. Als die Methoden der privaten Konkurrenz nicht mehr ausreichten, plünderte man das Waffenarsenal der Diplomatie; scharfe Ruten wurden gewechselt. Erst als das Wettrennen beendet war — aus Mangel an ökonomischem Gelände —, vertrug man sich im „Verfriebe von Washington“ von 1921, der nichts anderes war als eine Nachbilanz, eine Konfi-

Die letzte Hoffnung.



Wenn der nicht zieht — was zieht dann ? !

tuierung der Kräfteverteilung, wie sie nun einmal war. Man konnte annäherungsweise von einem angelsächsischen Weltmonopol reden, denn seitler kontrollieren die Engländer praktisch die Hälfte, die Amerikaner ein weiteres Drittel der Weltproduktion.

Auch die Bewirtschaftungsform des Erdöls ist ein Symbol für die blutwichtige Rolle, die es immerherd der imperialistischen Machtorganisationen einnimmt: Seine Verteilung ist eine universale, sondern sie erledigen auch selbst den Transport mit eigenen Tankflotten und den Absatz mit teurem über Kontinente ausgespanntem Netz von Betriebsgesellschaften. „Die Welt ist weggegeben“ — was das Machtzauber bergende Öl, seine Felder und seine Märkte anbelangt.

Nur zwei Militärmächte haben es verstanden, wenigstens einen Teil ihres Bedarfs sicherzustellen — wenn man dabei von Rußland absteht, das etwas abseits von dem allgemeinen Rüstungswahnsinn steht. Da ist einmal Frankreich mit dem elafälligen Vorkommen bei Redelbrunn, das es auf den überliegenden Anteil an seinem Eigenbedarf zu steigern hofft, und mit Interessen in Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien, die es durch eine Vertiefung diplomatischer Allianzen und militärischer Konventionen sichergestellt zu haben glaubt. Auf der anderen Hemisphäre aber ist es Japan, das durch den Vertrag von Sachalin in die Reihe der Selbstverfolger tritt und damit überhaupt erst wieder zu einer im Ernstfall aktionsfähigen, technisch gleichwertigen Flotte kommt.

Bei der Teilung der Berliner Beute an deutschen Erdölinteressen, die England mit Frankreich im Jahre 1920 in San Remo vornahm, überließen die Franzosen in ihrem Okkupationsstaumel den Briten den Röhrenanteil von 75 Proz. des deutschen Beihes an Anteilen der Turkish Oil Company für den verpänglichen Dienst einer diplomatischen Duldung der Uebergriffe im besetzten Gebiete.

Japan ist durch den Vertrag von Sachalin von der amerikanischen englischen Petroleumherrschaft frei geworden und hat dadurch die

Hände frei bekommen zu einer grundsätzlichen Frontschwenkung im fernem Osten, wo sich die Union der Sowjets, das Land der aufgehenden Sonne und das Reich der Mitte zu einem Dreieck zusammengefunden haben, dessen Schwergewicht auf der jenseitigen Halbkugel sich sehr bald auswirken wird. In diesen Zusammenhängen liegt die Bedeutung des Vertrags über die Petroleumkonzessionen auf Sachalin, und die magische Kraft des „Cherchez le pétrole“ trat denn auch sofort in einer entsprechenden Schwenkung der politischen Meinung der Vereinigten Staaten gegenüber den Sowjets zutage, die auf dem politischen Schachbrett durch den Austausch des Russomanen Hughes mit dem sowjetfreundlichen Senator Borah auf dem Posten des Außensekretärs markiert wurde.

Die Bedeutung der Weltproduktion durch absolute Zahlen zu veranschaulichen, ist ganz zwecklos; und auch relative Zahlen können nur den Sinn haben, das rasende Tempo der Entwicklung zu veranschaulichen. Die Weltzeugung schritt von 20 Millionen Metertonnen im Jahre 1900 auf 59 im Jahre 1913 und betrug 120 im Jahre 1922. Damals hatten die Vereinigten Staaten noch mit 63 Proz., Mexiko mit 21 Proz. ihr Anteil; die übrigen Erzeugungsgebiete folgten in weitem Abstande. Doch ist zu bedenken, daß der ausgebildete Automobilverkehr in den USA, die inländische Produktion absorbiert, so daß noch 11,8 Proz. über sie hinaus eingeführt werden müssen. Die Amerikaner rechnen mit einer Erschöpfung ihrer Quellen in wenigen Jahrzehnten — ein Umstand, der geeignet erscheint, die Gefahr internationaler Verwicklungen beim Kampf um neue Fundstätten noch zu verstärken und wieder befeuert auf den Rüstungswahnsinn — und damit auf den Petroleumverbrauch einwirkt.

Sechste werden nur 80 Jahre alt. Ueber die Lebensdauer der Fische war bis jetzt nicht nur im Volk, sondern auch in Forscherkreisen fast allgemein die Ansicht verbreitet, daß Fische ein außerordentlich hohes Alter erreichen, ja sogar mehrere hundert Jahre alt werden könnten. Es lagen auch verschiedene Angaben vor, die jene Annahme zu bestätigen schienen. So meldete beispielsweise ein Bericht, daß in Teiden in der Banat Karpen lebten, die nachweisbar 200 Jahre alt wären, und in einem anderen, dem auch vielfach Klauen geschenkt worden war, hieß es, daß man im Jahre 1497 zu Heildronn in Schwaben einen Hecht ausgefischt hätte, der mit einem Ring versehen war, dessen Inschrift kündete, daß Kaiser Friedrich II. den Hecht im Jahre 1230 in den See habe einsetzen lassen. Demnach wäre dieser Hecht 267 Jahre alt geworden. Sein Gewicht sollte 140 Kilo und seine Länge 570 Zentimeter betragen haben.

Um diese verschiedenen Angaben einmal auf ihre Richtigkeit zu prüfen, wurden nun in jüngster Zeit von Monnerie eingehende Untersuchungen angestellt, über die der Forscher im „Zoologischen Anzeiger“ berichtet. Die Untersuchungen, die auf Grund neuer Methoden erfolgten, nämlich unter Berücksichtigung der jährlich periodischen Ablagerungen sowohl auf den Knochen wie auch auf den Schuppen, ergaben nun, daß die Altersgrenze der Hechte viel weiter zurückgelegt werden muß, als man bisher annahm. Als Höchstgewicht des Hechtes ergaben sich überhaupt nur 30 bis 35 Kilo. Da nach 7 bis 8 Jahren das Gewicht im Laufe eines Jahres um etwa 3 bis 5 Proz. steigt, so kann man im Zusammenhang mit dem von den Tieren erreichten Höchstgewicht als längste Lebensdauer ein Alter von 70 bis 80 Jahren annehmen. Auch die Literaturangaben über die Lebensdauer anderer Fische führen zu ähnlichen Schlüssen, indem z. B. der Fisch *Huso dauricus* Georgi, der zu den langlebigen Arten gehört, bei einem Gewicht von 655 Kilo und einer Länge von 5 Meter nicht älter als 50 bis 55 Jahre alt wird. Welches Alter der Hecht des Barbarossa in Wirklichkeit erreicht hatte, wird sich wohl niemals feststellen lassen; daß er aber nicht 267 Jahre alt war, dürfte nach den genannten Untersuchungen klar sein.

Ueber die Bakterienflora im Büchsenfleisch hat das englische Rohrnahrungsmittel-Untersuchungsamt kürzlich eine interessante Arbeit veröffentlicht. Sie stützt sich auf die Untersuchung von 344 Proben und will feststellen, ob und welche Rolle Bakterien bei dem Verderben solchen Büchsenmaterials spielen. Nach diesem Bericht kommen Schimmel- und Hefepilze kaum vor und sind wahrscheinlich auch von ganz geringer Bedeutung. Anaerobe Bakterien, d. h. solche, die nur bei Abwesenheit von Sauerstoff gedeihen können, sind in unvorhersehbarer und gut erhaltenen Büchsen nur selten anzutreffen, dagegen nahezu immer vorhanden, wenn bereits Zerfällungserscheinungen eingetreten sind. Weit häufiger werden anaerobe Bakterien in den untersuchten Proben gefunden, allerdings nur als harmlose mäscheartige Keime, da sie ja nicht fähig sind, sich in fehlereisenen Büchsen, die vor Luftzutritt geschützt sind, zu entwickeln. Auch nach wärme liebenden Bakterien, die bei 55° Celsius am besten wachsen, wurde gefacht; man fand, daß sie zwar ganz besonders vorherrschend, aber ungeeignet sind, den Büchseninhalt zu verderben. Mikroorganismen seltener. Nahezu 62% der fehlereisenen Büchsen sind nicht steril. Selbst Sterilität ist darum kein Unterscheidungsmerkmal für völlige Unversehrtheit des Inhalts, doch beeinträchtigen die diesem Sterilitäten entgangenen Bakterien in keiner Weise das Material, weil sie unter den vorhandenen Verhältnissen unfähig sind, sich zu vermehren und Zerfällung und Verderben hervorzurufen.

Deutsche Treue



oder: Der Doppel-Dolchstoß.

Die Hölle.

Von Otto Barmann.
(Schluß.)

Die Schmerzen verbeißend schaffte Hader wieder, schob Bogen, kipp mit einer Hand. — Ein Mann steigt die Treppe herab. Saubere blaue Kontur, oben sieht weißer Kropfen heraus; überblät prüfend die Feuernechte, geht langsam hinter den Adenschichten vorbei. Hader brast es in den Ohren, flimmernde Punkte tonen vor den Augen, darinnen ein großer, blauer Fleck. Er greift nach der Eisenstange, schwingt sie hoch mit der rechten Hand, läßt sie auf dem hellblauen niederfallen. Dieser wirft sich herum; Funken fliegen an Boden auf. Der Oberheizer sagt kein Wort, geht langsam weiter, steigt die hintere Treppe hinauf. — Kollegen umringen den zitternden Mann: „Was ist denn los? — Nichts getan. — — — — —“

„Der Vorsichtige spricht: ... obwohl also nach der Arbeitsordnung die Firma zur fristlosen Entlassung berechtigt ist, stelle ich dennoch den Antrag, den Mann im Betrieb zu lassen. Er hat eine alte Mutter zu ernähren, hat vier Jahre zur Zuchtbeurteilung geschafft, dort unten in dem entsetzlichen Raum, den die Arbeiter Hölle nennen. Warum er den Oberheizer niederschlugen wollte, konnten auch wir nicht herausbringen, da beide schweigen. Wir vom Betriebsrat glauben — und er wendet sich um gegen die beiden Stehenden — daß eine Weibergeschichte dahintersteckt. — Herr Doktor, Sie wollen also bitte die Entlassung zurücknehmen. Verleihen Sie den Hader in eine andere Abteilung, und der Betriebsrat garantiert, daß nichts mehr vorkommt.“

Der Herr gegenüber setzt seine Brille ab und sieht in ein Altkleid. Er ist der Vorstand der Wohlfahrtsabteilung der Kopos-Berke, letzte Inhaber in Fragen von Einstellungen, Entlassungen, Strafen.

„Ich muß leider erklären, daß die Firma in Anbetracht der Schwere des Falles auf Entlassung bestehen muß, so leid mir persönlich der Mann tut.“

Ein älteres Mitglied des Betriebsrates meldet sich zum Wort. „Ich war früher selbst zwei Jahre lang da unten und weiß, wie es einem da zumute ist. Stellen Sie sich vor, Herr Doktor, es hat Ihnen einer was Schreckliches, Gemeines angetan, Sie sind krank, haben Husten, Brandbrennen an der Hand schmerzen, der beißende Rauch quält Sie. Und nun kommt der andere auf Sie zu, bläst sich auf als Vorgelegter. Können Sie sich denn da nicht vorstellen, daß Ihnen die Sinne vergehen und Sie nicht mehr wissen, was Sie tun?“

Der Angesprochene sieht sinnend zum Fenster hinaus, dann räuspert er sich und antwortet: „Gut, ich habe einen Vorschlag, den ich glaube, in der Direktion vorantreiben zu können: Der Mann bleibt hier. Aber er wird nicht in eine andere Abteilung verlegt. Er bleibt unten und soll zeigen, daß er sich beherrschen kann. Bisher hat er aber hier den Oberheizer um Entschuldigung zu bitten.“

Der Vorsichtige macht Kopfschütteln auf ein Blatt, dann dreht er sich nach Hader herum und spricht: „Kollege, ich meine der Vorschlag ist annehmbar. Bist du einverstanden?“

Hader dreht sich gegen die Wand um, lehnt den Kopf an; ein Zucken zuckt den Körper, die Knie schlagen zitternd. „Rein!“ schreit er auf.

„Nur, denk an deine alte Mutter! Wo wirst du jetzt Arbeit kriegen, bist sowieso nicht gesund. Der Doktor und wir meinen's gut mit dir. Weg der andere dir getan haben, was er will. Du mußt dich beherrschen.“

Immer noch steht Hader in der Ecke. Die Betriebsräte sind aufgeregten, drängen auf ihn zu, reden auf ihn ein. Der Oberheizer überblickt mit spöttischer Miene die Bewegung.

Da wendet sich Hader langsam von der Wand ab. Kalkweiß ist die Haut zwischen den Knöcheln im Gesicht, der Kopf zwischen die Schultern gezogen, schlapp hängt die verbundene linke Hand herab. Er macht Schritte vorwärts, hebt die rechte Hand, erfährt die des Oberheizers, brüht sie, läßt sie los und geht langsam zur Türe. Alle sind aufgestanden und sehen ihm schweigend nach. Er aber schleppt sich durch Straßen und über Höfe, den Kopf auf die Brust gekent! Nun wird er sich walden, umkleiden, wird nach Hause zur Mutter gehen, ein paar Tage bleiben, bis die Hand geheilt ist. Dann muß er wieder pünktlich hier sein, muß hinunter — in die Hölle.

Die Prostitution in Rußland.

Die Moskauer „Newstija“, das amtliche Organ der Sowjetregierung, teilte vor kurzem mit, daß in einem Moskauer Stadtteil unter den Prostituierten eine Umfrage veranstaltet wurde, hauptsächlich über die Frage ihrer sozialen Herkunft. Diese Umfrage wurde von 623 Personen beantwortet, die sich ihrer Herkunft nach folgendermaßen verteilten: Arbeiterklasse (d. h. 60 Proz.), Abolstand 32, Bürgerium 25, Angehörige freier Berufe 11. (Der Rest entfällt anscheinend auf die Bauernschaft.)

Diese Zahlen werfen ein grelles Licht auf die sozialen Verhältnisse in Rußland. Die russische Arbeiterklasse, die sich nach Angabe leichtgläubiger Berichterstatter angeblich „auf dem richtigen Wege zum Sozialismus“ befindet, liefert ebenso wie die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern den größten Prozentsatz der Prostituierten. Und wenn der Niedergang von der Arbeiterin zur berufsmäßigen Prostituierten ein charakteristisches Zeichen des allgemeinen Zustandes des Proletariats ist, so sprechen die offiziellen Angaben des Sowjetorgans deutlich genug von der Not und dem Elend, die ungeachtet aller großspurigen Versprechungen im russischen Proletariat herrschen.

Die beträchtliche Anzahl von Prostituierten aus anderen Gesellschaftsklassen, im Vergleich mit der vorrevolutionären Zeit, erklärt sich aus der Verarmung der bestehenden Klassen in der Periode der „Expropriationen“. Sehr charakteristisch ist auch die verhältnismäßig große Zahl von Prostituierten, die aus den Kreisen der Angehörigen der freien Berufe stammen. Unter ihnen befinden sich auch eine Anzahl Lehrerinnen. In einem Lande mit zahlreichen Analphabeten, wo der Mangel an Lehrkräften eines der Haupthindernisse der Einführung des allgemeinen Schulunterrichtes ist, sind zahlreiche Lehrerinnen in Ermangelung von Arbeit und Beschäftigung gezwungen, auf die Straße zu gehen, um sich notdürftig ernähren zu können.

Der Termin ist längst vorbei, bis zu welchem die russischen Kommunisten die Aufhebung der Prostitution im „kommunistischen Rußland“ versprochen. Jetzt müssen sie selber feststellen, daß es ihnen nicht nur nicht gelungen ist, dieses fürchterliche Uebel der kapitalistischen Welt zu beseitigen, sondern daß die Prostitution in Rußland, nach einer Reihe von Hungerjahren, einen ungeheuerlichen Umfang angenommen hat.

ENVER BEY

ENVER BEY

GOLD 5 1/2

TULA 6 1/2

W.H.WITIG

Warum

zögern Sie noch immer, in einem reellen Geschäft Kredit in Anspruch zu nehmen? Tausende und Abertausende, selbst die sog. besseren Kreise, sind heute nicht mehr in der Lage, gegen bar zu kaufen, und machen Gebrauch von unserer sozialen Einrichtung. Man

kauft

bei uns auch nicht teurer als bei unserer Konkurrenz und hat dabei den Vorteil, daß sämtliche Waren wie: Herren-, Damen- und Kinderbekleidung usw. nach geleisteter Anzahlung gleich mitgenommen werden können und der Restbetrag

ganz

nach Wunsch des Käufers und unter Berücksichtigung seines Einkommens in bequemen Raten gezahlt werden kann. Machen Sie daher schnellstens einen Versuch. Sie finden in ganz

Berlin

selten eine größere Auswahl in moderner Damen-, Herren- und Kinder-Garderobe, die Sie

auf

Teilzahlung

erhalten. In unserer Abteilung I führen wir Herren- u. Knaben-Anzüge, Gehrocke, Smokings, Paletots, Covercoats, Gummi-Mäntel, Joppen, Hosen usw. Weiter finden Sie

bei

uns in Abteilung II auch eine Riesenauswahl in neuesten Damen-Mänteln, Frauen-Mänteln, Gummi-Mänteln, Tailleurkleidern, Kostümen, Kinderkleidern, Röcken, Blusen, Strickwesten stets die neuesten Frühjahrsmodelle. Machen Sie bitte einen Versuch, damit Sie überzeugt werden von der Reellität, der Kulanz und von dem Umfange des Hauses

Silberpfennig
Müllerstraße 182-183

direkt am Weddingplatz.
Untergrundbahn-Station Reikendorfer Straße.

VOLKSKRAFT



Ausstellung

Spiel Sport-Turnen-Wandern
Berlin 14. bis 29. März 1925
im Landes-Ausstellungsgelände (am Lehrter Bahnhof) Mit-Abend 4-10.

Geöffnet 10 bis 10 Uhr

Ab 4 Uhr: Probenah-n-Bausatz
Gente: Festabend
Deutsch. Radfahrer-Union.

Bandwurm verloren

mit Kopf nach 14 Stunden durch Reichers Bandwurm-Mittel 'Port-ist-er'. ...

Verkäufe

Raumverw.-Mehrfachmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe. ...

Möbelpolsterung durch Plattenaufbau auf meine großen prima Letzen- und Rahmenwagen selbst leicht herstellbar. ...

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Monatsausgabe, Sommerpaletots, Gesellschaftsausgabe, fortpulente Figuren, ...

Wäsche

Wäsche, Herren- und Damenwäsche, ...

Möbel

Möbel, Betten, ...

Musikinstrumente

Musikinstrumente, ...

Metallbetten 19.00, Messingbetten, ...

Wäsche

Wäsche, ...

Möbel

Möbel, ...

Musikinstrumente

Musikinstrumente, ...

Planen, Qualitätsware aus eigener Fabrik, ...

Garten : Laube : Balkon

10 000 Pfund a 2 Mark, Obstbäume, ...

Kaufgesuche

Kaufgesuche, ...

Verschiedenes

Verschiedenes, ...

Geloverkehr

Geloverkehr, ...

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Stellenangebote, ...

Tüchtige Zusammensetzer

Tüchtige Zusammensetzer, ...

Stellenangebote

Stellenangebote, ...

Silberarbeiter

Silberarbeiter, ...

Das Beste ist das Billigste!

Grösste Ausgiebigkeit
Absolute Reinheit
Volles Gewicht
zeichnen das feine Cocosfett

Palmin

von Dr. Schlinck aus

Man hüte sich vor Nachahmungen!

Der oft billigere Preis ist auf Qualitätsunterschiede und Mindergewicht zurückzuführen. ...

Palmin-Werke H. Schlinck & Cie. A.-G. HAMBURG

Küchen

Küche Lottchen mit Rahmen, ...

Weißer Kleiderschrank

Kleider, roh, ...

Ausstellung Westfäl. Isarliker Köchen von 175-700 M.

Küchenmöbelfabrik Himmel

Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor) Norden 1072



CUPREX

Das unfehlbare Mittel. Gegen Ungeziefer u. deren Brut bei Menschen u. Tieren. ...

Wöchentliche Teilzahlung!

Elegante Herrenbekleidung

fertig und nach Maß zu soliden Preisen. Garantie

Ladenmütel, Gummimütel u. gr. Auswahl, Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter Damenmoden nach Maß

Mafschneiderei Julius Fabian

Große Frankfurter Straße 37, nur 2. Etage.